

> **FEHLER IM SYSTEM?**

Daniel Bichler

SCHEITERT DER EURO, SCHEITERT EUROPA

Die Legitimierung des Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus als „security issue“

Julia Tauß

VIER JAHRE VERTRAG VON LISSABON

Eine Prüfung der Verwirklichung der EU-eigenen Zielsetzung anhand des Amtes des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Matthias Distelkamp

PERSÖNLICHKEIT UND AUßENPOLITIK - EIN ZUSAMMENHANG?

Anwendungsfall Stalin und der Hitler-Stalin-Pakt

Marcus Plahusch

WANDEL DER STRATEGISCHEN KULTUR?

Die Beteiligung Polens bei den Einsätzen im Irak und in Libyen unter besonderer Beachtung der transatlantischen Beziehungen

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ukraine, Syrien, Südchinesisches Meer – die gegenwärtigen Konflikte sind zahlreich. In Kommentaren und Berichten werden sie meistens mit machtpolitischen Überlegungen und regionalen Hegemonien erklärt. Die Analysten gehen davon aus, dass internationale Politik einem anarchischen System gleicht, in dem die Handelnden zu bestimmten Verhaltensweisen genötigt sind. In der Politikwissenschaft entspricht dieses Denken dem Neorealismus. Diese Theorie, die sich auf das internationale System konzentriert, war lange Zeit dominierend. Mittlerweile geht der Blick weg vom System als Ganzes hin zu den einzelnen Akteuren wie Staaten, aber auch Individuen. Die Beiträge dieser PJS-Ausgabe widmen sich den beiden letzteren.

Daniel Bichler stellt sich in „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ die Frage, warum der Bundestag trotz der verfassungsrechtlichen Bedenken das Gesetz über den Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus annahm. Unter Anwendung des „Securitization“-Ansatzes kommt er zu dem Ergebnis, dass das Finanzhilfesystem als sicherheitsrelevant wahrgenommen und daher trotz aller Bedenken als „überlebenswichtig“ eingestuft wurde.

Inwieweit die EU-eigenen Zielsetzungen bezüglich des Vertrags von Lissabon erreicht wurden, untersucht Julia Tauß in ihrem Aufsatz. In „Vier Jahre Vertrag von Lissabon“ liegt ihr Augenmerk auf dem Amt des Hohen Vertreters der Union für Sicherheits- und Außenpolitik. An diesem Posten – so das Ergebnis –, zeigt sich, wie unterschiedlich die Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten und der Union noch sind.

Matthias Distelkamp wählt in seinem Beitrag „Persönlichkeit und Außenpolitik – ein Zusammenhang?“ einen individuellen Ansatz zur Erklärung von internationaler Politik. Anhand des Hitler-Stalin-Pakts als Fallbeispiel analysiert er, welchen Einfluss Stalins personale Identität auf seine außenpolitischen Entscheidungen hatte.

2003 beteiligte sich Polen am Irakfeldzug, während andere EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland und Frankreich Kritik äußerten. Als 2011 die NATO in den libyschen Bürgerkrieg eingriff, enthielt sich Polen jedoch. Marcus Plahusch sucht abschließend in seinem Beitrag „Wandel der strategischen Kultur?“ nach Ereignissen in der polnischen Vergangenheit, die diese Veränderung erklären können.

*Wir wünschen euch eine anregende und unterhaltsame Lektüre!
Eure PJS-Redaktion*

6 ...	<i>Daniel Bichler</i> SCHEITERT DER EURO, SCHEITERT EUROPA Die Legitimierung des Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus als „security issue“
18 ...	<i>Julia Tauß</i> VIER JAHRE VERTRAG VON LISSABON Eine Prüfung der Verwirklichung der EU-eigenen Zielsetzung anhand des Amtes des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
28 ...	<i>Matthias Distelkamp</i> PERSÖNLICHKEIT UND AUßENPOLITIK - EIN ZUSAMMENHANG? Anwendungsfall Stalin und der Hitler-Stalin-Pakt
48 ...	<i>Marcus Plahusch</i> WANDEL DER STRATEGISCHEN KULTUR? Die Beteiligung Polens bei den Einsätzen im Irak und in Libyen unter besonderer Beachtung der transatlantischen Beziehungen
58 ...	Impressum

Rechtsextremismus



Rechtsextremismus

Erscheinungsformen und Erklärungsansätze

Herausgegeben von Samuel Salzborn

2014, 149 S., brosch., 17,99 €

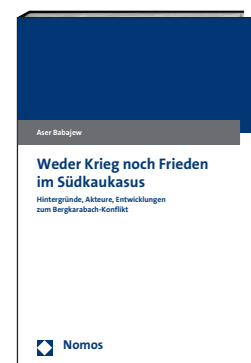
ISBN 978-3-8252-4162-9

(Studienkurs Politikwissenschaft)

Rechtsextremismus ist ein allgegenwärtiges Thema. Was genau kennzeichnet aber Rechtsextremismus? Wie tritt er in Erscheinung? Welche Erklärungen gibt es für seine Entstehung und den Erfolg rechtsextremer Gruppierungen? Wie kann Rechtsextremismus erfolgreich bekämpft werden? Der Band liefert einen Überblick über den Forschungsstand zu diesen Fragen.

Bitte bestellen Sie die UTB-Nomos Titel ausschließlich bei Ihrer Buchhandlung oder bei www.utb-shop.de.

Aus dem Programm



Weder Krieg noch Frieden im Südkaukasus

Hintergründe, Akteure, Entwicklungen zum Bergkarabach-Konflikt

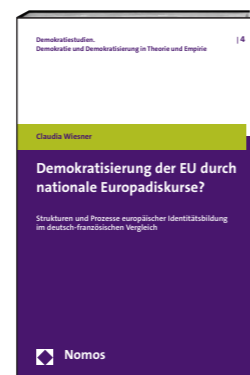
Von Aser Babajew

2014, 223 S., brosch., 39,- €

ISBN 978-3-8487-1396-7

www.nomos-shop.de/22679

Der „eingefrorene“ Bergkarabach-Konflikt ist einer der längsten ethno-territorialen Streite im postsowjetischen Raum. Der Autor betrachtet diesen Konflikt im Südkaukasus in seiner Entstehung und Dynamik. Dabei analysiert er die Hintergründe, die direkten Konfliktparteien, die wichtigsten externen Akteure sowie deren Interaktionen und die jüngsten Entwicklungen.



Demokratisierung der EU durch nationale Europadiskurse?

Strukturen und Prozesse europäischer Identitätsbildung im deutsch-französischen Vergleich

Von Claudia Wiesner

2014, 496 S., brosch., 79,- €

ISBN 978-3-8487-0536-8

(Demokratiestudien. Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie, Bd. 4)

www.nomos-shop.de/21043

Können nationale Europadiskurse europäische Identität erzeugen und damit zur Demokratisierung der EU beitragen? Aufbauend auf einer ausführlichen vergleichenden Untersuchung nationaler Europadiskurse sowie der politischen Systeme und Kulturen Deutschlands und Frankreichs liefert der Band zahlreiche Ergebnisse sowie weiterführende Hypothesen und Modelle zu dieser Frage.

»Geschichtsschreibung, wie sie sich gehört.«

Peter Handke



1914 und 1999 – Zwei Kriege gegen Serbien

Auf dem Weg zum Demokratischen Frieden?

Mit Neueditionen von Karl Kautsky und Heinz Loquai

Herausgegeben von Peter Becker

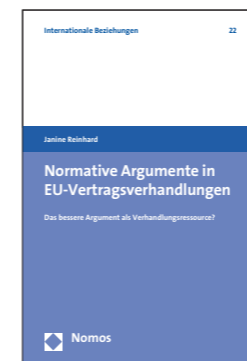
2014, 442 S., brosch., 29,- €

ISBN 978-3-8487-1473-5

www.nomos-shop.de/22853

In der Diskussion über 1914 wird immer wieder der Krieg gegen Jugoslawien 1999 zitiert. Zwei Bücher dazu, Karl Kautskys *Wie der Weltkrieg entstand* (1919) und Heinz Loquais Studien über die Rolle von USA und NATO 1999, gibt Peter Becker neu heraus und verbindet sie mit einer eigenen Untersuchung über zivile Friedensmissionen. Sein Fazit: Zivile Konfliktlösungen müssten in die deutsche Parlamentsbeteiligung einbezogen werden.

Internationale Beziehungen



Normative Argumente in EU-Vertragsverhandlungen

Das bessere Argument als Verhandlungsressource?

Von Janine Reinhard

2014, Band 22, 272 S., brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8487-0507-8

www.nomos-shop.de/20986

Die Autorin untersucht die Verwendung und Wirkung normativer Argumente in EU-Vertragsverhandlungen. Zur Messung des Argumentationsverhaltens wird ein neuartiges Verfahren der automatisierten Textanalyse entwickelt und durch die so generierten Daten gezeigt, dass Argumente eine Strategie sind, die Staaten in Verhandlungen erfolgreich nutzen.



Humanitäre Interventionen

Struktureller Wandel in der Internationalen Politik durch Staateninteraktion

Von Max-Otto Baumann

2014, Band 21, 371 S., brosch., 58,- €

ISBN 978-3-8487-1662-3

www.nomos-shop.de/23346

Was hält die Staatengemeinschaft zusammen? Anhand fünf humanitärer Interventionen seit 1990 zeigt die vorliegende Studie, dass eine humanitäre internationale Politik kein gemeinsames (westliches) Wertefundament erfordert, sondern auch auf einer Kultur der Nord-Süd-Kooperation beruhen kann.

Daniel Bichler

SCHEITERT DER EURO, SCHEITERT EUROPA

Die Legitimierung des Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus als „security issue“

Daniel Bichler

B.A. Governance &
Public Policy,
Universität Passau,
3. Fachsemester,
D.Bichler@gmx.de

Dieser Beitrag
beruht auf einer
Proseminararbeit
im Fachbereich
Politikwissenschaften.

Abstract

Seit Dezember 2009 hält die sogenannte „Eurokrise“ den alten Kontinent in Atem. Dabei machten vor allem drastisch ansteigenden Staatsschulden vieler europäischer Länder umfassende Finanzhilfen zur Wahrung der Finanzstabilität der Eurozone notwendig. Viele dieser Rettungsmaßnahmen stießen auf Unmut in der Bevölkerung hinsichtlich ihrer zweifelhaften Vereinbarkeit mit geltendem Verfassungs- und Europarecht. Diese Arbeit befasst sich mit der Frage, wie es trotz bekannter juristischer Probleme möglich war, den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (ESM) als permanentes Instrument der europäischen Stabilisierungspolitik zu legitimieren. Den theoretischen Bezugsrahmen stellt hierbei der „Securitization“-Ansatz der Kopenhagener Schule, der sicherheitspolitische Problemstellungen aus einer sozialkonstruktivistischen Perspektive beleuchtet. Der empirische Teil besteht vorwiegend aus einer Diskursanalyse einer Rede Angela Merkels im Vorfeld der Abstimmung zum ESM im Bundestag. Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass es sich bei der Einführung des Finanzhilfesystems um eine Versicherunglichung außerhalb des militärischen Sektors handelt und die Legitimierung des selbigen damit eindeutig als „security issue“ zu bezeichnen ist.

Einleitung: Scheitert der Euro, scheitert Europa

Mit diesem Satz warb die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Vergangenheit immer wieder um Zustimmung für den Kurs der schwarz-gelben Regierungskoalition in der sogenannten Eurokrise. Der Fiskalpakt, Schuldenschnitte und der Europäische Finanzstabilitätsmechanismus (ESM) sind nur einige der vielen Maßnahmen, die seit Beginn der europäischen Währungskrise im Dezember 2009 von den Euro-Ländern getroffen wurden, um vor allem die südeuropäischen Staaten finanziell zu unterstützen. In der Folge ging eine Welle von Klagen gegen diverse Finanzhilfen beim Bundesverfassungsgericht ein, die allesamt die Rechtfertigung selbiger anzweifeln.

Die Arbeit konzentriert sich im Folgenden vor allem auf den Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus (ESM) als permanentes Instrument der europäischen Stabilisierungspolitik. Der ESM löste im September 2012 die provisorischen Stabilisierungsmechanismen EFSF und EFSM ab und ist damit das wichtigste Finanzhilfesystem innerhalb der Eurozone. Des Weiteren untersucht die Arbeit Politikprozesse innerhalb Deutschlands und deckt damit auf europäischer Ebene nur einen Teilaspekt der Legitimation ab. Diese Eingrenzung ist notwendig, um ein umfassendes und tiefgründiges Bild der Abläufe innerhalb der deutschen Politik zeichnen zu können.

Wie war es also möglich, den Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus (ESM) trotz der bekannten Probleme hinsichtlich der Vereinbarkeit mit geltendem EU-Recht in Deutschland zu legitimieren?

Die Forschungsfrage steht in Zusammenhang mit dem radikal sozialkonstruktivistischen „Securitization“-Ansatz der Kopenhagener Schule und bildet somit eine sicherheitspolitische Fragestellung. Um einen groben Überblick über die verschiedenen theoretischen Standpunkte in der Sicherheitspolitik zu gewinnen, empfiehlt sich Paul Williams Werk „Security Studies – An Introduction“. Williams beleuchtet den Begriff „Sicherheit“ aus unterschiedlichen theoretischen Blickwinkeln und verdeutlicht damit Gemeinsamkeiten und Unterschiede der gängigen Theorieschulen. „Security – A new framework for analysis“ stellt als Hauptwerk der Kopenhagener

Schule eine ausgereifte sozialkonstruktivistische Sichtweise auf Sicherheitspolitik dar und dient im theoretischen Teil der Arbeit als zentraler Bezugsrahmen. Im empirischen Teil erwies sich der deutsche Think-Tank CEP (Centrum für europäische Politik) als gute Anlaufstelle für aktuelle Daten und Statistiken der Europapolitik. Außerdem finden sich hier ökonomische Bewertungen, die allerdings aus einem äußerst liberalen Standpunkt heraus verfasst sind. Illing Falks „Die Euro-Krise“ bietet darüber hinaus einen umfassenden Einblick in Ursachen, Verlauf und Auswirkungen der europäischen Währungskrise.

Methodisch wurde vor allem mit einer Auswertung bereits vorhandener Literatur gearbeitet. Wegen der Aktualität des Themas spielen aber auch Zeitungsartikel und Pressemitteilungen eine wichtige Rolle als Quellentexte. Die Analyse einer Rede im empirischen Teil ist vor allem mit der Relevanz von Sprache und sprachlicher Konstruktion für sozialkonstruktivistische Theorien zu begründen.

Nach einer kurzen Verortung der verwendeten Theorie, werden nachstehend zentrale Kriterien des „Securitization“-Ansatzes herausgearbeitet, die für die spätere Anwendung auf die Euro-Krise von Bedeutung sind. Der empirische Teil beginnt mit einer Deskription der Ursachen und des Verlaufs der europäischen Staatsschuldenkrise und konzentriert sich dann vor allem auf eine Analyse der Rede Angela Merkels vor dem deutschen Bundestag im Vorfeld der Abstimmung zu ESM und Fiskalpakt am 29.06.2012. Im Anschluss wird die Funktionsweise der Finanzhilfesysteme erläutert, bevor deren Einführung vor allem aus einer rechtlichen Perspektive kritisch beleuchtet wird. Abschließend wird auf die Reaktion der Bezugsgruppe eingegangen und geklärt, inwiefern eine etwaige Versicherunglichung in diesem Fall erfolgreich verlaufen ist.

Theoretische Verortung des Ansatzes

Im Folgenden werden zunächst unterschiedlichen Sichtweisen dreier großer Strömungen der Internationalen Beziehungen auf sicherheitspolitische Problemstellungen dargelegt, bevor das theoretische „Securitization“-Konzept der Kopenhagener Schule hierin eingeordnet wird und zentrale Aspekte des selbigen herausgearbeitet werden

Sowohl realistische als auch neorealistische

Autoren wie Kenneth Waltz oder Hans J. Morgenthau beschreiben das internationale System als eines der Anarchie. Die Nicht-Existenz einer zentralen Regelungsinstanz führt zu Unsicherheit im Umgang mit anderen Staaten. Sicherheitsinteressen und der Selbsterhaltungstrieb dominieren das Verhalten der zentralen Akteure (Schörnig 2003: 65). Sicherheit wird hier also begrifflich auf eine militärische Ebene reduziert und vor allem durch eigene Aufrüstung oder temporäre Allianzbildung erreicht (Schörnig 2003: 75).

Stellvertretend für den Blickwinkel der liberale Theorieschule auf Sicherheitspolitik kann der monadische Befund des Demokratischen Friedens dienen, auch wenn dies eine Vereinfachung der enormen Diversität an Standpunkten innerhalb des Liberalismus darstellt. Die monadische Variante des Demokratischen Friedens beschreibt den empirischen Befund, dass Demokratien (fast) keine Kriege untereinander führen (Risse-Kappen 1994: 159). Dies ist damit zu begründen, dass demokratische Staaten häufiger Bündnisse miteinander schließen und die Regierungsform, sowie Kooperation in internationalen Institutionen letztendlich ausschlaggebend sind für die Gewaltbereitschaft eines Staates (Risse-Kappen 1994: 165). Der kommerzielle Liberalismus argumentiert überdies, dass rationale Individuen an ihrer Nutzenmaximierung interessiert sind und Krieg häufig alleine aus Kostengründen abgelehnt wird (Risse-Kappen 1994: 169-170). Die liberale Theorieschule erweitert also die realistische Sichtweise auf die militärische Sicherheit durch die Möglichkeit zur dauerhaften Kooperation und ergänzt den Sicherheitsbegriff um eine ökonomische Dimension.

Sozialkonstruktivistinnen teilen die gemeinsame Annahme der sozialen Konstruktion der Welt und unterstreichen die Relevanz von Identität und sozialen Normen in den Internationalen Beziehungen (McDonald 2013: 64). Diese Auffassungen lassen sich auch auf die Sicherheitspolitik übertragen. Demnach ist Sicherheit ein sozial konstruierter Begriff und folglich schwer definierbar. Entscheidungen im Rahmen der nationalen Sicherheitspolitik werden maßgeblich von immateriellen und idealistischen Faktoren beeinflusst (McDonald 2013: 65). Des Weiteren ist die Wahrnehmung von Sicherheit oder Gefahr kontextgebunden und wird entscheidend von Verhandlungen und Interessenskonflikten geprägt (McDonald 2013: 67). Generell ist festzuhalten,

dass der Sozialkonstruktivismus einen Perspektivenwechsel in der Sicherheitspolitik anbietet, diesen aber nur äußerst selten zu einem konkreten theoretischen Bezugsrahmen weiterentwickelt. Eine Ausnahme bildet hierbei der gewählte „Securitization“-Ansatz:

„Despite these insights into security dynamics and practices in world politics, however, constructivists have generally not attempted to develop a more specific framework for the study of security in international relations. One exception to this in the broad constructivist tradition is the Copenhagen School. This school’s securitization framework is the most significant attempt to develop a theory of international security revolving around the central claim that security is a social construction.“ (McDonald 2013: 71)

Das theoretische Konzept der Versicherunglichung bietet also einen speziellen sozialkonstruktivistischen Bezugsrahmen für sicherheitspolitische Problemstellungen, die über die klassischen Definitionen von Sicherheit durch die realistische oder liberale Theorieschule hinausgehen. Der Sicherheitsbegriff wird nicht mehr nur auf die staatliche und militärische Ebene limitiert, sondern auf die Sektoren Umwelt, Gesellschaft, Politik und Ökonomie ausgeweitet (Buzan et al. 1998: 38-39). Durch diese Perspektiverweiterung eignet sich der „Securitization“-Ansatz außerordentlich für die Analyse der Eurokrise als politisch-ökonomisches Sicherheitsproblem der Euro-Länder.

Zentrale Kriterien des „Securitization“-Ansatzes

„Securitization“ kann allgemein als eine extreme Form der Politisierung beschrieben werden und im Deutschen mit dem Wort Versicherunglichung gleichgesetzt werden. Grundvoraussetzung für die Möglichkeit einer solchen Versicherunglichung ist die Existenz einer gravierenden Bedrohung („existential threat“) für ein gewisses Bezugsobjekt („referent object“). Die Dringlichkeit zur Beseitigung dieser Bedrohung durch die Ergreifung von politisch außeralltäglichen Maßnahmen („emergency measures“) wird in einer Rede („speech act“) eines populären Akteurs („securitizing actor“) verdeutlicht. Der Erfolg einer Versicherunglichung hängt letztlich von der Akzeptanz der zu überzeugenden Bezugsgruppe („audience“) ab (Buzan et al. 1998: 21-26). Im

Folgenden werden nun die einzelnen angesprochenen Bausteine des theoretischen Konzepts näher erläutert und ihre Bedeutung für den Prozess einer „Securitization“ konkretisiert.

Der Term „referent object“ beschreibt das Bezugsobjekt, das versichert werden soll. Sowohl im militärischen, als auch im politischen Sektor stellt vorwiegend der Staat das Bezugsobjekt dar, obwohl im Zuge der fortschreitenden Globalisierung auch supranationale Staatengebilde, wie die EU, als solche fungieren können. Beispiele für „referent objects“ im ökonomischen Sektor sind etwa die nationale Wirtschaft oder der finanzielle Erfolg eines einzelnen Unternehmens, während im gesellschaftlichen Sektor vor allem kollektive Identitäten im Vordergrund der Analyse stehen. Der ökologische Sektor ist geprägt von einer Fülle denkbarer Bezugsobjekte, die von konkreten Elementen, wie dem Artenschutz einzelner Tiere oder Pflanzen bis zu abstrakten Ideen, wie dem Schutz des Weltklimas reicht (Buzan et al. 1998: 21-23). Generell legen die Autoren der Kopenhagener Schule allerdings nahe, dass sich ein Staat oder eine Nation am besten als „referent object“ für eine Versicherunglichung eignet, da hier das „Wir-Gefühl“ und somit die Chance auf Akzeptanz durch die Bezugsgruppe am größten ist (Buzan et al. 1998: 36).

Eine „existential threat“ stellt eine starke Bedrohung für das „Überleben“ des definierten „referent object“ in seiner derzeitigen Form dar. Die Art der Bedrohung richtet sich stark nach dem jeweils betrachteten Bezugsobjekt und ist damit ebenfalls vom zutreffenden Sektor abhängig (Buzan et al. 1998: 21). Entscheidend für den Prozess der „Securitization“ ist nicht etwa die tatsächliche Bedrohung, sondern vielmehr, dass diese als äußerst gravierend dargestellt wird. Damit können auch konstruierte bzw. unwahre Gegebenheiten als „existential threat“ dienen (Buzan et al. 1998: 24).

Allerdings genügt eine bloße Kombination aus Bedrohung und Bezugsobjekt nicht, um von einer Versicherunglichung zu sprechen. Diese setzt erst ein, wenn ein „securitizing actor“ das „referent object“ als existentiell bedroht darstellt. Geläufige Akteure sind beispielsweise politische Führungspersonen, Lobbyisten oder Bürokraten, wobei auch hier festzuhalten ist, dass die Art der Akteure vom jeweiligen Sektor des „referent object“ abhängt. „Securitizing actors“ treten zumeist nicht als Individuum auf, sondern repräsentieren ein

Kollektiv und können damit als eine Art Sprachrohr definiert werden (Buzan et al. 1998: 40-41). Die sprachliche Darstellung der Bedrohung eines Bezugsobjekts durch einen Akteur wird als „securitizing move“ oder als „speech act“ bezeichnet. Grob beinhaltet jede versichertlichende Rede folgende Aussage:

“If we do not tackle this problem, everything else will be irrelevant (because we will not be here or will not be free to deal with it in our own way).“ (Buzan et al. 1998: 24)

Der Erfolg eines „speech act“ ist zum einen von inhaltlich-grammatikalischen Faktoren, zum anderen von externen oder sozialen Faktoren abhängig. Die Rede sollte einerseits eine auf den Prozess der Versicherunglichung abgestimmte rhetorische Struktur besitzen und beispielsweise Elemente wie Bedrohung, notwendige Maßnahmen und Sicherheit ansprechen. Andererseits spielt auch die gesellschaftliche Position, sowie die Popularität des „securitizing actor“ eine entscheidende Rolle für den positiven Verlauf eines „speech act“ (Buzan et al. 1998: 32-33).

Der Begriff „emergency measures“ bezeichnet die Mittel, die laut „speech act“ erforderlich sind, um die Bedrohung beseitigen zu können. Diese Maßnahmen werden oftmals unter Verweis auf die vorliegende Notsituation, außerhalb des gesetzlich bestimmten Rahmens getroffen und stellen damit eine klare Distanzierung von den Prozessen und Regeln der „normalen“ Alltagspolitik dar. Bei einer Versicherunglichung werden also letztlich Notfallmaßnahmen getroffen, die unter normalen Umständen wegen der selbst auferlegten Schranken der Politik nicht zu Stande gekommen wären (Buzan et al. 1998: 24-25).

Die Akzeptanz der „audience“, also der Bezugsgruppe ist der entscheidende Schritt zum Erfolg einer „Securitization“. Das Ziel des „securitizing move“ ist es letztlich die Bezugsgruppe von der Notwendigkeit der Legitimierung der vorgeschlagenen „emergency measures“ zu überzeugen, wobei die Zustimmung nicht gezwungenermaßen im gesellschaftlichen Konsens gegeben werden muss (Buzan et al. 1998: 25).

Der Anspruch des „Securitization“-Ansatzes besteht darin, ein Konzept zu liefern, mit dem man eine Versicherunglichung erkennen und gegebenenfalls abwenden kann (Buzan et al. 1998: 31). Dieser Absicht liegt die normative Annahme der Kopenhagener Schule zugrunde, dass sich eine Politisierung besser zur Problemlösung eignet, als

eine „Securitization“, da hier unter Umständen die demokratischen Konfliktregelungsmechanismen außer Kraft gesetzt werden (Buzan et al. 1998: 29). Die Theorie ist eindeutig der Theorieschule des Sozialkonstruktivismus zuzuordnen, da die Relevanz von Sprache, konstruierter Wirklichkeit und intersubjektiven Prozessen hervorgehoben wird (Buzan et al. 1998: 30). Weiterhin ist der Ansatz epistemologisch dem Post-Positivismus zuzuordnen, da die objektive Betrachtung von Sicherheit unter Verweis auf die subjektive Konstruktion selbiger abgelehnt wird (Buzan et al. 1998: 30).

Bedrohung des Europäischen Währungsraums

Im folgenden Teil der Arbeit wird die Ratifizierung des ESM im deutschen Bundestag vor allem anhand der im Vorfeld der Abstimmung abgegebenen Regierungserklärung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel am 29.06.2012 analysiert.

Der Anlass der Rede Merkels ist die bevorstehende Abstimmung in Bundestag und Bundesrat über den ESM, den Fiskalpakt und weiterer Begleitgesetze zur Errichtung einer Stabilitätsunion in Europa (Merkel 29.06.2012, 00m:15s - 00m:35s). Gleich zu Beginn der Regierungserklärung macht die Bundeskanzlerin deutlich, warum die vorliegenden Gesetze notwendig geworden seien: Die europäische Staatsschuldenkrise gefährdet die Finanzstabilität der gesamten Eurozone (Merkel 29.06.2012, 00m:48s – 01m:01s). Schon das zur Abstimmung vorliegende Gesetzespaket aus Fiskalpakt, ESM-Vertrag und Begleitgesetzen, zum Beispiel zur Schaffung einer unabhängigen europäischen Bankenaufsicht, verdeutlicht die verschiedenen Dimensionen der Eurokrise. Bei der europäischen Währungskrise handelt es sich um ein Zusammenwirken einer makroökonomischen Krise, einer Bankenkrise und einer Staatsschuldenkrise, die sich teilweise gegenseitig bedingen und verstärken (Illing 2013: 41-42). Im folgenden Analyseschritt liegt der Fokus auf den Ursachen und Auswirkungen der Staatsschuldenkrise, da der ESM als Maßnahme gegen diese Krisendimension im Mittelpunkt der Arbeit steht. Daher sollte berücksichtigt werden, dass nachfolgend nur ein Teilbereich der vielschichtigen Eurokrise untersucht wird.

Der Wunsch nach Wohlstandssteigerung in

Europa ab den 1970er Jahren veranlasste die Nationalstaaten zu einer dauerhaften Erhöhung der Staatsausgaben, um die Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes künstlich auf ein höheres Niveau zu bringen. Gemäß dem Multiplikatoreffekt im keynesianischen Wirtschaftsmodell führt eine expansive Fiskalpolitik zu einer Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und somit auch der Produktion, die über den ursprünglichen Ausgaben liegt. Diese Praktik der Staaten, die auch als „artificial spending“ bezeichnet wird, zog einen graduellen Anstieg der Staatsschulden nach sich, da viele der fiskalpolitischen Ausgaben „auf Pump“ finanziert wurden (Illing 2013: 7-9).

Eine weitere Ursache der Verschuldungskrise ist das beschränkte Mandat der Europäischen Zentralbank (EZB) hinsichtlich einer aktiven monetären Stabilisierungspolitik. So ist es der EZB grundsätzlich verboten, Staatsanleihen direkt anzukaufen und damit Eurostaaten zu finanzieren (Scherf 2014: 63-64). Aus dieser Tatsache resultiert eine Abhängigkeit der Euroländer vom Vertrauen der Investoren am Finanzmarkt, die wiederum häufig keine Sicherheit über die Rückzahlung der gewährten Kredite besitzen. So kann es zu sprunghaften Zinserhöhungen für Staatsanleihen gewisser Länder kommen, die wiederum eine höhere Staatsverschuldung zur Folge haben (Illing 2013: 17-24).

Überdies wird häufig die Divergenz der Eurozone im Bezug auf die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer als Grund für die hohe Staatsverschuldung angeführt. Die gemeinsame Währung setzt anpassungsorientierte Wechselkursmechanismen, wie beispielsweise eine Abwertung, aus und führt daher zu strukturellen Ungleichgewichten innerhalb des Währungsraums. Die südlichen, importierenden Länder innerhalb der Eurozone haben mit steigenden Defiziten zu kämpfen, die ihre Staatsschulden beständig in die Höhe treiben (Illing 2013: 13-15).

Im dritten Quartal 2013 lag der durchschnittliche Schuldenstand in den Euroländern bei 92,7 % der Wirtschaftskraft, und damit deutlich über dem im Vertrag von Maastricht festgelegten Grenzwert von 60 % des BIP. Die höchste Schuldenlast innerhalb der Eurozone trägt Griechenland mit fast 172 %, gefolgt von Italien mit 133 % und Portugal mit 129 % (Focus Money Online 22.01.2014). Die hohe Staatsverschuldung geht mit hohen Ausfallrisiken bei Krediten einher und

führte in der Eurozone zu erheblichen Abstufungen einzelner Staaten durch Rating-Agenturen (Deutsche Bundesbank 2012: 17).

Wirtschaftsstarke Länder, wie China, legen große Teile ihrer Devisenreserven in Euro-Wertpapieren an, um ihre Abhängigkeit vom amerikanischen Dollar zu reduzieren. 2011 betrug der in Europa angelegte monetäre Wert der chinesischen Überschussreserven 2,35 Billionen Euro. Ohne die starke europäische Gemeinschaftswährung wären Anlagen solchen Ausmaßes in Europa nicht denkbar, wodurch sich auch die Refinanzierung der Nationalstaaten am Kapitalmarkt wesentlich problematischer gestalten würde (FAZ online 14.09.2011). Damit ist der Euro weit mehr, als ein symbolischer Akt der Solidarität in einer fortschreitenden europäischen Integration. Der Euro stellt eine starke Währung dar, die dem US-Dollar die Vormachtstellung am Devisenmarkt streitig machen kann. Illing beschreibt den Euro gar als „Rettungsanker“ für die Mitgliedsstaaten, deren nationale Währung im internationalen Vergleich kaum von Bedeutung wäre (Illing 2013: 129). Die europäische Staatsschuldenkrise ist somit als „existential threat“ für den Euro als Gemeinschaftswährung zu sehen. Sie bedroht die Finanzstabilität der Eurozone, sowie die der Weltwirtschaft und stellt daher eine Gefährdung für ein ökonomisches „referent object“ dar.

Allerdings beschränkt sich die „existential threat“ der hohen Staatsschulden nicht ausschließlich auf den ökonomischen Sektor. Angela Merkels Satz „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ aus der Regierungserklärung vom 14.06.2012 hebt die Bedrohung der Eurokrise auf eine politische und ideelle Ebene. Ein potenziell gefährdetes „referent object“ aus dem politischen Sektor ist der fortschreitende Integrationsprozess der Europäischen Union. Im Laufe der Eurokrise verstärkte sich die Abgrenzung zwischen den Euro-Mitgliedsstaaten in „Schuldnerländer“ und „Geberländer“, was auf der Ebene der politischen Kultur zu Dissonanzen und Spannung innerhalb des Währungsraums führte. Renationalisierungstendenzen und Euroskeptizismus sind die Folgen, die eine weitere Vertiefung der Europäischen Integration massiv behindern (Illing 2013: 141-144). Radikale euroskeptische Parteien konnten in den Jahren der Eurokrise in nahezu allen Mitgliedsstaaten der EU Stimmengewinne bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen verbuchen. Beispiele solcher politischer Gruppierungen sind die AfD

in Deutschland, die „front nacional“ in Frankreich, die „Goldene Morgenröte“ in Griechenland oder die UKIP in Großbritannien (Marks 2013). Ebenfalls denkbar im Zusammenhang mit der Renationalisierung in der Eurozone ist eine, durch die Staatsschuldenkrise verursachte Gefährdung des sozialen „referent object“ der europäischen Identität oder des militärischen „referent object“ des dauerhaften Friedens in Europa.

Damit ist festzuhalten, dass sich die Eurokrise als „existential threat“ für mehrere „referent objects“ eignet, die sich gegenseitig nicht ausschließen. Von dem eigentlich ökonomischen Bezugspunkt der Finanzstabilität der Eurozone sind „spillover“-Effekte auf andere Sektoren vor allem im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess möglich.

Inhaltliche und rhetorische Analyse der Rede Merkels am 29.06.2012

Angela Merkel eignete sich als deutsche Bundeskanzlerin klar als „securitizing actor“ für die Regierungserklärung im deutschen Bundestag am 29.06.2012. Sie hat als Regierungschefin die Richtlinienfunktion der deutschen Politik inne und befindet sich damit in einer herausgestellten Position innerhalb des Parlaments. Außerdem belegen die anhaltend hohen Beliebtheitswerte der Kanzlerin im ARD-Deutschlandtrend ihre hohe Popularität in der deutschen Bevölkerung. So erhielt Merkel im Politiker Ranking im Juli 2012 (also kurz nach der untersuchten Rede) mit 66 % den höchsten Zustimmungswert aller Beurteilten (Augsburger Allgemeine 06.07.2012). Die externen Voraussetzungen für einen positiven Verlauf des „speech act“ nach der Kopenhagener Schule sind damit bei Angela Merkel als „securitizing actor“ gegeben. Anzumerken ist noch, dass die deutsche Bundeskanzlerin bei der analysierten Regierungserklärung die deutsche Bundesregierung repräsentiert, und nicht etwa als individuelle Abgeordnete agiert. Auf einer zweiten Ebene spricht Merkel überdies für den Europäischen Rat, der das vorliegende Gesetzespaket auf europäischer Ebene entscheidend vorangetrieben hat. Die Kanzlerin ist also auch Repräsentant des Rates der Staats- und Regierungschefs, der die Ratifikation der europäischen Gesetzesvorhaben auf deutscher Ebene anstrebt.

Auch inhaltlich-rhetorische Elemente der Regierungserklärung vom 29.06.2012 weisen

klare Merkmale eines „securitizing speech act“ auf. Gleich zu Beginn der Rede charakterisiert Merkel die europäische Staatsschuldenkrise als eine existentielle Bedrohung für die Finanzstabilität der gesamten Eurozone (Merkel 29.06.2012, 00m:48s-01m:04s). Sie benennt damit eine konkrete „existential threat“ für ein spezifisches „referent object“ und leitet hiermit den „securitizing move“ ein. Letztlich bedroht die Eurokrise das „Überleben“ der Wirtschafts- und Währungsunion in seiner derzeitigen Form. Die Bundeskanzlerin bemerkt außerdem, dass die Verabschiedung eines solchen Gesetzespakets bisher undenkbar gewesen sei und verweist damit auf die bestehende Ausnahmesituation. Die Ratifizierung der vorliegenden Gesetze zu ESM und Fiskalpakt seien allerdings notwendig, um die Gefahren, die die hohe Staatsverschuldung der Euroländer mit sich bringt, zu bannen, so Merkel weiter. Speziell der Fiskalpakt mache den bisher eingeschlagenen Sparkurs der europäischen Stabilisierungspolitik unumkehrbar (Merkel 29.06.2012, 00m:35s-01m:14s). Die sprachliche Darstellung der „emergency measures“, die im nächsten Gliederungspunkt genauer analysiert werden, als „notwendig“ und „unumkehrbar“ folgt eindeutig der von Buzan, Waever und de Wilde beschriebenen „grammar of security“ (Buzan et al. 1998: 33). Auch auf die Dringlichkeit der zu ergreifenden Maßnahmen wird in der Regierungserklärung explizit eingegangen. So sollen die Regelungen, die im Moment noch als völkerrechtlicher Vertrag fixiert sind, „[...] so schnell wie möglich in EU-Recht überführt werden [...], wann immer sich die Möglichkeit dafür ergibt.“ (Merkel 29.06.2012, 02m:00s – 02m:08s) Merkel spricht weiterhin von Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten untereinander, die aus der gemeinsamen Währung erwachsen, sich in bestimmten Politikfeldern aufeinander verlassen zu können (Merkel 29.06.2012, 02m:28s-02m:52s). Dieser Appell an die Pflicht jedes einzelnen Mitgliedsstaates und an das Vertrauen innerhalb der Währungsunion soll vor allem das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Eurozone herausheben. Der Fiskalvertrag im Besonderen stellt zudem eine richtungweisende Entscheidung dar: „Der Fiskalvertrag [...] bedeutet einen wegweisenden Integrationsschritt innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion.“ (Merkel 29.06.2012, 03m:04s-03m:14s) Merkel beschreibt den ESM als Mittel, um die Gefahren der Staatsschuldenkrise in den

Griff zu bekommen: „Er dient dazu, zukünftige Gefahren für die Stabilität der Eurozone wirksam abzuwehren [...].“ (Merkel 29.06.2012, 03m:25s-03m:52s) Damit verweist sie auf den erwarteten Erfolg bei der Eindämmung der „existential threat“ durch den dauerhaften Finanzstabilisierungsmechanismus, also auf einen „[...]possible way out[...].“ (Buzan et al. 1998: 33) Die primäre Aufgabe des „securitizing actors“ besteht darin, die Bezugsgruppe von der Notwendigkeit und Dringlichkeit der zu treffenden Maßnahmen zu überzeugen. Dabei kommt es laut dem „Securitization“-Ansatz häufig zu einem Appell an das kollektive „Wir-Gefühl“ auf nationaler Ebene (Buzan et al. 1998: 40). Die Bundeskanzlerin dankt zunächst ihrer „audience“, also dem deutschen Bundestag für die konstruktive Zusammenarbeit im Vorfeld der Abstimmung und spricht ihr Publikum damit direkt an (Merkel 29.06.2012, 04m:43s-05m:01s). Anschließend folgt ein Aufruf an die Abgeordneten, „[...] ein Signal der Geschlossenheit und Entschlossenheit, nach innen wie nach außen [...]“ (Merkel 29.06.2012, 05m:11s-05m:17s) nach Europa zu senden. Dies ist eindeutig ein Versuch, auf nationaler Ebene ein Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Stimmberechtigten zu schaffen. Außerdem appelliert Merkel mit der Formulierung „[...] für uns [bedeutet] Europa unsere Zukunft[...]“ (Merkel 29.06.2012, 05m:22s-05m:28s) an die europäische Identität der Anwesenden. Durch die Formulierung des Satzes in der ersten Person Plural suggeriert die Bundeskanzlerin sprachlich wiederum Geschlossenheit und Einheit. Weiterhin wird in der Regierungserklärung auch auf die anderen Dimensionen der Eurokrise hingewiesen. So muss zu einer nachhaltigen Überwindung der Krise auch die makroökonomische Divergenz innerhalb der Eurozone vor allem hinsichtlich der verschiedenen starken Wettbewerbsfähigkeiten reduziert werden (Merkel 29.06.2012, 05m:44s-07m:15s). Außerdem müsse der Finanzsektor, allen voran die Banken, einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten, die sie wesentlich mit verursacht hätten (Merkel 29.06.2012, 10m:00s-11m:18s). Dadurch wird verdeutlicht, dass die Eurokrise eine Verflechtung verschiedener sektoraler Krisen ist und eine Überwindung nur durch Problemlösungsprozesse in allen Teilbereichen erreicht werden kann. Am Ende der Rede relativiert Merkel teilweise die vorher angesprochene Endgültigkeit und Unumkehrbarkeit der Maß-

nahmen. Sie weist darauf hin, dass noch weitere Schritte hin zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion nötig seien, die allerdings eine erneute Befassung und Zustimmung des deutschen Parlaments benötigen werden (Merkel 29.06.2012, 19m:03s-20m:32s). Sprachlich kann dieses Element als Mittel zur Überzeugung derjenigen Abgeordneten gewertet werden, die ihre Zustimmung aufgrund des enormen Gewichts der Entscheidung verweigert hätten. Durch eine Verharmlosung der zu treffenden Maßnahmen können unentschlossene Stimmberechtigte eventuell noch umgestimmt werden. Die Bundeskanzlerin schließt die Regierungserklärung mit einem erneuten Plädoyer für den Euro als stabile Währung und Wirtschaftsmotor der Eurozone und wirbt um die Zustimmung aller Abgeordneten (Merkel 29.06.2012, 20m:33s-20m:54s).

Festzuhalten ist, dass die Regierungserklärung vom 29.06.2012 klar als „securitizing speech act“ zu werten ist. Angela Merkel erfüllt als populäre deutsche Bundeskanzlerin die externen Faktoren eines „securitizing actors“. Auch inhaltlich-grammatikalisch folgt die Rede eindeutig der beschriebenen rhetorischen Struktur der Kopenhagener Schule. Merkel benennt Bedrohung und Bezugsobjekt und macht Dringlichkeit, Notwendigkeit und Unumkehrbarkeit der zu treffenden Maßnahmen deutlich. Außerdem appelliert sie an das nationale „Wir-Gefühl“ und die europäische Identität der „audience“, und wirbt explizit für die Ratifizierung der „emergency measures“.

Europäische Finanzhilfesysteme

Am 9. Mai 2010 beschlossen die europäischen Finanzminister die Errichtung eines bis Juni 2013 befristeten Finanzhilfesystems, das aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) bestehen sollte. Bereits am 8. Oktober 2012 nahm der Europäische Finanzstabilitätsmechanismus (ESM) seine Arbeit auf und ersetzte damit den temporären Rettungsschirm früher als ursprünglich geplant (Sauer, Van Roosebeke 2012: 1). Aufgrund dieser vollständigen Substitution liegt der Fokus der vorliegenden Arbeit auf der Analyse der Funktionsweise und der rechtlichen Legitimation des ESM als permanentem Finanzhilfesystem.

Der ESM-Vertrag ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der außerhalb der europäischen Verträ-

ge zwischen den Euroländern geschlossen wurde. Ziel des ESM ist es, Mitgliedsstaaten mit schwerwiegenden Finanzierungsproblemen Stabilitätshilfe zu gewähren, sofern diese Maßnahme für die Wahrung der Finanzstabilität der Eurozone unabdingbar erscheint (Bundesfinanzministerium 01.02.2012: 9). Bei der Erteilung der Finanzhilfen stehen dem ESM verschiedene Instrumente zur Verfügung, wie zum Beispiel Darlehen oder Anleihekäufe am Primärmarkt (Sauer 2012: 2). Die finanzielle Ausstattung des ESM beläuft sich auf 700 Mrd. Euro Stammkapital, wovon 80 Mrd. Euro von den ESM-Mitgliedern direkt eingezahlt werden und die restlichen 620 Mrd. Euro als Garantien abrufbar sind (Sauer 2012: 2). Die maximale Darlehenshöhe des ESM beträgt 500 Mrd. Euro. Die bestehende Übersicherung des ESM-Stammkapitals um 200 Mrd. Euro ist notwendig, um die höchste Bonität von Rating-Agenturen zu erhalten und damit eine günstige Refinanzierung des ESM am Kapitalmarkt zu ermöglichen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2014). Der nationale Anteil der Mitgliedsstaaten am Kapitalstock des ESM errechnet sich aus dem Kapitalschlüssel der EZB, wonach die deutsche Beteiligung am Rettungsschirm rund 27% beträgt (Sauer, Van Roosebeke 2012: 2). Seit 1. März 2013 ist eine Gewährung von Finanzhilfen aus dem ESM nur möglich, sofern der betroffene Staat den Fiskalpakt ratifiziert hat. Der Fiskalpakt ist ebenfalls ein völkerrechtlicher Vertrag, der sich „[...]die Förderung der Haushaltsdisziplin, die Verstärkung der wirtschaftspolitischen Koordination und die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung des Euroraums[...]“ (Kullas, Sauer, Hohmann 2012: 1), zum Beispiel durch die Einführung einer nationalen Schuldenbremse zum Ziel gesetzt hat.

Die Vereinbarkeit der europäischen Finanzhilfesysteme mit geltendem EU-Recht, sowie nationalem Recht wurde kontrovers diskutiert. Die sogenannte „Nichtbeistands-Klausel“ oder „No-Bailout-Klausel“ (Art. 125 AEUV) schließt die Haftung der Union, sowie anderer Mitgliedsstaaten für die Verbindlichkeiten eines Staates prinzipiell aus (Europäische Union 09.05.2008: 53). Die Rechtfertigung der temporären Finanzhilfen aus EFSF und EFSM leitet sich aus Artikel 122 AEUV ab, der finanziellen Beistand der Union an Mitgliedsstaaten erlaubt, deren Notlage durch „[...]Naturkatastrophen oder außergewöhnliche[...] Ereignisse[...]“, die sich [ihrer] Kontrolle

entziehen[...]“(Europäische Union 09.05.2008: 52) verursacht wurde. Nach der Verordnung Nr. 407/2010 vom 11. Mai 2010 stellt die globale Finanzkrise und der weltweite Konjunkturrückgang ein solches außergewöhnliches Ereignis dar, dass finanzielle Unterstützung durch die Union zulässt (Rat der europäischen Union 11.05.2010: 1). Allerdings ist diese rechtliche Rechtfertigungsgrundlage in der einschlägigen Literatur äußerst umstritten. Viele der Krisenländer, denen Finanzhilfe gewährt wurde, hatten schon vor Beginn der Finanzkrise hohe Staatsschulden und schlechte Wirtschaftsbedingungen vorzuweisen. Damit darf angezweifelt werden, dass die Finanzierungsschwierigkeiten einiger Euroländer ausschließlich auf ein außergewöhnliches Ereignis, wie die Eurokrise, zurückzuführen sind. Es wird betont, dass die Mitgliedsstaaten selbst zumindest eine Mitschuld an ihrer Situation tragen (Jeck 05.07.2010: 4). Am 25. März 2011 wurde die Ergänzung des AEUV um die sogenannte „Öffnungsklausel“ vom europäischen Rat beschlossen:

“Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“ (Europäische Union 12.02.2014)

Mit dieser Verankerung der vorherigen Verordnungen zu den Finanzhilfesystemen in den EU-Verträgen, wird die „Nichtbeistands-Klausel“ endgültig aufgeweicht. Ihr fällt in der Folge kein relevanter Anwendungsbereich mehr zu (Sauer, Van Roosebeke 2012: 4). Die Einführung des ESM stützt sich auf Art. 136 (3) AEUV und verstößt damit nach der Änderung der Verträge nicht gegen geltendes EU-Recht. Der europäische Gerichtshof (EuGH) bestätigte die Rechtmäßigkeit des ESM durch ein Urteil am 27.11.2012 und legte dabei erstmalig Artikel 125 AEUV aus. Laut der Luxemburger Richter sei finanzielle Unterstützung auf Grundlage des genannten Artikels generell möglich, sofern die Mitgliedsstaaten nach wie vor den Mechanismen der Marktlogik unterworfen blieben und damit auf eine solide Haushaltspolitik achten müssten (EurActiv 2012). Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.09.2012 steht der ESM-Vertrag auch in Einklang mit dem deutschen

Grundgesetz. Solange die Haftung beschränkt bleibe und der Bundestag ausreichend informiert werde, sei ein Beitritt Deutschlands zu ESM und Fiskalpakt verfassungsrechtlich unbedenklich, so die Karlsruher Richter (Zeit online 12.09.2012).

Der ESM-Vertrag ist also sowohl mit dem deutschen Grundgesetz, als auch mit bestehendem europäischen Recht vereinbar. Auf den ersten Blick stellt er also keine außergewöhnliche Maßnahme dar, die außerhalb des normalen politischen Alltags getroffen wurde. Allerdings weist die breite und kontroverse rechtliche Debatte um die Rechtfertigung der europäischen Finanzhilfesysteme auf die Ungewöhnlichkeit selbiger hin. Die Aushebelung und Marginalisierung des wichtigen europäischen Rechtsgrundsatzes der „No-Bailout-Klausel“, sowie die nachträgliche Änderung der EU-Verträge zur Legalisierung der Finanzhilfen, stellen eine außergewöhnliche Kehrtwende im EU-Recht dar. Damit kann der ESM-Vertrag trotz seiner gerichtlich bestätigten Vereinbarkeit mit deutschem und europäischen Recht als „emergency measure“ zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise gelten, da die Außeralltäglichkeit der Maßnahme durch ihre Kontroversität gegeben ist.

Rezeption der Bezugsgruppe

Der Erfolg einer „Securitization“ wird letztlich durch die Akzeptanz der „emergency measures“ durch eine spezifische „audience“ bestimmt (Buzan et al. 1998: 25). Die „audience“ besteht aus der zu überzeugenden Bezugsgruppe, um die „emergency measures“ zu legitimieren. Im vorliegenden Fall des Gesetzespakets um ESM und Fiskalpakt bilden der deutsche Bundestag sowie der Bundesrat die Bezugsgruppe, da beide Organe den Beschlüssen mit Zweidrittelmehrheit zustimmen müssen. Mit 493 Ja-Stimmen, 106 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen verabschiedete der Bundestag am 29.06.2012 den ESM-Vertrag mit über 80 % der Stimmen. Weil einzig die Linkspartei geschlossen gegen den Beitritt stimmte, kann hier von einer parteiübergreifenden Zustimmung gesprochen werden. Auch der Bundesrat verabschiedete den permanenten Stabilitätsmechanismus mit Zweidrittelmehrheit (Süddeutsche.de 30.06.2012). Kritiker könnten nun anmerken, dass nicht etwa der Bundestag oder der Bundesrat, sondern die deutsche Bevölkerung als Bezugsgruppe zu sehen ist. Umfragen belegen,

dass die Bürger dem ESM unmittelbar nach der Verabschiedung durch die beiden Kammern sehr skeptisch gegenüber standen. So wünschen sich 54 % der Deutschen im September 2012 eine erneute rechtliche Überprüfung des ESM-Vertrags durch das Bundesverfassungsgericht (Süddeutsche.de 07.09.2012). Allerdings hat die Skepsis in der Bevölkerung keinerlei Relevanz für bereits getroffene Entscheidungen. In einer parlamentarischen Demokratie, wie Deutschland, werden wegweisende Beschlüsse durch das Parlament getroffen und plebiszitären Elementen wird kaum Bedeutung zugemessen. Die Verfassungsklage ist eines der wenigen Mittel, mit dem der Bürger gegen getroffene Maßnahmen vorgehen kann. Klagen gegen den ESM scheiterten allerdings vor dem Bundesverfassungsgericht (Zeit online 12.09.2012). Der Beitritt Deutschlands zum ESM trotz der skeptischen Haltung der deutschen Bevölkerung verdeutlicht, dass es sich bei den Bürger nicht um die entscheidende Bezugsgruppe handelt.

Damit ist festzuhalten, dass der „securitizing actor“ Angela Merkel die Parlamentarier aus Bundestag und Bundesrat („audience“) mit ihrer Regierungserklärung („speech act“) überzeugen konnte. Die Versicherunglichung des ESM als „emergency measure“ ist damit als erfolgreich zu werten.

Fazit: Erfolgreiche Versicherunglichung?

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Ausweitung des Sicherheitsbegriffs durch den „Securitization“-Ansatz der Kopenhagener Schule einen beachtlichen Erkenntnisgewinn mit sich bringt. So leistet das Konzept der Versicherunglichung einen guten Erklärungsbeitrag zu innenpolitischen Prozessen bei extremen Ausnahmesituationen.

Die Eurokrise und die darauf folgende Einführung des ESM ist als empirischer Referent für eine Versicherunglichung außerhalb des militärischen Sektors zu sehen. So stellt die untersuchte Staatsschuldenkrise eine „existential threat“ für verschiedene „referent objects“ aus unterschiedlichen Sektoren dar. Zu nennen sind hier vor allem die Finanzstabilität der Eurozone (ökonomisch), die Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses (politisch), sowie die Erhaltung einer europäischen Identität (sozial). Die Regierungserklärung Angela Merkels im Vorfeld der Abstimmung

über ESM und Fiskalpakt weist sowohl externe, als auch inhaltlich-grammatikalische Merkmale eines „securitizing speech act“ auf und ist damit als solcher zu bezeichnen. Die Errichtung des europäischen Stabilitätsmechanismus ist trotz seiner Vereinbarkeit mit deutschem und europäischen Recht als „emergency measure“ zu sehen. Die Kontroversität der öffentlichen Debatte um die Einführung des Finanzhilfesystems ist ein klarer Hinweis auf die Außeralltäglichkeit dieser politischen Maßnahme. Der „securitizing move“ ist als erfolgreich zu bewerten, da das entsprechende Gesetzespaket mit großer Mehrheit der Parlamentarier als „audience“ verabschiedet wurde.

Somit kann festgehalten werden, dass die Legitimierung des europäischen Stabilitätsmechanismus ESM durch Bundestag und Bundesrat maßgeblich durch die Wahrnehmung der Staatsschuldenkrise als existentielle Bedrohung und des ESM-Vertrags als einzig sinnvolle Notfallmaßnahme zur Überwindung selbiger ermöglicht wurde. Die entscheidende Ursache für die Perzeption der „audience“ war hier die sprachliche Struktur der Regierungserklärung Merkels, die das Thema auf die Ebene der Sicherheitspolitik („security issue“) hob und damit versicherheitlichte. Zurückgehend auf die anfängliche Frage muss also gesagt werden: Die Legitimierung des ESM in Deutschland war durch eine Versicherunglichung der Finanzstabilität der Eurozone und der Vertiefung des europäischen Integrationsprozess möglich.

Der „Securitization“-Ansatz kann zwar erklären, wie eine Versicherunglichung im Detail abläuft, allerdings nicht, warum ein bestimmtes Thema versicherheitlicht wird. Daher kann die vorliegende Arbeit keine Wirkungszusammenhänge für diesen spezifischen Fall herstellen und verdeutlicht damit den Bedarf an weiterer Forschung in der Ursachenanalyse dieses konkreten Falls einer Versicherunglichung. ■■■

Literaturverzeichnis

Augsburger Allgemeine 2012: Angela Merkels Beliebtheit bei Bürgern wächst, in: <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Angela-Merkels-Beliebtheit-bei-Buergern-waechst-id20899406.html>, 02.03.2014.

Bundesfinanzministerium 2012: Vertrag zur Errichtung des europäischen Stabilitätsmechanismus, ESM-Vertrag, in: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/Finanzhilfemechanismen/2012-01-27-esm-anl.pdf?__blob=publicationFile&, 02.03.2014.

Buzan, Barry; Wæver, Ole; Wilde, Jaap de 1998: *Security. A new framework for analysis*, Boulder (Colorado)

Das europäische Parlament und der Rat der europäischen Union 2011: Verordnung (EU) Nr. 1311/2011 des europäischen Parlaments und des Rates, in: http://www.esf-hessen.de/upload/7_Verordnung_EU_Nr._1311-2011_5665.pdf, 02.03.2014.

Deutsche Bundesbank 2012: Finanzstabilitätsbericht 2012. in: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Finanzstabilitaetsberichte/2012_finanzstabilitaetsbericht.pdf?__blob=publicationFile, 02.03.2014, Frankfurt am Main

EurActiv 2012: EuGH gibt grünes Licht für Euro-Rettungsschirm ESM, in: <http://www.euractiv.de/finanzen-und-wachstum/artikel/eugh-gibt-gruenes-licht-fr-euro-rettungsschirm-esm-006953>, 02.03.2014, Berlin

Europäische Union 2008: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), in: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0047:0199:de:PDF>, 02.03.2014.

Europäische Union 2014: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Ergänzung Art. 136 (3), in: <http://dejure.org/gesetze/AEUV/136.html>, 02.03.2014.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 2011: Warum China den Euro-Ländern helfen will, in: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/devisenreserven-warum-china-den-euro-laendern-helfen-will-11187679.html>, 02.03.2014.

Focus Money Online 2014: Schuldenstand in der Eurozone sinkt deutlich, in: http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/erstmal-seit-2007-schuldenstand-der-eurozone-deutlich-niedriger_id_3561001.html, 02.03.2014.

Illing, Falk 2013: *Die Euro-Krise. Analyse der europäischen Strukturkrise*, Wiesbaden

Jeck, Thimo 2010: Euro-Rettungsschirm bricht EU-Recht und deutsches Verfassungsrecht, in: http://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/Kurzanalysen/Euro-Rettungsschirm/CEP-Studie_Euro-Rettungsschirm.pdf, 02.03.2014.

Krell, Gert; Müller, Harald (Hrsg.) 1994: *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen. Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung* (Bd. 26), Frankfurt, New York

Kullas, Matthias; Sauer, Oliver; Hohmann, Iris 2012: Fiskalpakt. cepAnalyse Nr. 13/2012 vom 26.03.2012, in: http://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/Kurzanalysen/Fiskalpakt/KA_Fiskalpakt.pdf, 02.03.2014.

Marks, Wolfgang 2013: *Nein zu mehr Europa. Europaskeptische Parteien im Überblick*, in: <http://neuwal.com/index.php/2013/10/03/nein-zu-mehr-europa-europaskeptische-parteien-im-ueberblick/>, 02.03.2014.

McDonald, Matt 2013: *Constructivism*, in: Paul Williams (Hrsg.): *Security studies. An introduction* (2nd ed.), London, New York, S. 63–76.

Merkel, Angela 2012: Regierungserklärung zum Fiskalpakt und zum Rettungsschirm ESM im Deutschen Bundestag zu Berlin am 29.06.2012, in: <http://www.youtube.com/watch?v=Xs-5HQk-P5QI>, 02.03.2014.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2014: Was sind ESM, EFSM und EFSF?, in: http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Euro/EFSEundESM/esm_efsm_efs/_

node.html, 02.03.2014, Berlin

Rat der europäischen Union 2010: Verordnung (EU) Nr. 407/2010 des Rates zur Einführung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus, in: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:118:0001:0001:DE:PDF>, 02.03.2014.

Risse-Kappen, Thomas 1994: *Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle*, in: Krell, Gert; Müller, Harald (Hrsg.): *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen. Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung* (Bd. 26), Frankfurt, New York, S. 159–189.

Sauer, Oliver; Van Roosebeke, Bert, Dr. 2012: *Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)*. cepAnalyse Nr. 12/2012 vom 19.03.2012, in: http://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/Kurzanalysen/ESM/CEP-Analyse_ESM.pdf, 02.03.2014

Scherf, Gundbert 2014: *Financial stability policy in the Euro zone. The political economy of national banking regulation in an integrating monetary union*, Wiesbaden

Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hrsg.) 2003: *Theorien der internationalen Beziehungen*, Opladen

Schörnig, Niklas 2003: *Neorealismus*, in: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*, Opladen, S. 65–94

Süddeutsche Zeitung 2012: Bundestag und Bundesrat billigen Euro-Rettungsschirm, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/abstimmung-ueber-esm-und-fiskalpakt-bundestag-und-bundesrat-billigen-euro-rettungsschirm-1.1397842>, 02.03.2014.

Süddeutsche Zeitung 2012: *Deutsche hoffen auf ESM-Verbot aus Karlsruhe*, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/umfrage-zur-eurorettung-deutsche-hoffen-auf-esm-verbot-aus-karlsruhe-1.1461347>, 02.03.2014.

Williams, Paul (Hrsg.) 2013: *Security studies. An introduction* (2nd ed.), London, New York

Zeit online 2012: *Verfassungsgericht akzeptiert ESM unter Vorbehalt*, in: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-09/bundesverfassungsgericht-klage-esm-urteil>, 02.03.2014.

Julia Tauß

VIER JAHRE VERTRAG VON LISSABON

Eine Prüfung der Verwirklichung der EU-eigenen Zielsetzung anhand des Amtes des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Julia Tauß

B.A. European Studies,
Universität Passau,
5. Fachsemester
julia@tauss5.de

Dieser Beitrag
beruht auf einer
Hauptseminararbeit
im Fachbereich
Politikwissenschaften.

Abstract

Ständige Weiterentwicklungen der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union zielen darauf ab, ihre Handlungsfähigkeit auch in Zukunft zu wahren. Insbesondere die Veränderungen des Vertrages von Lissabon streben mehr Kohärenz, Transparenz und Kontinuität im internationalen Kontext an. Inwiefern sich speziell die Neuschaffung des Amtes des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik auf den Bedeutungszuwachs der EU auswirkt, sucht diese Arbeit zu ergründen. Dafür wird durch den Akteurzentrierten Institutionalismus eine theoretische Grundlage geschaffen, aufgrund derer der Vertragstext einer Prüfung unterzogen wird. Die empirischen Beispiele der europäischen Nahostpolitik, der europäisch-russischen Beziehungen und des Umgangs der EU mit dem arabischen Frühling, dienen der praktischen Veranschaulichung der Ergebnisse. Diese bestätigen die institutionell geschaffenen Möglichkeiten der EU, als globaler Akteur an Bedeutung zu gewinnen, verweisen jedoch ebenso auf die Schwächen in der tatsächlichen Umsetzung. Dabei gilt es hauptsächlich den Konflikt zwischen den national mitgliedstaatlichen und gesamt europäischen Interessen zu überwinden, um ein einheitlicheres und dadurch effizienteres Handeln zu gewährleisten.

Einleitung

Binnen zehn Jahren, zwischen 1999 und 2009, hat sich die Europäische Union (EU) zu einem globalen Akteur entwickelt, deren außenpolitischer Apparat sie dazu befähigt, ihren Aufgaben und Erwartungen in der internationalen Gemeinschaft gerecht zu werden. Mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon besteht die Anforderung, dass jenes außenpolitische Engagement vertieft und erweitert wird (Solana, 2009). Die Grundlagen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden, liegen in den Reformen der Institutionen und Verfahren durch den Vertrag von Lissabon begründet, die sich insbesondere auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auswirken.

Bislang galt das Credo: „[I]t is not possible to make accurate predictions on the basis of the text“ (Kaddous, 2008: 219). Mittlerweile sind die Vertragsänderungen seit vier Jahren in Kraft und die Wechselwirkung zwischen außenpolitischen Beziehungen und den sich ständig ändernden Gegebenheiten der Weltpolitik erscheinen in Anbetracht der Umbrüche in der arabischen Welt aktueller denn je. Daher besteht das Forschungsinteresse darin, zu untersuchen, inwiefern die Reformen von Lissabon tatsächlich dazu beigetragen haben, dass die EU der Realisation ihrer eigens gesteckten Ziele gerecht wird.

Daher wird die These, dass die Umstrukturierung des außenpolitischen Apparates die Handlungsfähigkeit der EU derart begünstigte, dass ein globaler Bedeutungszuwachs der EU zu beobachten ist, untersucht. Dazu sollen in der vorliegenden Arbeit die institutionellen Anforderungen an das Amt der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Hohe Vertreterin) mit ihrer empirischen Umsetzung an ausgewählten Beispielen geprüft werden. Anhand der daraus resultierenden Leitfrage, ob die neu geschaffenen Kompetenzen der Hohen Vertreterin zugunsten der Bedeutungsreichweite der EU genutzt wurden, gliedert sich die Arbeit in folgende Teile: Der theoretische Teil führt an die Bedeutung des Vertrages von Lissabon und durch begriffliche Definitionen an die Grundidee des Akteurzentrierten Institutionalismus heran. Auf diesem Ansatz beruht die anschließende empirische Untersuchung, die das Handlungsfeld der Hohen Vertreterin auf seine Kohärenz, Kontinuität, Transparenz und Bedeutungsreichweite hin überprüft. Dazu dienen die empirischen Beispiele

des Bürgerkrieges in Libyen, der EU-Russland-Beziehungen und der aktuellen Lage in Ägypten zur Veranschaulichung.

Es werden in dieser Arbeit keine Handlungsempfehlungen gegeben wie die EU unter Anbetracht verschiedener Umstände reagieren sollte, sondern lediglich eine Untersuchung angestellt, inwiefern ihre vertragliche Beschaffenheit sie im Allgemeinen dazu befähigt. Obgleich das Handeln individueller Persönlichkeiten in unmittelbarer Verbindung mit einem Ergebnis steht, soll im Folgenden vorrangig auf die Bedeutung und Reichweite des Amtes der Hohen Vertreterin, anstelle auf die charakterlichen Stärken und Schwächen Catherine Asthons eingegangen werden. Dadurch soll eine generelle Aussage über die Handlungsfähigkeit der EU, losgelöst von einer individuellen Persönlichkeit, getroffen werden können.

Für diese Untersuchung war eine Vielfalt an Literatur verfügbar. Besonders hilfreich zur theoretischen Bearbeitung erwiesen sich Fritz Scharpfs Werk „Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung“ sowie „Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung“ von Renate Mayntz und Fritz Scharpf. Die Verträge und offiziellen Schriften der EU ermöglichten einen Einblick in ihre Zielsetzungen, während einige kritische Zeitungsartikel Denkanstöße lieferten, die Realisation dessen zu hinterfragen. Aufgrund der Aktualität der Thematik erwies sich die wissenschaftliche Literatur in Teilen als begrenzt.

Europäische Außenpolitik durch den Vertrag von Lissabon

Die beständige Weiterentwicklung der europäischen Außenpolitik und der Wandel ihrer institutionellen Verankerung bewirken die Notwendigkeit, den hiesigen Betrachtungsrahmen im Vorfeld zu definieren. Reformen des außenpolitischen Apparates rührten aus dem steigenden Erwartungsdruck Dritter sowie den eigens auferlegten Ansprüchen in einer größer werdenden, heterogenen EU handlungsfähig zu bleiben (Dembinski, 2010: 10). Eine erste Etablierung der GASP im Vertrag von Maastricht hatte sich Vorwürfen wie jenen, dass sie „weder gemeinsam noch außen, noch sicher [sei]“ (Leibfried, 2009), zu stellen. Um die Bedeutung der letzten Umstrukturierungen und Weiterentwicklung der GASP durch den Vertrag von Lissabon bewerten zu können, werden ei-

nige seiner maßgeblichen Änderungen, vorerst nur knapp erläutert, da später ausführlich darauf eingegangen wird.

Der Vertrag von Lissabon bewirkt keinen Systemwechsel von einer intergouvernementalen zu einer supranationalen Außen- und Sicherheitspolitik. Dennoch besteht die Hoffnung auf eine nachhaltige Verbesserung ihrer Kontinuität und Kohärenz durch das neu geschaffene Amt der Hohen Vertreterin, welches Catherine Ashton seit 2009 innehat. Sie vereint die ehemaligen Ämter des Hohen Vertreters der GASP, den Außenkommissar und den rotierenden Ratspräsidenten in einem Amt, dem die zentrale Aufgabe obliegt, die GASP zu leiten (Schmid, 2010: 58). Unterstützt wird die Hohe Vertreterin durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), dessen ursprüngliche Verankerung im Vertrag von Lissabon rudimentär blieb, bis er Ende 2010, sein durch Catherine Ashton formuliertes Programm erhielt. Er wird zu Teilen aus Mitgliedern des Generalsekretariats des Rates, der Kommission und Diplomaten aller Mitgliedstaaten zusammengesetzt (Dembinski, 2010: 12 - 13).

Der Akteurzentrierte Institutionalismus

Um die Absichten der Etablierung des Amtes der Hohen Vertreterin nachzuvollziehen, eignet sich der Akteurzentrierte Institutionalismus als theoretische Grundlage. Entwickelt durch Renate Mayntz und Fritz Scharpf geht dieser Ansatz davon aus, dass Interaktionen individueller, kollektiver oder kooperativer Akteure durch den institutionellen Kontext, in dem sie beheimatet sind, geprägt und ihre Ergebnisse dadurch definiert werden (Scharpf, 2000: 17).

Der Akteurzentrierte Institutionalismus hat mit anderen institutionalistischen Ansätzen gemein, dass durch Regeln und Regelsysteme Interaktionen organisiert werden. Dadurch wird das Verhalten der beteiligten Akteure greifbar und in einem begrenzten Rahmen sogar vorhersehbar gemacht (Burns, Baumgartner & Deville, 1985: 256). Institutionen erscheinen in einer Wechselwirkung mit den Präferenzen und Perzeptionen der Akteure, was besonders bei Verhandlungen ausschlaggebend ist, da interessenbasierte Motivationen durch einen lösungsorientierten Modus erweitert werden. Ein Schwerpunkt des Ansatzes liegt bei den jeweiligen Akteurskonstellationen, auf deren Bedeutung später ausführlich eingegan-

gen wird (Wagner, 2006: 249 - 250).

Die ursprüngliche Konzeption des Ansatzes umfasst weit mehr als der hier angestrebten Darstellung zuträglich ist, sodass daraus vorrangig Teile der interaktionsorientierten Policy-Forschung bearbeitet werden. Diese beziehen sich hauptsächlich auf Politikergebnisse die im Rahmen von in Verträgen festgelegten Entscheidungsverfahren auftreten (Scharpf, 1999: 167). Eine grundlegende Zielsetzung des Ansatzes liegt darin, „realisierbare Problemlösungen zu entwickeln oder Institutionen zu entwerfen, die im allgemeinen die Formulierung und Implementation gemeinwohlorientierter Politik begünstigen“ (Scharpf, 2000: 85). Die Anwendbarkeit dieser Ansprüche auf die Arbeitsweise der GASP soll nun mittels einiger begrifflicher Definitionen erleichtert werden.

Definition der grundlegenden Begrifflichkeiten

Unter Institution soll im Folgenden ein erstelltes Regelwerk verstanden werden, das den daran beteiligten Akteuren unter Einhaltung der ihnen auferlegten Regeln Handlungsverläufe strukturiert. Dadurch werden Entscheidungsmöglichkeiten sowohl eröffnet als auch begrenzt und die Abläufe darüber, wie diese Entscheidungen getroffen werden sowie auch die zu erwartenden Ergebnisse bereits definiert (Scharpf, 2000: 77 - 79).

Da jedoch „der Einfluss von Institutionen auf die Wahrnehmungen und Präferenzen und daher auch auf die Intentionen von Akteuren [...] niemals vollständig sein [kann]“ (Scharpf, 2000: 83), kommt der Wechselwirkung zwischen intentionalem Handeln und institutionellem Einwirken eine besondere Bedeutung zu. Unter intentionalem Handeln lassen sich subjektive Interessen und Werte subsumieren, die menschliche Akteure bei einer Entscheidung beeinflussen. Sind diese rational determiniert, ersuchen sie ihren Nutzen maximal zu steigern und berufen sich dabei auf wissenschaftliche, externe Informationssysteme. Sind sie allerdings verstärkt kulturell geprägt, entstehen Handlungen aus sozial konstruierten Kontexten heraus (Mayntz & Scharpf, 1995: 47 - 48). In der weiteren Betrachtung ist von einer Kombination beider Varianten auszugehen, die den handelnden Akteur beeinflussen.

Akteure, Konstellationen und Interaktionsformen

Als Akteur wird in dieser Arbeit ein korporativer Typus betrachtet, da dieser mit individuellen Akteuren in einem engen Inklusionsverhältnis steht. Die Einbettung eines korporativen Akteurs in komplexe Akteurkonstellationen tritt verstärkt bei jenen gesellschaftlichen Sektoren auf, die durch institutionelle Kontexte konstituiert, das heißt vertraglich geschaffen werden (Mayntz & Scharpf, 1995: 48 - 50). Individuen erscheinen darin als Vertreter ihrer jeweiligen Einheiten und prägen deren Handlungsorientierung durch ihr intentionales Handeln (Wagner, 2006: 77). Daraus entsteht eine Mehrebenenperspektive, „in welcher der institutionelle Rahmen das Handeln von Organisationen prägt, während diese ihrerseits für das Handeln ihrer Mitglieder den institutionellen Rahmen bilden“ (Mayntz & Scharpf, 1995: 44). Da den jeweiligen Akteurkonstellationen und Interaktionsformen in diesem Prozess eine besondere Bedeutung zukommt, werden sie im Folgenden erläutert.

Eine Akteurkonstellation beschreibt die an einer Handlung teilhabenden Parteien, deren Strategien und damit einhergehenden Ergebnispräferenzen. Während die Beteiligung an einer Konstellation durch den institutionellen Rahmen statisch festgelegt ist, variieren die daraus resultierenden Interaktionsformen einseitiges Handeln, Verhandlung, Mehrheitsentscheidung und hierarchische Steuerung. In Abhängigkeit von einer Kombination aus beeinflussenden Umweltfaktoren, unterscheiden sie sich in ihren Zielerreichungspotenzialen. Daraus geht hervor, dass Handlungen durch die Interdependenzen der auftretenden Akteurkonstellationen und von den daraus resultierenden Interaktionsformen gebildet und deren Ergebnisse dadurch beeinflusst werden (Scharpf, 2000: 87 - 91).

Damit entwirft der Akteurzentrierte Institutionalismus ein Grundlagenmodell, anhand dessen Politikergebnisse in ihrer Wechselwirkung institutionell struktureller und akteurspezifisch individueller Einflussfaktoren nachvollzogen werden können (Luthardt, 1999: 161). Zudem ermöglicht der Ansatz eine Untersuchung, ob gewisse Akteurkonstellationen in Kombination mit verschiedenen Interaktionsformen einem Ergebnis zuträglich waren, worauf im folgenden Teil eingegangen wird.

Anwendung und Auswirkung der Weiterentwicklung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Etablierung des Amtes der Hohen Vertreterin stelle einen neuen „Meilenstein in der institutionellen Entwicklung der EU dar“ (Schmid, 2010: 458). Mit ihr richten sich Hoffnungen an die EU am Ende der Übergangsphase eine „effektive, effiziente und überzeugende EU-Außen- und Sicherheitspolitik“ (ebd.) zu verwirklichen. Im Nachstehenden dienen die Begrifflichkeiten des Akteurzentrierten Institutionalismus dazu, die vertraglichen Veränderungen durch Lissabon und die damit verfolgten Ziele der EU zu überprüfen. Der Vertrag von Lissabon selbst stellt die Institution dar, in dessen Grundlagen das Amt der Hohen Vertreterin als korporativer Akteur eingebettet ist. In diesem Rahmen werden die Möglichkeiten und die Realisation ihrer Handlungsressourcen untersucht.

Empirische Anwendbarkeit der Ziele

Ein wesentliches Ziel der EU war es, mit dem voranschreitenden Integrationsprozess und somit insbesondere mit dem Vertrag von Lissabon, seine gestaltende Rolle in der Weltpolitik zu steigern. Als führende, wirtschaftliche Instanz sollten die institutionellen Veränderungen dem Missverhältnis der wirtschaftlichen Größe und dem politischen Einfluss entgegen wirken und die Gestaltungsmacht der EU steigern (Siegmar, 2010: 195).

Um eine möglichst große Aussagekraft über die Umsetzung der von der EU angestrebten Ziele zu gewährleisten, wird das Amt der Hohen Vertreterin in seinen drei größten Tätigkeitsbereichen zu drei unterschiedlichen Zeiten in den Umsetzungs- und Lebensphasen des Vertrages von Lissabon untersucht. Dabei dienen drei Kernziele der EU, nämlich Kohärenz, Kontinuität und Transparenz zu fördern sowie als globaler Akteur einen Bedeutungszuwachs zu erfahren, als Strukturierungsgegenstände für die nachstehenden Beispiele.

Kohärenz

Vor der Einführung des Vertrages von Lissabon verlauteten zurückhaltende Hoffnungen über den angestrebten Erfolg der Reformen: „Ein Fortschritt wäre es schon, dass, wenn Europa seine

Stimme erhebt, dabei wenigstens keine Dissonanzen herauskommen.“ (Bittner, 2009).

Dieses grundlegende Ziel der EU in ihren unterschiedlich geprägten und verschiedentlich institutionell verankerten Außenbeziehungen als geeinte Kraft aufzutreten, ist mit den damit verbundenen Anforderungen vertraglich wie folgt formuliert:

„Die Union achtet auf die Kohärenz zwischen den einzelnen Bereichen ihres auswärtigen Handelns sowie zwischen diesen und ihren übrigen Politikbereichen. Der Rat und die Kommission, die vom Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt werden, stellen diese Kohärenz sicher und arbeiten zu diesem Zweck zusammen.“ (Art. 21, Abs. 3 EUV)

Die tatsächliche Realisierung dieser Sicherstellung der Kohärenz soll der Hohen Vertreterin aufgrund ihres sogenannten Doppelhutes gelingen. Zum einen genießt sie Initiativrecht als Leiterin der GASP und ihrem Vorsitz im Rat für Auswärtige Angelegenheiten. Zum anderen soll insbesondere ihre Rolle als Vizepräsidentin der Kommission die Koordination der auswärtigen Angelegenheiten fördern (Varwick & Ondarza, 2013: 211). Diese Akteurkonstellation ist in seiner Interaktionsform durch Mehrheitsentscheidungen gekennzeichnet, wobei zudem einseitiges Handeln einzelner Mitgliedstaaten zu einer Blockade führen kann.

In einer Untersuchung der Erfolge der außenpolitischen Kohärenz in Bezug auf die europäische Nahostpolitik lassen sich sowohl positive als auch negative Entwicklungen aufzeigen. Zum einen ist eine gesteigerte Präsenz der EU als ein internationaler Akteur zu vermerken, wenn ihr politisches und wirtschaftliches Engagement in der MENA-Region („Middle East and North Africa“) beobachtet wird. Das zeichnet sich unter anderem durch die genauere Unterscheidung zwischen einzelnen Ländern und spezifischeren sozioökonomischen Entwicklungszielen in einer einheitlichen EU-Strategie aus (Falkowski, 2013: 405 - 406). Zum anderen muss sich diese Einigkeit neu unter Beweis stellen, wenn die EU in Krisensituationen schnell reagieren muss (Bauer & Möller, 2012: 310 - 311).

Diese Situation war beim Entscheidungsprozess im Umgang mit dem Bürgerkrieg in Libyen zu beobachten, indem die EU die Übernahme von Verantwortung nicht gewährleisten konnte (Bittner & Böhm, 2011). Fraglich ist jedoch, ob

die vertraglichen Maßnahmen zur Überwindung der mangelnden Kohärenz gescheitert sind oder ob das Problem in den Mitgliedstaaten selbst liegt. Die von der Hohen Vertreterin berufene, außerordentliche Sitzung der Außenminister zur Bewertung des weiteren Vorgehens in Libyen blieb hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens erfolglos. Nicht zuletzt weil sich Frankreich und Großbritannien bereits im Vorfeld auf eine Flugverbotszone festlegten, welche die Hohe Vertreterin abgelehnt hatte (Rüger, 2011).

Der bereits angesprochenen Wechselwirkung zwischen institutionellen Voraussetzungen und intentionalem Handeln der Akteure kommt in diesem Beispiel eine besondere Bedeutung zu. „So richtig es ist, die Uneinigkeit der EU angesichts der revolutionären Vorgänge in Nordafrika anzuprangern, so falsch ist es, dieses europäische Versagen allein Europas Chefdiplomatin anzulasten“ (Ebd., 2011). Denn obgleich die Hohe Vertreterin von ihren Kompetenzen Gebrauch machen konnte, überwogen nationale Interessen der Mitgliedstaaten. Daher konnte kein kollektives Handeln verwirklicht werden, zu Lasten des Potenzials der EU, sich als globaler Akteur zu beweisen (Falkowski, 2013: 408).

Kontinuität und Transparenz

Die Änderungen des Vertrages von Lissabon beschneiden nicht die Rolle des Rates der Europäischen Union (der Rat), sondern vielmehr seine Organisationsstruktur und Arbeitsweise. Die neue Unterteilung, unter anderem durch öffentliche Tagungen zugunsten der Transparenz der EU, erfolgt in dem Rat für „Allgemeine Angelegenheiten“ und dem Rat für „Auswärtige Angelegenheiten“. In diesem bekleidet die Hohe Vertreterin den Vorsitz und unterbricht dadurch das Rotationsprinzip zum Vorteil einer gesteigerten Kontinuität (Schmid, 2010: 459).

Die Interaktionsform dieser Akteurkonstellation zeichnet sich abermals durch Mehrheitsentscheidungen aus, in diesem Falle durch das System der doppelten Mehrheit¹. Wird ein Beschluss im Rat ohne den Vorschlag der Kommission oder der Hohen Vertreterin getroffen, so gelten abweichende Abstimmungsregelungen², sodass die Hohe Vertreterin als zentrale Ansprechpartnerin für die Interessen und Anliegen der europäischen auswärtigen Beziehungen gilt. Somit soll sie „der EU auf weltpolitischer Bühne größere Sichtbar-

keit verleihen und für die Kontinuität der Arbeit der Räte sorgen“ (Dembinski, 2010: 12).

Dadurch werden unter anderem die Beziehungen der EU und Russland in einem neuen Licht beleuchtet. Bereits im Frühjahr 2010 statuierte die Hohe Vertreterin die Bedeutung der Förderung der europäischen Werte auch über die Grenzen der EU hinaus (Schmid, 2010: 462). Damit orientiert sie sich zu einen an dem folgenden vertraglich festgelegten Ziel der EU, im internationalen Kontext aus derselben wertengebundenen Motivation zu handeln, wie sie dies im EU-internen Kontext bereits tut:

„Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.“ (Art. 21, 1 EUV)

Zum anderen bezieht sie sich damit auf die im Zentrum stehenden Schwerpunkte der Europa 2020 Strategie, intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu fördern. Als eine Realisierung dessen kann die Entwicklung der strategischen Partnerschaft mit Russland betrachtet werden, die im Juni 2010 um eine Partnerschaft für Modernisierung erweitert wurde. Die Partnerschaft beinhaltet eine gemeinsame Agenda, die dazu beitragen soll, dass unter Achtung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft durchgeführt werden. Dies findet im Rahmen der vier Gemeinsamen Räume statt (Rat der Europäischen Union, 2010). Inhaltlich decken die Gemeinsamen Räume – der Gemeinsame Wirtschaftsraum, der Gemeinsame Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, der Gemeinsame Raum der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der äußeren Sicherheit sowie der Gemeinsame Raum für Forschung und Bildung, der auch kulturelle Aspekte einschließt, somit vier politische Schwerpunktbereiche ab.

Dieses Programm profitiert von der neu geschaffenen Kontinuität, da es der gemeinsamen Zusammenarbeit gelungen ist, langfristig effektiv zu kooperieren und die auftretenden Unterschiede der russischen und europäischen Interessen zu

reduzieren (Europäische Union, 2012a). Als wichtigste Erfolge sind dabei Russlands Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im August 2012, eine steigende Anzahl an internationalen finanziellen Investitionsprojekten und Erweiterungen der VISA Vorschriften zu vermerken (Europäische Union, 2012b).

Daraus lässt sich ableiten, dass die etablierte, kontinuierliche Identitätsgrundlage dazu beigetragen hat, diese Fortschritte zu erreichen und „Europa [...] starke politische Führungsfiguren und strategische Köpfe“ braucht (Weidenfeld, 2012: 465). Diese sind insbesondere in Anbetracht des intentionalen Handelns von Bedeutung. Das heißt, dass die Hoffnung auf Erfolge der institutionellen Voraussetzungen einer Person mehr Führungspotenzial zuzugestehen, steigen. Zudem wird diese Hoffnung personifiziert und auf die Persönlichkeit des Führungscharakters projiziert. Dadurch obliegt es den Fähigkeiten der jeweiligen Führungsperson, Handlungsoptionen zu eröffnen.

Bedeutungszuwachs

Durch die Überwindung der mitgliedstaatlichen Divergenzen und die Erschaffung einer stabilen Kontinuität sollte eine größere Handlungsfähigkeit errichtet und damit ein globaler Bedeutungszuwachs erreicht werden (Fröhlich, 2008: 86). Um dieses allumfassende Ziel zu erreichen, hat die EU in den letzten Jahren eindeutige Fortschritte gemacht, wengleich noch immer Defizite bestehen (Schmidt, 2010: 210). Diese abschließende Untersuchung soll den Status quo darstellen und bewerten.

Die institutionellen Voraussetzungen zur Vollführung dieses Zieles sind in der Errichtung des EAD wie folgt formuliert:

„(1) Die Delegationen der Union in Drittländern und bei internationalen Organisationen sorgen für die Vertretung der Union.

(2) Die Delegationen der Union unterstehen der Leitung des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Sie werden in enger Zusammenarbeit mit den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Mitgliedstaaten tätig.“ (Art. 211, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Amtsblatt der Europäischen Union, C 83/147, 2010)

Durch diese Etablierung des EAD wird der Hohen Vertreterin ein Dienst unterstellt, dessen

Arbeit sie in der Erfüllung ihres Mandates unterstützt. Aus dieser Akteurkonstellation resultiert eine Interaktionsform, die sich auf das einseitige Handeln der Hohen Vertreterin konzentriert. Sie handelt dabei auf der Informationsgrundlage, die ihr durch den EAD zugetragen wird, ist jedoch keinen Weisungs- oder Verhandlungsverpflichtungen unterworfen. Dadurch erreicht sie einen aktuellen Wissensstand, der sie insbesondere für die Sitzungen des Rates für „Auswärtige Angelegenheiten“ vorbereitet und rüstet (Rat der Europäischen Union, 2009).

Ein umfassendes Abbild der Absichten und Möglichkeiten der EU im Rahmen der jeweiligen Vertretungen kann anhand der Delegation in Ägypten gezeigt werden, die sich durch tiefe Wurzeln sowie derzeitige Aktualität auszeichnet.

Innerhalb der bereits bestehenden Beziehungen zwischen der EU und Ägypten statuiert die Etablierung der Task Force eine neue Dimension der diplomatischen Beziehungen. Diese setzen sich aus wirtschaftlicher Kooperation, erweiterten bilateralen Beziehungen und der Vertretung von Menschenrechts- und Governanceansätzen zusammen. Die EU wird dadurch zu einem der wichtigsten internationalen Partner für Ägypten (Europäische Union, 2012c).

Das Ausmaß dieses Bedeutungszuwachses wird darin deutlich, dass es der Hohen Vertreterin als einziger Repräsentantin außerhalb der ägyptischen Armee- und Sicherheitsbehörden gelungen ist, den inhaftierten Präsidenten Mohammed Mursi persönlich zu treffen (Blaschke, 2013). Beschnitten wird dieses Ausmaß jedoch unter Anbetracht der nationalstaatlichen Bemühungen der jeweiligen Mitgliedstaaten ebenfalls nach Kairo zu reisen, um Präsenz zu zeigen und gesonderte Interessen, bislang ohne Erfolg, voranzutreiben (Gehlen, 2013).

Daran wird deutlich, dass das intentionale Handeln nicht aus einer einheitlichen Motivation schöpft und dem ursprünglichen Ziel, anderen globalen Akteuren gegenüber als geeinte Kraft aufzutreten, widerspricht. Daher scheint der Bedeutungszuwachs ambivalent, denn die EU findet sich derzeit „[...] in einer widersprüchlichen Symbiose der europäischen Reintegration und Renationalisierung“ wieder (Martens, 2004: 4).

Fazit

Aus den vorangegangenen Untersuchungen geht hervor, dass die Beantwortung der Leitfrage, ob die Hohe Vertreterin ihre neu geschaffenen Kompetenzen zugunsten eines Bedeutungszuwachses der EU nutzen konnte, differenziert zu betrachten ist.

Durch die Darstellung der Vielschichtigkeit des Amtes der Hohen Vertreterin wurde ein Einblick in ihr Tätigkeits- und Verantwortungsfeld gegeben. Die Befähigung zur Erfüllung dieser Kompetenzen liegt institutionell im Vertrag von Lissabon verankert. Durch diesen werden besondere Akteurkonstellationen statuiert und mit ihnen die jeweiligen Handlungsressourcen definiert. Die Hohe Vertreterin erscheint dadurch eingebettet in ein Regel- und Normensystem, das sich sowohl zu ihrem Vorteil, in manchen Fällen jedoch auch zu ihrem Nachteil ausgestalten kann.

Die dahingehende Prüfung der Übereinstimmung der theoretischen Anforderungen des Vertrages von Lissabon mit den in der Praxis auftretenden Handlungsergebnissen lassen einige Schlussfolgerungen zu. Die drei Kernziele der EU, durch die Hohe Vertreterin eine gesteigerte Kohärenz, Kontinuität, Transparenz und damit einhergehend eine größere Bedeutung in globalen Kontexten zu erhalten, erscheint nur in Teilen erfüllt. Aus den Untersuchungen ging hervor, dass es zum einen einer Überwindung der mitgliedstaatlichen Divergenzen bedarf, um die institutionell geschaffenen Möglichkeiten des Vertrages von Lissabon zielbringend nutzen zu können. Es scheint daher, als fehle es einigen Mitgliedstaaten an der Bereitschaft, nationale Interessen zugunsten einer funktionierenden Bedeutungreichweite hinter die Interessen der Unionsgemeinschaft zu stellen. Zum anderen gilt es, die Verflechtung der Mitgliedstaaten sowie der EU selbst in andere Bündnisse in Betracht zu ziehen. Dabei birgt insbesondere das Verhältnis zur NATO Konfliktpotenziale, sodass eine unabhängige Entscheidung der EU beinahe nicht möglich erscheint.

Um dennoch eine Bewertung der Erfolge anzustellen, bedarf es einer Definition des Geltungsanspruches, anhand dessen die Zielerreichung bewertet werden kann. Hält man der EU nicht den Anspruch einer nationalstaatlichen Außenpolitik entgegen, sondern betrachtet sie als das Gebilde sui generis das sie ist, gebührt ihr Lob.

Die Fallbeispiele haben gezeigt, dass die enge Verquickung von Sicherheits- und Verteidigungspolitik und nationalstaatlicher Souveränität noch vordergründig ist. Daher erscheint es eine Frage der Zeit und der zukünftigen Entwicklungen zu sein, wann und in welchem Maße eine Souveränitätsübertragung stattfinden wird, sodass die europäische Außen- und Sicherheitspolitik noch effizienter agieren kann.

Aus dem heutigen Stand heraus lässt sich jedoch eine überwiegend positive Entwicklung der GASP feststellen, sodass davon auszugehen ist, dass der Bedeutungszuwachs der EU zumindest teilweise auf die vertraglich geschaffenen Kompetenzen der Hohen Vertreterin zurück zu führen ist. Eine finale Bewertung der Vertragsänderungen erscheint jedoch noch etwas zu früh, da die Umstrukturierung und Etablierung einige Zeit in Anspruch genommen hat. Der EAD konnte seinen Dienst beispielsweise erst Ende 2010 aufnehmen, sodass langfristige (Miss-)Erfolge seiner Arbeit erst noch zu erwarten sind.

Das umfangreiche Netz von direkten und indirekten Abhängigkeiten der Akteurkonstellationen und Entscheidungsebenen gestalten es schwierig, eine klare Verantwortung der Entwicklung der Akteursqualitäten der EU anzustellen. Daher wird der Kritik, dass sich die Beantwortung der Leitfrage nicht ausschließlich auf das Amt der Hohen Vertreterin reduzieren lässt, Raum gewährt. In diesem Sinne erscheint das angrenzende Forschungsfeld, inwiefern sich die Arbeit des Europäischen Auswärtigen Dienstes auswirkt, ebenso spannend. ■ ■ ■

Literaturverzeichnis

Bauer, Michael/Möller, Almut (Hrsg.) 2012: *Angewandte Politikforschung zur europäischen Nahostpolitik*, in: Glaab, Manuela/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Angewandte Politikforschung*, Wiesbaden: 307 - 317.

Bittner, Jochen 2009: *Einer für alle. EU-Gipfel in Brüssel*, in: *Die Zeit*, 29.10.2009.

Bittner, Jochen/Böhm, Andrea (Hrsg.) 2011: *Dieser Krieg war gerecht. Eine Bilanz der Intervention in Libyen*, in: *Die Zeit*, 27.10.2011.

Blaschke, Björn 2013: *Gespräch mit dem Ex-Präsidenten Ägyptens. Ashton trifft Mursi*, in: *Tageschau*, 30.07.2013, in: <http://www.tagesschau.de/>

[ausland/aegypten1742.html](http://www.tagesschau.de/ausland/aegypten1742.html); 08.09.2013.

Burns, Tom R./Baumgartner, Thomas/Deville, Philippe (Hrsg.) 1985: *Man, Decisions, Society. The Theory of Actor-System Dynamics for Social Scientists*, New York.

Dembinski, Matthias 2010: *EU-Außenbeziehungen nach Lissabon*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn: 9-15.

Europäische Union 2010: *Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Amtsblatt der Europäischen Union C83*, Brüssel, in: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:FULL:DE:PDF>; 04.09.2013.

Europäische Union 2012a: *Speech of High Representative Catherine Ashton on the situation in Russia* in, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/-pressdata/EN/foraff/126907.pdf; 08.09.2013.

Europäische Union 2012b: *Progress Report. EU-Russia Partnership for Modernisation* in, http://www.eeas.europa.eu/russia/docs/2012_p4m_progress_report_signed_en.pdf; 09.09.2013.

Europäische Union 2012c: *EU-Egypt Task Force Fact Sheet* in, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/133513.pdf; 08.09.2013.

Europäische Union 2012: *Vertrag über die Europäische Union. Konsolidierte Fassung. Amtsblatt der Europäischen Union C326*, in: <http://eur-lex.europa.eu/-LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:326:0013:0046:DE:PDF>; 13.8.2013.

Falkowski, Christian 2013: *Der Arabische Frühling und die Europäische Union*, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 6: 3, 393 - 412.

Fröhlich, Stefan 2008: *Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung*, Wiesbaden.

Gehlen, Martin 2013: *Der Westen ist ohnmächtiger Zuschauer*, in: *Die Zeit*, 15.08.2013 in, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-08/aegypten-westen-ohnmacht>; 08.09.2013.

Kaddous, Christine 2008: *Role and position of*

the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy under the Lisbon Treaty, in: Griller, Stefan/Ziller, Jacques (Hrsg.): *The Lisbon Treaty*, Wien: 205 - 221.

Leibfried, Stephan 2009: *Ein Riesenzweig, der vieles kann*, in: *Die Zeit*, 05.05.2009 in, <http://www.zeit.de/2009/21/oped-Leibfried>; 09.08.2013.

Luthardt, Wolfgang 1999: *Politische Steuerung und Akteurzentrierter Institutionalismus*, in *Swiss Political Science Review*, 5: 2, 155 - 166.

Martens, Stephan 2004: *Das erweiterte Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*: 3 - 5 in, <http://www.bpb.de/apuz/28376/das-erweiterte-europa>; 04.09.2013.

Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. 1995: *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*, Frankfurt.

Rat der Europäischen Union 2009: *The High Representative for Foreign Affairs and Security Policy / The European External Action Service*, in http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/111301.pdf; 08.09.2013.

Rat der Europäischen Union 2010: *Joint Statement on the Partnership for Modernisation EU-Russia Summit*, in http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/-docs/pressdata/en/er/114747.pdf; 07.09.2013.

Rüger, Carolin: *(Zu) hohe Erwartungen an die Hohe Vertreterin?*, in: *EurActive.de. Das Portal für europäische Nachrichten, Hintergründe und Kommunikation*, 27.06.2011, in <http://www.euractiv.de/globales-europa/artikel/zu-hohe-erwartungen-an-die-hohe-vertreterin-005010>; 19.08.2013.

Scharpf, Fritz W. 1999: *Selecting Cases and Testing Hypotheses*, in: *Journal of European Public Policy*, 6:1, 164 - 167.

Scharpf, Fritz W. 2000: *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*, Opladen.

Schmid, Helga-Maria 2010: *EU-Außenpolitik nach Lissabon*, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 3:4, 457 - 465.

Schmidt, Siegmund 2010: *Fortschritte und neue Herausforderungen in der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik*, in: *Leiß, Olaf: Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon*: 195 - 219.

Solana, Javier 2009: *High Representative for the Common Foreign and Security Policy, Secretary General of the Council of the European Union*, in, <http://www.consilium.europa.eu/javier-solana-offline/javier-solana-new-homepage-?lang=de>; 06.08.2013.

Varwick, Johannes/Ondarza, Nicolai 2013: *Europa in der Welt: Die vielen Gesichter der EU-Außenbeziehungen*, in: *Beichelt, Timm/Choluj, Bozena/Rowe, Gerard C. u.a. (Hrsg.): Europa-Studien*, Wiesbaden: 209 - 228.

Wagner, Wolfgang 2006: *Der Akteurzentrierte Institutionalismus*, in: *Bieling, Hans-Jürgen: Theorien der europäischen Integration*, Wiesbaden: 249 - 270.

Weidenfeld, Wolfgang 2012: *Ein neues Europa? Analyse zu den Zukunftskonstellationen des Kontinents*, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 5:3, 463 - 472.

Matthias Distelkamp

PERSÖNLICHKEIT UND AUßENPOLITIK - EIN ZUSAMMENHANG?

Anwendungsfall Stalin und der Hitler-Stalin-Pakt

Matthias Distelkamp

B.A. Governance & Public Policy,
Universität Passau,
Studium abgeschlossen,
Master „International Relations Theory“
London School of Economics and Political Science
mdistelkamp@aol.com

Dieser Beitrag beruht auf einer Hauptseminararbeit im Fachbereich Politikwissenschaften.

Abstract

Diese Arbeit untersucht den Zusammenhang zwischen der Persönlichkeit eines Entscheidungsträgers und seiner Außenpolitik am Anwendungsfall Stalin und dem Hitler-Stalin-Pakt. Hierbei wird der Einfluss Stalins personaler Identität auf sein politisches Denkbild und seine Entscheidung zum Hitler-Stalin-Pakt untersucht. Das politische Denkbild wird hier durch das „operational code belief system“ von Alexander George erfasst, welches aus verschiedenen „operational code beliefs“ besteht, die auf Denken und Wahrnehmung eines Entscheidungsträgers einwirken. Die Forschungsfrage lautet somit: Welchen Einfluss hatte Stalins personale Identität auf seine „operational code beliefs“ und wie beeinflussten diese wiederum seine Politik? Die gewählte Methodik besteht darin, die „operational code beliefs“ Stalins zu erstellen und deren Einfluss auf seine Entscheidung zum Hitler-Stalin-Pakt zu analysieren, wobei auch andere konkurrierende Erklärungsansätze für Stalins Verhalten hinzugezogen werden. Anhand biographischer Informationen wird danach das Merkmal „Räuber und Rebell“ der personalen Identität Stalins rekonstruiert und dessen Zusammenhang zu seinen „operational code beliefs“ und seiner Außenpolitik erschlossen. Das Fazit lautet, dass Stalins personale Identität seine „operational code beliefs“ und Entscheidung zum Hitler-Stalin-Pakt beeinflusst haben könnte. Dieses Ergebnis soll als Anstoß dienen, um den hier verfolgten theoretischen Ansatz durch weitere Forschung zu verallgemeinern. Ziel ist es hierbei, den individualistischen Erklärungsansatz für Außenpolitik zu erweitern und gegenüber anderen Ansätzen zu stärken.

Einführung

Forschungsfrage

Obwohl Individuen die einzig „wahren“ Handlungsträger in den internationalen Beziehungen sind, beschäftigt sich dennoch ein Großteil der theoretischen Ansätze in der wissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Politik nur mit Kollektiven als relevante Akteure, um außenpolitisches Handeln zu erklären. Diese Ansätze gehen davon aus, dass dem einzelnen Entscheidungsträger kein bedeutender Einfluss in der Weltpolitik zugemessen werden kann. Stattdessen bestimmen dieser Ansicht nach kollektive Strukturen, die das individuelle Handeln determinieren, sowohl Motive als auch die Mittel von Außenpolitik. Ziel dieser Arbeit soll es deshalb sein, den individualistischen Ansatz zur Erklärung von Außenpolitik analytisch zu erweitern und gegenüber den kollektiven Ansätzen zu stärken. Letztlich soll es darum gehen, dem wissenschaftlichen Betrachter eine neue Perspektive zur Analyse von Motiven und Mitteln in der internationalen Politik zu eröffnen.

Der individualistische Ansatz wird mit dem „operational code belief system“ von Alexander George theoretisch erfasst und stellt eine Denkbildanalyse dar. Diese Theorieauswahl scheint deshalb geeignet, da das „operational code belief system“ aus einem komprimierten Schema von Fragen besteht, die das politische Weltbild eines Entscheidungsträgers strukturell gliedern sollen. Dabei wird sowohl auf generelle theoretische Überzeugungen eingegangen, die sich auf die Wahrnehmung der politischen Welt beziehen, als auch auf praktische Überzeugungen, die die konkreten Mittel zur Erreichung von politischen Zielen bestimmen. Politische Entscheidungsträger besitzen demnach „operational code beliefs“. Diese Unterscheidung und die strukturelle Dependenz der einzelnen Fragen macht das „operational code belief system“ sehr attraktiv für analytische Erweiterungen in der Forschung. Diese analytischen Erweiterungen sollen sich an psychologischen Komponenten orientieren. Die Politikwissenschaft wird somit mit der Psychologie verknüpft, wobei letztendlich dadurch ein Fortschritt für die Politikwissenschaft erreicht werden soll. Die hier eingeführte psychologische Komponente ist der Begriff der „personalen Identität“ eines Entscheidungsträgers. Daraus ergibt sich nun folgendes theoretisches Rätsel: Welchen Einfluss hat die

personale Identität eines Entscheidungsträgers auf seine „operational code beliefs“?

Methode und Vorgehen

Da es sich hier um ein theoretisches Rätsel handelt, ist das Ziel dieses Beitrags nicht die Erklärung eines konkreten empirischen Falls. Dennoch wird methodisch auf einen konkreten empirischen Anwendungsfall zurückgegriffen. Dieser Anwendungsfall umschließt den sowjetischen Diktator Joseph Stalin als Person und den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt als Ereignis. Zuerst wird das „operational code belief system“ als Theorie vorgestellt. Dabei umfasst die Darstellung sowohl das von Alexander George empfohlene methodische Vorgehen, welches hier auch Anwendung findet, als auch eine Weiterentwicklung der Theorie, die sogenannte „motivations“-Forschung. Des Weiteren werden die „operational code beliefs“ Stalins anhand einiger von ihm stammenden Zitate konstruiert. Danach finden die „operational code beliefs“ Stalins auf den Hitler-Stalin-Pakt Anwendung. Dabei wird zuerst untersucht, ob die „operational code beliefs“ überhaupt mit der empirischen Entscheidung Stalins vereinbar sind und anschließend, ob dies auch kontrafaktische Entscheidungsalternativen gewesen wären. Letztlich werden den „operational code beliefs“ andere Erklärungen für Stalins historische Entscheidung entgegengestellt, mit denen sich der individualistische Erklärungsansatz „messen“ soll.

Da in dieser Arbeit eine analytische Erweiterung des „operational code belief systems“ angestrebt wird, indem man die personale Identität eines Entscheidungsträgers hinzuzieht, erfolgt anschließend eine begriffliche Definition des Begriffs der „personalen Identität“ und eine Begründung, warum diese psychologische Komponente gewählt wurde. Dabei wird jedoch nicht die gesamte personale Identität als neue Variable zur analytischen Erweiterung des „operational code belief systems“ gewählt, sondern aus Effektivitätsgründen nur ein personales Identitätsmerkmal. Dieses personale Identitätsmerkmal wird anhand biographischer Informationen über die Person Stalin erstellt und mit einer passenden Bezeichnung komprimiert. Zuletzt wird ein Zusammenhang zwischen diesem personalen Identitätsmerkmal und den „operational code beliefs“ Stalins, sowie seiner Außenpolitik, analytisch erschlossen. Diese Untersuchung eines einzelnen Anwendungsfalles

soll eine wissenschaftliche Stütze und Anregung für eine allgemeine analytische Erweiterung des „operational code belief systems“ bieten, wobei diese noch weiterer Forschung bedarf. Daraus ergibt sich meine Forschungsfrage wie folgt: Welchen Einfluss hatte Stalins personale Identität auf seine „operational code beliefs“ und wie beeinflussten diese wiederum seine Politik?

Literaturbericht und Forschungsstand

Die berühmtesten Ansätze zur Modifikation der Denkbildanalyse stammen von Ole Holsti und Stephen Walker. Holsti entwickelte die Denkbildanalyse in den 1970er Jahren weiter, indem er eine Typologie verschiedener Denkbilder erstellte. Stephen Walker wiederum versuchte diesen Ansatz durch eine verkürzte Typologie zu verbessern. Bedeutend für diese Arbeit sind jedoch nur die psychoanalytischen Modifikationen des „operational code belief systems“. Psychoanalytische Faktoren wurden von Walker unter anderem zur Revidierung von Holstis Ansatz verwendet, indem er versuchte die „psychological motivations“-Forschung mit dem „Denkbild-Ansatz“ zu verbinden. In den letzten Jahrzehnten unterlag der „Denkbild-Ansatz“ noch einigen weiteren psychoanalytischen Untersuchungen, jedoch sind die Forschungsergebnisse hierbei auch stark mit den wissenschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Psychologie verknüpft. Diesbezüglich kann man noch auf zukünftige Erkenntnisse hoffen.

Für diese Arbeit wurde eine Vielzahl von Literatur verwendet, wobei hier nur die wichtigsten Quellen genannt werden. Die wissenschaftlichen Texte bezüglich des „operational code belief systems“ sind hierbei unter anderem die beiden Texte von Alexander George „The „Operational Code“: A Neglected Approach to the Study of Political Leaders and Decision-Making“ von 1969, sowie „The Causal Nexus between Cognitive Beliefs and Decision Making Behavior: The „Operational Code“ Belief System“ von 1979. Der Aufsatz von Stephen Walker „The Motivational Foundations of Political Belief Systems: A Re-Analysis of the Operational Code Construct“ von 1983 beschäftigt sich mit der „motivations“-Forschung, an die angeknüpft wird. Zur Konstruktion der „operational code beliefs“ Stalins waren besonders die beiden Werke von Nathan Leites „The Operational Code of the Politburo“ von 1951 und „A Study

of Bolshevism“ von 1953 hilfreich, da sie viele Zitate Stalins über die politische Welt enthalten. Die notwendigen biographischen Informationen zur Erfassung des personalen Identitätsmerkmals Stalins wurden aus verschiedenen Quellen herangezogen, wobei besonders Montefiores historische Darstellung „Der junge Stalin“ von 2007 viele Informationen lieferte.

Das „operational code belief system“

Denkbilder als sozialkonstruktivistischer Ansatz

In der Außenpolitikforschung wurden individuelle Faktoren bei politischen Entscheidungen lange Zeit ausgeblendet. Stattdessen nahm man an, dass Entscheidungsträger in der Weltpolitik einer scheinbar objektiven Rationalität folgen, also ihre Entscheidungen an einer gegebenen Präferenzordnung orientieren würden. Dieser Sichtweise folgend hatten die Denkbilder einzelner Politiker keine Relevanz zur Erklärung von politischen Entscheidungen in der Außenpolitik. Morgenthau akteurszentrierter Klassischer Realismus führte mit seinem Konzept vom „animus domandi, the desire for power“ (Morgenthau 1946: 192) ein psychologisches Element in das Feld der Internationalen Politikforschung ein. Demnach ist Politik ein Kampf um Macht, welcher in der menschlichen Natur verankert sei (Morgenthau 1946: 195). Dennoch verfolgte dieser Ansatz nicht die Absicht, verschiedene Denkbilder von Entscheidungsträgern zu analysieren, da er nur ein allgemeines Postulat über das Wesen des Menschen und die Folgen für politische Entscheidungen aufstellt.

Im Folgenden boten weder liberale noch realistische Theorien Raum für die Integration von Erklärungsansätzen, die sich auf unterschiedliche Denkbilder von Entscheidungsträgern beziehen. Waltz, der geistige Vater des strukturzentrierten Neorealismus, schrieb 1959 in seinem berühmten Werk „Man, the State and War“: “[...] the first [Individuum] and the second [Staat] images describe the forces in world politics, but without the third image [internationale System] it is impossible to assess their importance or predict their results“ (Waltz 1959: 238). Demnach ist das anarchische internationale System und die damit stetig einhergehende Unsicherheit und der Zwang zur Selbsthilfe dafür verantwortlich, dass

quasi auf eine deterministische Weise bestimmte Methoden immer wieder benutzt werden trotz unterschiedlicher Personen und Staaten, die sie verwenden (Waltz 2010: 117). Dem einzelnen Entscheidungsträger in ihrer oder seiner Individualität wird dabei wie in allen rationalistischen Theorien keine relevante Bedeutung beigemessen.

In den 1950er Jahren beschäftigten sich erstmals Forscher mit der Relevanz von individuellem Entscheidungsverhalten in der internationalen Politik. In den 1970er Jahren erlebten kognitive Ansätze, die sich mit Überzeugungen von Akteuren beschäftigen, eine Blüte. Aber der Durchbruch erfolgte erst nach dem Kalten Krieg. Die sogenannte vierte Theoriedebatte und die Etablierung des Sozialkonstruktivismus als Theorieschule stärkten kognitive Erklärungsansätze und Denkbildanalysen, die den sozialkonstruktivistischen Ansätzen zuzuordnen sind. „Den Ausgangspunkt aller sozialkonstruktivistischen Ansätze bildet die Annahme, dass das Wirken von Akteuren und Strukturen in den internationalen Beziehungen nicht unabhängig von sozial vermittelten Ideen, d.h. Normen, Werten, Identitäten etc., verstanden werden kann“ (Jachtenfuchs; zit. nach Harnisch 2010: 103).

Ole Holsti erklärte 1976 die Relevanz von Forschungsansätzen, die sich auf den einzelnen Entscheidungsträger als individuellen Akteur beziehen, damit, dass es nicht immer nützlich sei von der Annahme homogener Überzeugungen von Entscheidungsträgern auszugehen, da es signifikante Unterschiede in der Entscheidungselite untereinander gebe, was nicht nur auf Demokratien, sondern auch auf autoritäre Staaten zutrefte (Holsti 1976: 19). Er verwarf somit das Konzept des „unitary actor model“, welches von der Homogenität des Kollektivakteurs in Bezug auf Entscheidungen ausgeht. Die Annahme des „unitary actor model“ schließt nach Holsti „such concepts as bounded rationality, cognitive dissonance, information processing capacity, coping with stress, and related concerns of cognitive process models“ (Holsti 1976: 28) aus und hätte somit nur eine begrenzte Erklärungskraft.

Schema des „operational code belief system“

Nathan Leites legte mit seinen Arbeiten über die Einstellungsmuster der bolschewistischen Eliten den Grundstein für die Denkbildanalyse in der

Außenpolitik (Leites 1951, 1953). Dabei arbeitete er geteilte Überzeugungen zwischen russischen kommunistischen Entscheidungsträgern heraus, welche eine Mischung verschiedenster Vorstellungen waren, die er generell als „beliefs“ bezeichnete (Walker 2003: 247). Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Alexander George orientierte sich 1969 an diesem Ansatz und versuchte in der Folge einen eigenen Ansatz zur Analyse von Denkbildern zu erstellen, der wesentlich komprimierter und strukturierter sein sollte (George 1969: 196). Seine Intention war es, ein Schema zu konstruieren, welches die Rolle kognitiver Variablen im Entscheidungsverhalten politischer Entscheidungsträger erfassen sollte (George 1979: 97). Den Begriff des Schemas entnahm George aus der kognitiven Psychologie: „[...] schema refers to an individual's generalized principles about social life [...] and enable the individual to order his relationship to the social environment“ (George 1979: 97). Dabei wies er jedoch darauf hin, dass er sich auf „the set of generalized principles about political life“ (George 1979: 97) beschränkt. George nannte seinen neuen Ansatz „operational code belief system“, welcher sich mit „fundamental issues of politics, history and political action“ (George 1979: 101) beschäftigt. In seiner Analyse grenzt er „beliefs“ von „attitudes“ ab. „Beliefs“ sind das essentielle Element seiner Analyse und bilden das kognitive Schema, während er „attitudes“ generell ausschließt. Seiner Definition nach beziehen sich „attitudes“ mehr auf spezifische und abgegrenzte Bezugsobjekte im Gegensatz zu den „operational code beliefs“ (George 1979: 97).

Die „operational code beliefs“ bieten einen grundlegenden Rahmen, in dem der Akteur versucht verfügbare Informationen aufzunehmen und seinen Werten und Interessen folgend rational kalkuliert (George 1979: 101). „The political actor perceives and simplifies reality partly through the prism of his “cognitive map” of politics“ (George 1969: 200). „[...] [O]perational code beliefs [...] do not unilaterally determine the individual's choices of action“ (George 1979: 104), da “they serve as a set of general guidelines – heuristical aids to decision, not a set of mathematical algorithms that are applied by the actor in a mechanical way in his decision-making“ (George 1979: 103).

Das Schema von George enthält zehn Fragen, die Aufschluss über das Denkbild eines politi-

schen Entscheidungsträgers geben sollen. Dabei unterteilt er die Fragen in philosophische und instrumentelle „beliefs“. Die philosophischen „beliefs“ dienen zur Bewertung einer Situation, während die instrumentellen „beliefs“ Taktik und Mittel bestimmen. (Walker 2003: 250) Die einzelnen Fragen des „operational code belief systems“ besitzen eine innere Vernetzung. Dabei haben einige „beliefs“ eine dominante Rolle, in der Form, dass ihre Transformation sich auf die anderen „beliefs“ auswirkt. Besonders der erste philosophische „belief“ besitzt eine zentrale Rolle im „operational code belief system“ (George 1979: 100f). Im Folgenden wird das Schema des „operational code belief systems“ dargestellt (George; zit. nach Harnisch 2000: 50f):

Philosophische Fragen:

1. Was ist die Natur des politischen Lebens? Ist sie eher von Harmonie oder Konflikt geprägt? Was ist der grundlegende Charakter des politischen Opponenten?
2. Wie groß ist die Aussicht auf die Durchsetzung der eigenen politischen Ziele und Erwartungen? Sollte man diesbezüglich eher pessimistisch oder optimistisch sein und wie gestaltet sich dies jeweils?
3. Ist die politische Zukunft vorhersehbar? Inwiefern und bis zu welchem Grad lassen sich Voraussagen treffen?
4. Wie viel Kontrolle oder Herrschaft kann man auf die geschichtliche Entwicklung ausüben? Wie groß ist die eigene Rolle bei der Bewegung und Formung der Geschichte in die gewünschte Richtung zu bewerten?
5. Welche Rolle nimmt Chance/ Schicksal in menschlichen Belangen und der historischen Entwicklung ein?

Instrumentelle Fragen:

1. Was ist der beste Ansatz zur Auswahl von politischen Zielen?
2. Auf welche Weise sind die Ziele von Handlungen am besten zu erreichen?
3. Wie sind die Risiken politischer Handlungen am besten zu kalkulieren, kontrollieren und akzeptieren?
4. Was ist das beste Timing für die Verwirklichung der eigenen Interessen?
5. Wie ist die Nützlichkeit und Rolle verschiedener Instrumente zur Verwirklichung der eigenen

Interessen zu bewerten?

Stephen Walker weist zusätzlich darauf hin, dass hier „the sources of operational code (OPCODE) beliefs as exogenous variables“ (Walker: 1983: 181) angesehen werden.

Psychoanalytische Forschungen

Da sich das „operational code belief system“ mit Individuen als Akteur beschäftigt, liegt es nicht fern, auch psychoanalytische Faktoren in die Analyse mit einzubeziehen. Hierbei sollen allerdings nur eine Auswahl bestimmter Ansätze präsentiert werden, die auch einen gewissen Bezug zur Fragestellung haben. Unter anderem erstellte Ole Holsti eine Typologie unterschiedlicher Denkbilder, die von Walker noch modifiziert wurde. Walker reduzierte die sechs Typen Holstis auf vier Typen. Diese vier Typen konstruierte er aufbauend auf den „motivations“, „power“, „achievement“ und „affiliation“ der Entscheidungsträger. Walker versucht dabei den „Denkbild-Ansatz“ und den der „psychological motivations“ (McClelland 1966; Atkinson 1958; Winter 1973) miteinander zu verbinden. Er stellte dabei die These auf, dass als Ergebnis frühkindlicher Sozialisation sich vorherrschende „motivations“ in der Persönlichkeit noch vor dem politischen Denkbild bilden. Danach bildet ein Individuum ein politisches Denkbild, welches kompatibel mit seinen inneren „motivations“ ist. Diese „motivations“ wiederum werden durch das Denkbild in einer Entscheidungsaktion aktiviert. Dieses Denkbild ist zudem relativ starr gegenüber Wandel (Walker 1983: 189). Interessant für die in dieser Arbeit behandelte Fragestellung ist hierbei, dass Walker psychoanalytische Faktoren erforscht, die schon vor den „operational code beliefs“ existieren und sie unabhängig von politischen Überzeugungen beeinflussen.

Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen soll dazu dienen, den kausalen Zusammenhang zwischen den „operational code beliefs“ eines Entscheidungsträgers und einer Entscheidung zu analysieren. Man möchte dabei prüfen, inwiefern die „operational code beliefs“ die Entscheidung auch tatsächlich beeinflussten. Dabei unterscheidet George generell zwischen der „congruence procedure“ und

der „process tracing procedure“, wobei hier nur die „congruence method“ beschrieben wird, da diese im weiteren Verlauf der Arbeit auf einen konkreten Fall angewendet wird. Die „congruence procedure“ beruht auf einem nomothetisch-deduktiven Verfahren, wobei der Forscher versucht, eine Übereinstimmung zwischen den „operational code beliefs“ und der Entscheidung herauszufinden.

Das deduktive Verfahren besteht darin, dass man zuerst folgert, welche Auswirkungen die „operational code beliefs“ auf eine Entscheidung hätten und danach werden diese Annahmen mit dem empirischen Fall verglichen. Ein Problem besteht darin, die Entscheidung sinnvoll und angemessen zu charakterisieren, sodass es möglich ist, einen relativ objektiven Zusammenhang zwischen den „operational code beliefs“ und eben dieser Entscheidung herzustellen. Findet man tatsächlich eine Übereinstimmung, besteht die Möglichkeit, dass die „operational code beliefs“ die Entscheidung auch tatsächlich beeinflusst haben.

Dennoch ist es notwendig, dass der Forscher prüft, ob diese Übereinstimmung nur Zufall ist. Verkompliziert wird die Überprüfung auf Zufälligkeit dadurch, dass einige „operational code beliefs“ eines Akteurs unklar oder scheinbar nicht konsistent sind. Um die nicht zufällige Übereinstimmung zu untermauern, kann der Forscher versuchen eine generelle Regel zu finden, die die Übereinstimmung zwischen den „operational code beliefs“ und dem Charakter der Entscheidung erklärt, also sich dem Problem nomothetisch nähert. Desto genauer hierbei die Regel, desto besser kann sie die betreffende Übereinstimmung untermauern. George verweist in diesem Zusammenhang noch darauf hin, dass es auch möglich ist, durch Theorien des kognitiven Gleichgewichts eine Übereinstimmung zwischen den „operational code beliefs“ und der Entscheidung wahrscheinlicher zu machen.

Eine andere Frage besteht darin, ob gar andere Faktoren als die „operational code beliefs“ die Entscheidung wesentlich beeinflusst haben und welchen Stellenwert sie bei einer Entscheidung überhaupt besitzen. Die Frage besteht letztlich also darin, ob die jeweilige Entscheidung auch ohne die „operational code beliefs“ zustande gekommen wäre? Dabei kann ein sogenanntes Gedankenexperiment hilfreich sein. Der Forscher muss sich überlegen, welche anderen Variablen außer den „operational code beliefs“ die Entschei-

dung beeinflusst haben könnten. Findet man solche Variablen, so können die „operational code beliefs“ nicht mehr als notwendige Bedingung für die Entscheidung betrachtet werden, auch wenn es noch möglich ist, dass sie das Entscheidungsverhalten beeinflusst haben. Findet man hingegen keine alternativen Variablen, so kann man daraus nur folgern, dass die „operational code beliefs“ die entscheidende Variable sein könnten.

Des Weiteren muss in Betracht gezogen werden, dass auch andere Entscheidungen eine Übereinstimmung mit den „operational code beliefs“ hätten aufweisen können. Hierbei sollte sich der Forscher fragen, welche Entscheidungsalternativen der Entscheidungsträger in dieser Situation gehabt hätte. Gibt es kontrafaktische Politikalternativen, die nicht mit den „operational code beliefs“ vereinbar gewesen wären, so stärkt das deren Erklärungskraft. Desto weniger mit den „operational code beliefs“ vereinbare Alternativen man findet, desto bedeutender sind sie einzuschätzen. Findet man auf der einen Seite Politikalternativen, die mit den „operational code beliefs“ vereinbar sind und auf der anderen Seite welche, die es nicht sind, kann es sinnvoll sein, die mit den „operational code beliefs“ vereinbaren Entscheidungen auf gemeinsame Elemente zu untersuchen. Findet man ein solches Element, stärkt dies die Erklärungskraft der „operational code beliefs“ dahingehend, dass der Entscheidungsträger möglicherweise Entscheidungen gewisser Art präferiert (George 1979: 104-113).

Holsti behauptet, dass unter gewissen Umständen die „operational code beliefs“ eines Entscheidungsträgers eine besondere Rolle spielen. Das sind Situationen, die vielseitig interpretierbar sind und von der Routine abweichen, sowie Entscheidungen, bei denen der Entscheidungsträger an der Regierungsspitze steht und frei von innenpolitischen Zwängen ist. Dazu kommen Situationen, die unerwartet auftreten, als auch lange Planung benötigen, was einen hohen Unsicherheitsfaktor beinhaltet (Holsti; zit. nach George 1979: 110).

Das Ziel dieser Arbeit besteht darin, die Erklärungskraft des „operational code belief systems“ dahingehend zu präzisieren und zu stärken, indem versucht wird mit dem Begriff der „personalen Identität“ eines Entscheidungsträgers eine neue Variable zu analysieren. Es wird geprüft, ob eben diese neue Variable die Konstitution der „operational code beliefs“ und den Zusammenhang zwischen ihnen und einer konkreten Entscheidung

genauer erklären kann. Dementsprechend lautet die These: Stalins personale Identität hat seine „operational code beliefs“ und somit auch die sowjetische Politik beeinflusst, was am Beispiel des Hitler-Stalin-Paktes gezeigt werden soll.

Stalins „operational code beliefs“: Anwendungsfall Hitler-Stalin-Pakt

Stalins „operational code beliefs“

Das Einstellungsmuster bolschewistischer Eliten wurde von Nathan Leites in seinen Werken „The Operational Code of the Politburo“ und „A Study of Bolshevism“ untersucht. Die Annahme aber, dass somit das Denkbild aller Bolschewiken gleich sei, ist nach Leites „obviously false“ (Leites 1953: 16). In seiner Analyse benutzte Leites viele Zitate von Stalin und von Lenin. Die Denkbilder von Lenin und Stalin besitzen jedoch „many significant divergencies“ (Leites 1953: 15). Deshalb ist es unangebracht, die Ergebnisse von Leites über die bolschewistische Elite als Ganzes einfach auf Stalin zu übertragen, auch wenn zwischen den Ergebnissen Leites über die Bolschewisten und den individuellen „operational code beliefs“ Stalins wahrscheinlich Ähnlichkeiten auftreten werden.

Philosophische Fragen

1. Was ist die Natur des politischen Lebens? Ist sie eher von Harmonie oder Konflikt geprägt? Was ist der grundlegende Charakter des politischen Opponenten?

Nach Stalin ist die Welt von Konflikt geprägt, weshalb die internationalen Beziehungen zutiefst archaisch sind und keinen Platz für Moral, Ehrlichkeit oder Fairness bieten. Bereits 1912 schrieb er in einem „Pravda“-Artikel zynisch über Diplomatie:

„Wenn sich bourgeoise Diplomaten auf den Krieg vorbereiten, reden sie laut über ‚den Frieden‘. Die Worte eines Diplomaten müssen seinen Taten widersprechen – denn was für ein Diplomat wäre er sonst? Schöne Worte sind eine Maske zum Verbergen finsterner Taten. Ein aufrichtiger Diplomat ist wie trockenes Wasser oder hölzernes Eisen“ (zit. nach Montefiore 2007: 343).

Dementsprechend äußerte sich Stalin auch 1939 über die französische und britische Außenpolitik: „Far be it from me to moralize on the policy of non-intervention, to talk of treason,

treachery and so on [...] Politics is politics, as the [...] bourgeois diplomats say“ (zit. nach Leites 1951: 77).

Täuschung und der Versuch einen anderen Staat für die eigenen Zwecke zu benutzen sind ein integraler Bestandteil internationaler Politik. Dementsprechend muss man zwischenstaatliche Beziehungen und Kooperation immer mit großem Misstrauen betrachten. Dies kam 1939 bei Stalins „Kastanienrede“ zum Ausdruck. Demnach sei es „a task of the party in the sphere of foreign policy [...] not (to) allow our country to be drawn into conflicts by warmongers who are accustomed to have others pull the chestnuts out of the fire for them“ (zit. nach Leites 1953: 320). So kommentierte Stalin 1941 eine Warnung Winston Churchills über einen bevorstehenden deutschen Angriff: „Ein raffiniertes politisches Spiel“ (zit. nach Rademacher 2009: 124).

Stalin glaubte, dass die Sowjetunion mit einer absolut feindlichen Umwelt konfrontiert sei. So erklärte er 1924: „Our country stands like a huge rock surrounded by the ocean of bourgeois states. Wave after wave hurls itself against it, threatening to submerge it and sweep it away“ (zit. nach Leites 1953: 410). Dementsprechend ist die UdSSR einer ständigen Gefahr eines feindlichen Angriffs ausgesetzt (zit. nach Leites 1953: 407f) und irgendwann „war may become inevitable“ (zit. nach Leites 1953: 408). Desto stärker die Sowjetunion wird und dementsprechend auch schwächer der „Feind“, desto aggressiver wird dieser (zit. nach Leites 1953: 414) und greift zu „extreme measures“ (zit. nach Leites 1953: 415). Stalin glaubte nicht, dass mit dem Anwachsen der eigenen Kräfte der Feind „more tame and more harmless“ (zit. nach Leites 1953: 415) wird.

Daraus resultierend seien die internationalen Beziehungen ein ständiger Überlebenskampf, in dem sich jeder selbst helfen müsse.

„Das ist nun einmal das Gesetz der Ausbeuter – die Rückständigen und Schwachen werden geschlagen. Das ist das Wolfsgesetz des Kapitalismus. Du bist rückständig, du bist schwach – also bist du im Unrecht, also kann man dich schlagen und unterjochen. Du bist mächtig – also hast du Recht, also muß man sich vor die hüten. Das ist der Grund warum wir nicht länger zurückbleiben dürfen“ (Stalin; zit. nach Kreuzberger 2009: 214).

Aus diesem Grund werden ideelle Faktoren von Stalin ausgeblendet. Der Fokus liegt bei ihm auf wirtschaftlicher und militärischer Macht, was

auch in einem berühmten Zitat des sowjetischen Diktators von 1935 zum Ausdruck kommt, in dem er die Macht des Papstes zynisch kommentiert: „Der Papst. Wie viele Divisionen hat er?“ (zit. nach Churchill 1954: 66).

Der „kapitalistische Feind“ sei nach Stalin für die UdSSR zwar sehr gefährlich, aber selbst untereinander verfeindet. So behauptete Stalin 1925: „Within the capitalist camp, there is conflict of interests, a tendency towards disruption [...] a dispute among all the imperialist countries for [...] opportunities of making profits [...] in the capitalist camp dissension and disintegration prevail [...]“ (zit. nach Leites 1951: 54).

So sei eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen den „kapitalistischen“ Ländern auch nicht möglich, da „they will fight to the death over the division of the spoils“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 392).

2. Wie groß ist die Aussicht auf die Durchsetzung der eigenen politischen Ziele und Erwartungen? Sollte man diesbezüglich eher pessimistisch oder optimistisch sein und wie gestaltet sich dies jeweils?

Grundsätzlich war Stalin optimistisch bei der Durchsetzung eigener politischer Ziele: „There are no fortresses in the world which [...] Bolsheviks could not take. [...] Everything depends on having the desire to master technical knowledge and to arm oneself with stubbornness and Bolshevik endurance“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 91).

Wie aus dem Zitat zu entnehmen ist, hänge der Erfolg der eigenen politischen Ziele sowohl von der „richtigen“ Einstellung ab, als auch vom technischen Fortschritt. Dies könnte mit der politischen Sozialisation Stalins durch den Marxismus-Leninismus zusammenhängen, der in seiner Ideologie sowohl einen „neuen Menschen“ als auch technischen Fortschritt in der Gesellschaft fokussiert. Des Weiteren sagte Stalin: „The main thing is to have the passionate Bolshevik desire to master technique. [...] Everything can be achieved, everything can be overcome, if there is a passionate desire to do so“ (zit. nach Leites 1953: 91).

Wenn man dann auch eine gewisse Position erreicht und gefestigt hat, die einem Kontrolle und Macht verspricht, dann liege es an einem selbst den zukünftigen Erfolg zu schaffen.

„[...] [T]he strength and prestige of our party, state, economic and all other organizations [...]

have grown to an unprecedented degree. And precisely because their strength and prestige have grown to an unprecedented degree, it is their work that now determines everything or nearly everything [...] the part played by so-called objective conditions has been reduced to a minimum [...] from now on nine-tenths of the responsibility for the failures and defects in our work rests, not on ‘objective conditions’, but on ourselves, and on ourselves alone“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 91f).

3. Ist die politische Zukunft vorhersehbar? Inwiefern und bis zu welchem Grad lassen sich Voraussagen treffen?

„[...] [E]very plan is only a scheme adopted as a first approach which has to be [...] altered on the basis of the experience of its fulfillment [...] The compilation of a plan is only the beginning of planning. Real planned guidance develops only [...] in the course of its (the plan’s) application, by correcting it [...] rendering it more exact“ (Stalin; zit. nach Leites 1951: 34).

Stalin sah Handlungen und Pläne als einen Prozess an, in deren Verlauf man sich auf der Grundlage von Erfahrungen neu orientieren müsse. Aus diesem Grund sei es auch nicht möglich den Prozess von Anfang an zu bestimmen. Auch die Geschwindigkeit der Entwicklung ist nicht bestimmbar: „In general, I must say that forecasts concerning the tempo of development have never been particularly precise, especially when it is a matter of the number of years“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 78).

So seien auch der Tag und die Stunde unbekannt, an denen der Weg zu einer neuen revolutionären Erhebung frei ist (Stalin; zit. nach Leites 1951: 18). Auf der anderen Seite wiederum müsse ein politischer Führer nach Stalin voraussichtlich sein, um unerwartete Geschehnisse unmöglich zu machen (Stalin; zit. nach Leites 1953: 173). Stalin sah einen politischen Führer somit in der Lage voraussichtlich zu handeln, auch wenn sich nicht alle Geschehnisse in ihrer Entwicklung von Anfang an voraussagen lassen.

4. Wie viel Kontrolle oder Herrschaft kann man auf die Geschichtliche Entwicklung ausüben? Wie groß ist die eigene Rolle bei der Bewegung und Formung der Geschichte in die gewünschte Richtung zu bewerten?

Über die Sichtweise Stalins bezüglich seiner

Rolle, die Geschichte zu beeinflussen, wurde erstaunlicherweise wenig gefunden. Man kann aber nicht daraus schließen, dass Stalin als Anhänger des Marxismus-Leninismus auch dessen Geschichtsdeterminismus vertrat. Schließlich ist es vernünftiger erst einmal anzunehmen, dass Stalin seine eigene Geschichtsauffassung hatte, wenn man ihn als individuellen Akteur betrachtet. Schließlich gibt es eine Aussage, die seine Auffassung bezüglich den Bedingungen der historischen Entwicklung näher beschreibt und auf die Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung in der UdSSR eingeht: „Either we succeed in this task, in which case final victory is certain, or we fail in the task in which case the return to capitalism may become inevitable“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 426). Stalin scheint dieser Aussage nach unter bestimmten Bedingungen wohl die Möglichkeit des endgültigen Sieges des Kommunismus zu sehen.

5. Welche Rolle nimmt Chance / Schicksal in menschlichen Belangen und der historischen Entwicklung ein?

Wie schon bei der vorherigen Analyse von Stalins Denkbild ersichtlich wurde, maß dieser dem Schicksal eine sehr untergeordnete Bedeutung zu. „We Bolsheviks do not believe in miracles“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 180). So käme auch nichts von selbst (Stalin; zit. nach Leites 1953: 256). Dementsprechend wären auch größere Fehlschläge nicht allein durch Unfälle oder Zufall zu erklären (Stalin; zit. nach Leites 1953: 70).

Andererseits, und das erscheint widersprüchlich, glaubte Stalin doch an Chancen, die man ausnützen müsste. So erklärte er 1924 die Erfolge der bolschewistischen Partei größtenteils mit der „situation which emerged in Europe lately and which determined the success of our policy“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 77).

Instrumentelle Fragen

1. Was ist der beste Ansatz zur Auswahl von politischen Zielen?

Die Auswahl politischer Ziele wird dadurch beeinflusst, wie der Entscheidungsträger die politische Welt sieht. Stalin sah die Welt sehr „realistisch“ und war vor allem an einer militärischen und ökonomischen Stärkung der Sowjetunion orientiert. Dabei müsste man überlegt vorgehen und schauen, wo man den größten Machtzugewinn

erringen könnte, ohne seine Kräfte zu überstrapazieren:

„The art of Bolshevik politics does not consist in shooting indiscriminately from all guns on all fronts [...] This art consists in [...] concentrating fire on that front where maximal results are more possible than elsewhere“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 271).

2. Auf welche Weise sind die Ziele von Handlungen am besten zu erreichen?

Wie schon bereits erwähnt, sah Stalin die „kapitalistischen“ Länder als Todfeind für die Sowjetunion an, allerdings seien diese auch untereinander zerstritten. Dies betrachtete Stalin als einen „major ally“ (zit. nach Leites 1953: 395). Dementsprechend wurde der Konflikt zwischen den „kapitalistischen“ Ländern als eine positive Grundlage für sowjetische Außenpolitik betrachtet:

„The whole purpose of the existence of a People's Commissariat of Foreign Affairs is to take account of these contradictions, to use them as a basis, and to maneuver within these contradictions“ (Stalin; zit. nach Leites 1951: 55).

Dieser Konflikt ermögliche es der Sowjetunion ihren strategischen Vorteil daraus zu ziehen und zum „lachenden Dritten“ zu werden. Deshalb sei es nach Stalin notwendig „to locate at any given moment that single link in the chain of events which if seized upon will enable us to control the whole chain [...]“ (zit. nach Leites 1953: 272).

Die sowjetische Politik dürfe sich nicht an starre Dogmen binden und müsse flexibel bei ihren Mitteln sein.

„What we need now is not to carry on unbendingly, but to show a maximum of elasticity. [...] In the absence of such elasticity we shall not be able [...] to keep our place at the helm. We need the utmost elasticity in order to keep the Party at the helm“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 244).

Deshalb forderte er “to take as the starting point the rejection of any doctrinaire attitude [...] as to the changes of strategy and tactics [...]“ (zit. nach Leites 1953: 244). Deswegen verneinte er “professional impotence” und bevorzugte “healthy practiciness” (zit. nach Leites 1953: 219).

Dabei stellte sich Stalin einer „Alles oder Nichts“-Strategie entgegen und räumte ein, dass man auch mal Verluste akzeptieren müsste im Hinblick auf zu erwartende Gewinne in der Zukunft: „[...] there are moments when one must

neglect tactical successes, consciously assume tactical minuses and losses for the sake of securing future strategic pluses“ (Stalin; zit. nach Leites 1951: 84).

3. Wie sind die Risiken politischer Handlungen am besten zu kalkulieren, kontrollieren und akzeptieren?

Stalin sah die Sowjetunion mit dem ständigen Risiko der Vernichtung konfrontiert. Deshalb sei es wichtig, in der Außenpolitik vorsichtig und überlegt zu handeln. Man dürfe sich nicht zu irgendwelchen unüberlegten und riskanten Reaktionen seitens des Gegners provozieren lassen. Unüberlegte Reaktionen, um Stärke zu zeigen, bewertete Stalin folgendermaßen:

„This is a weakness of the nerves. This is a lack of endurance. We cannot and we shall not dance to the piping of our enemies. We must go our own way [...]“ (zit. nach Leites 1951: 68).

Deshalb sei es wichtig, sich nicht voreilig in Konflikte verwickeln zu lassen.

„[...] [W]e [...] have not allowed our enemies to draw us into conflict, despite a number of provocative acts and adventurist assaults by the warmongers“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 323).

Man dürfe sich vor allem nicht mit einem Gegner anlegen, wenn die Erfolgsaussichten nicht ausreichend seien: “[...] the party must avoid battle, not accept them, if it has not yet succeeded in accumulating the necessary quantity of forces or if the situation is unfavorable [...]“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 495).

Dies verleitete Stalin jedoch auch zu der Einschätzung, dass der Gegner genauso denkt, also den Kräfteverhältnissen nach rational und relativ risikoavers agiert. So kommentierte Stalin 1941 die Befürchtungen über einen bevorstehenden Angriff Deutschlands: „Hitler ist kein solcher Idiot“ (zit. nach Rademacher 2009: 125), oder man müsste „erkennen, dass Deutschland niemals von sich aus Russland angreifen wird“ (zit. nach Rademacher 2009: 125) und „Hitler wird doch nicht so verrückt sein, Russland anzugreifen“ (zit. nach Majoros 2003: 39).

4. Was ist das beste Timing für die Verwirklichung der eigenen Interessen?

Das favorisierte Timing Stalins ergab sich aus den vorhergehenden „beliefs“, wonach ein stetiger Machtzugewinn der UdSSR notwendig sei, man sich aber nicht unüberlegt in außenpoli-

tische Abenteuer stürzen sollte. Vor allem sei es notwendig Zeit zu gewinnen, um die militärische und wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber den „kapitalistischen“ Staaten aufzuholen:

„[...] [A] great deal in our constructive work depends on whether we shall succeed in deferring the inevitable war with the capitalist world [...] until the time when the capitalists start fighting with each other about the portion of the colonies“ (Stalin; zit. nach Leites 1953: 501).

Demnach sei es notwendig in einem Konflikt als letzter anzugreifen:

„If a war were to begin, we would not sit still with idle hands. We will have to come out, but to come out after the others. And we shall come out of the purpose of throwing the decisive weight into the scale of fate [...]“ (Stalin; zit. nach Leites 1951: 56).

Dementsprechend kommentierte Stalin 1939 auch die französische und britische Außenpolitik:

„[Their] policy of non-intervention reveals an eagerness [...] to allow all the belligerents to sink deeply into the mire of war, to encourage them surreptitiously in this; to allow them to weaken and exhaust one another; and then, when they have become weak enough, to appear on the scene with fresh strength [...] and to dictate conditions to the enfeebled belligerents“ (zit. nach Leites 1951: 56).

Stalin betrachtete Zeit somit als einen Faktor, um das Kräfteverhältnis entscheidend zu seinen Gunsten zu verändern und dann noch einen höheren Machtgewinn anzustreben.

5. Wie ist die Nützlichkeit und Rolle verschiedener Instrumente zur Verwirklichung der eigenen Interessen zu bewerten?

Stalin maß der verbalen Überzeugung eines Opponenten keine Bedeutung zu, da dieser nicht zu überzeugen sei. So meinte er: „Class is class, comrades. You cannot get away from that truth“ (zit. nach Leites 1951: 77). Dementsprechend spottete Stalin auch über seinen Widersacher Trotsky und dessen Reden: „[...] Trotsky [...] gesticulated, in an attempt to be impressive [...] assuming that the proletariat of all countries could be made to rise against imperialism by gesticulation“ (zit. nach Leites 1951: 29). Stalin vertraute letztlich nur auf militärische Stärke. Diplomatie kann dieser Sichtweise nach auch kein Eigenwert zugesprochen werden, sondern dient nur der Koordination von Machtinteressen. Nach Stalin

sind das Militär und der bewaffnete Konflikt das einzig wirklich effektive Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen. Das gelte auch für die Umsetzung der „proletarischen Revolution“, weshalb die „question of our army, of its power, of its preparedness, will then necessarily emerge before us [...] as the most decisive question“ (zit. nach Leites 1953: 365).

Bei der Analyse von Stalins „operational code beliefs“ hätte man gewiss auch einige Punkte anderen Fragen zuordnen können, da die Zuordnung nicht immer eindeutig bestimmbar ist. Deswegen ist es wichtig, die „operational code beliefs“ Stalins in ihrer Gesamtheit zu erfassen und nicht einzelne Fragen als autonome Fragmente zu sehen, da diese sich nicht eindeutig und geschlossen voneinander abgrenzen.

Anwendungsfall Hitler-Stalin-Pakt

1939 standen die Zeichen auf einen bewaffneten Konflikt in Europa. Nachdem das nationalsozialistische Deutschland nach dem Münchner Abkommen bereits das Sudetenland annektiert hatte, besetzte die deutsche Wehrmacht im März 1939 auch den Rest der Tschechei. Großbritannien und Frankreich mussten nun erkennen, dass ihre bisherige Politik des Appeasements gegenüber dem Deutschen Reich gescheitert war. In dieser Situation bekam die Haltung der Sowjetunion sowohl für die Westmächte, als auch für Deutschland einen essentiellen Wert. Beide Seiten begannen nun mit Stalin zu verhandeln, um die weiteren Geschehnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Den Westmächten ging es darum, weitere Expansionen Hitlers zu verhindern. Hitler hingegen kam es darauf an, ein Zusammenkommen der Westmächte mit der UdSSR zu verhindern, um weiterhin eine aggressive Außenpolitik betreiben zu können. In dieser Situation stellten sich für Stalin drei Optionen. Die erste wäre die Neutralität der Sowjetunion und das gänzliche Heraushalten aus dem Konflikt. Die zweite Möglichkeit wäre ein Abkommen mit den Westmächten gewesen, das bei weiteren Aggressionen Deutschlands gegenseitigen militärischen Beistand zugesichert hätte. Drittens ergab sich die Option mit Deutschland einen sogenannten „Nichtangriffspakt“ zu schließen. Dieser beinhaltete einen breiten Austausch ökonomischer Güter, sowie ein geheimes Zusatzprotokoll über die Aufteilung Osteuropas.

Gemäß dem Denkbild Stalins hätte dieser eine

Entscheidung bevorzugen müssen, die ihm einen größtmöglichen Machtgewinn bescherte. Dabei präferierte Stalin diesen Machtgewinn mit einem möglichst geringen Risiko zu erlangen. Des Weiteren wäre es für Stalin wichtig gewesen sich vorerst aus größeren Konflikten herauszuhalten und weiter Zeit zu gewinnen, um die militärische und ökonomische Kraft der UdSSR zu festigen. Ansonsten wollte Stalin die Zerstrittenheit im „kapitalistischen“ Lager fördern oder die „kapitalistischen“ Länder sogar in einen Krieg gegeneinander stürzen. Generell war der sowjetische Diktator optimistisch, dass er die zukünftige Entwicklung zu seinen Gunsten entscheiden könnte. Bei seiner Entscheidung hätte Stalin sich nicht von einer starren Doktrin leiten lassen, sondern wäre flexibel in seiner Außenpolitik gewesen.

Stalin entschied sich letztlich für den „Nichtangriffspakt“ mit Hitler. Dieser Pakt bescherte dem sowjetischen Herrscher die Möglichkeit das Baltikum, den östlichen Teil Polens, einen Teil Rumäniens, sowie nach einem Krieg mit Finnland finnisches Territorium zu annektieren. Zudem einigten sich die UdSSR und das Deutsche Reich auf ein Handels- und Kreditabkommen, das den Austausch sowjetischer Lebensmittel und Rohstoffe gegen deutsche Industriegüter regelte. Hitler konnte hingegen seinen Polenfeldzug beginnen, was die Kriegserklärung Frankreichs und Großbritanniens nach sich zog. Die Sowjetunion konnte sich zum derzeitigen Zeitpunkt aus einem größeren Konflikt heraushalten.

Charakterisiert man die Entscheidung Stalins, so ist festzustellen, dass dieser die Sowjetunion damit machtpolitisch stärken konnte. Zum einen konnte er ihre Bevölkerung und ihr Territorium vergrößern, welches auch als „Puffer“ gegen Invasionen aus dem Westen diente. Zum anderen profitierte die sowjetische Industrie, welche immer noch ihre Rückständigkeit gegenüber den „kapitalistischen“ Mächten aufholen musste, von der deutschen Hochtechnologie. Die Sowjetunion schaffte dies alles, ohne in einen größeren Konflikt verwickelt zu werden und kein aktuelles nennenswertes Risiko einzugehen. Die „kapitalistischen“ Feinde hingegen bekriegten sich gegenseitig, wobei die Sowjetunion trotz eines Fernbleibens aus dem bewaffneten Konflikt eine Schlüsselrolle einnahm. Da Stalin sich keiner außenpolitischen Doktrin unterwarf, scheute er sich auch nicht mit Hitler zu paktieren, der sich die Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“

zur Lebensaufgabe gemacht hatte. Dies alles lässt darauf schließen, dass Stalins „operational code beliefs“ seine Entscheidung zum „Nichtangriffspakt“ mit Hitler beeinflusst haben.

Der Pakt stieß bei „ideologisch gefestigten Marxisten-Leninisten auf Abwehrhaltung“ (Maser 1994: 54), schließlich verriet Stalin seine bis dahin vehement verfochtene Ideologie vor aller Welt und führte sie ad absurdum (Maser 1994: 74).

Kontrafaktische Politikalternativen

Ein nomothetischer Ansatz zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen den „operational code beliefs“ Stalins und dessen Entscheidung wird hier nicht aufgegriffen, da die Aufstellung einer generellen Regel die Analyse weiterer Entscheidungen voraussetzt. Diese Arbeit analysiert allerdings nur den Hitler-Stalin-Pakt.

Kontrafaktische Politikalternativen hätte Stalin in der damaligen Situation gehabt. Es verbleiben noch die Möglichkeit der Neutralität, als auch das Zusammengehen mit den Westmächten. Das Zusammengehen mit den Westmächten hätte Stalin nicht den direkten Machtgewinn beschert, den er beim Pakt mit Hitler bekam. Wahrscheinlich wäre es auch nicht zum Krieg zwischen den „Kapitalisten“ gekommen. Vielleicht hätten sich die „Kapitalisten“ Stalins Denkbild nach, so unwahrscheinlich dies auch in der Realität gewesen wäre, geeinigt und hätten dann wieder eine Gefahr für die UdSSR dargestellt. Anders herum wäre ein eventueller Krieg mit Deutschland zum damaligen Zeitpunkt trotz der militärischen Überlegenheit der UdSSR, Frankreichs und Großbritanniens immer noch mit einem gewissen Risiko verbunden gewesen und hätte auch dann für die UdSSR wahrscheinlich auch keinen größeren Gewinn gebracht als das Bündnis mit Hitler.

Die Option der Neutralität, die ein dogmatischer Marxist möglicherweise bevorzugt hätte, hätte für Stalins Sowjetunion immer noch Chancen geboten. Wahrscheinlich wäre es immer noch zum Krieg zwischen den „kapitalistischen“ Staaten gekommen, bei dem sich die Sowjetunion hätte raushalten können. Eine Invasion in Osteuropa wäre immer noch möglich gewesen im Schatten eines europäischen Krieges, auch wenn man auf Ostpolen und auf die deutsche Neutralität im Finnlandkrieg hätte verzichten müssen. Ein anderer Punkt ist aber das deutsch-sowjetische Handels- und Kreditabkommen, welches es bei

sowjetischer Neutralität nicht gegeben hätte. Dies stärkte zum einen die sowjetische Industrie, zum anderen stärkte es aber auch Deutschland. Hitlers Kriegsmaschinerie profitierte massiv von den sowjetischen Rohstoffen, was Hitler half, den Krieg gegen die Westmächte aufzunehmen und zu verlängern. Ein längerer Abnutzungskrieg, um den „Klassenfeind“ zu schwächen, entsprachen voll und ganz dem Denkbild Stalins. Hierbei überwog für Stalin der Nutzen eines längeren Abnutzungskrieges als die Befürchtung Deutschland zu stärken.

Letztlich lässt sich sagen, dass keine der beiden anderen kontrafaktischen Politikalternativen so gut vereinbar sind mit Stalins „operational code beliefs“ wie die Entscheidung zum Hitler-Stalin-Pakt.

Analyse alternativer Variablen

Da Stalin Diktator eines totalitären Staatswesens mit absoluten Vollmachten war, erleichtert das die Analyse alternativer Variablen bezüglich der Entscheidung zum Hitler-Stalin-Pakt. Stalin besaß im Staat die alleinige Entscheidungsgewalt und war auch nicht irgendwelchen ersichtlichen innenpolitischen Zwängen unterworfen. Zudem war der „Nichtangriffspakt“ mit Hitler eine weitreichende, wenn nicht essentielle außenpolitische Entscheidung der UdSSR, die Stalin viel Planung abverlangte. Nach Holsti müssten also die „operational code beliefs“ Stalins hier eine besondere Rolle spielen.

Dementsprechend konzentriert sich die weitere Analyse darauf, welche alternativen Erklärungsansätze für die Entscheidung des Hitler-Stalin-Paktes herangezogen werden könnten. War Stalin als individueller Akteur eine notwendige Voraussetzung für diese Entscheidung?

Der Neorealismus würde die Bedeutung Stalins hierbei verneinen, da der politische Führer mit seinen individuellen „beliefs“ in der neorealistischen Sicht kein Erklärungsgrund für Entscheidungen in der internationalen Politik ist. Staaten als rationale Akteure streben dem Neorealismus nach immer nach relativen Machtgewinnen, um ihr Überleben in der anarchischen Staatenwelt zu sichern. Dementsprechend hätte die UdSSR in der damaligen Situation, unabhängig von der Person oder den Personen an der politischen Spitze aufgrund der Konstitution des internationalen Systems die Entscheidung getroffen, die ihr den

relativ höchsten Machtgewinn garantierte. Dies wäre wahrscheinlich auch die Entscheidung zum Hitler-Stalin-Pakt gewesen. Wenn man die Theorie noch etwas präzisieren möchte, würde sich der „offensive“ Neorealismus gegenüber dem „defensiven“ anbieten, da die UdSSR mit dem „Nichtangriffspakt“ ein gewisses „offensives“ Risiko eingegangen war. Dagegen könnte man zwar argumentieren, dass ein Krieg zwischen den anderen Großmächten der UdSSR im Gegensatz zum Frieden noch die größte „defensive“ Sicherheit bot, da sich im Friedensfall Deutschland, Großbritannien und Frankreich hätten miteinander verbünden und gegen die Sowjetunion richten können. Das wäre aus neorealistischer Sicht aber unwahrscheinlich gewesen, da dies Deutschland aufgrund geographischer Faktoren den relativ größten Machtgewinn beschert hätte. Dementsprechend ist der „offensive“ Neorealismus die geeignetere Theorie. Somit könnte der Neorealismus den Hitler-Stalin-Pakt alternativ auch erklären.

Einen weiteren Erklärungsansatz bietet der Liberalismus. Auch dieser verneint die Relevanz des einzelnen Staatsmannes und behandelt den Staat als rationalen Akteur. Durch die Eroberung anderer Staaten mit einem geringen Aufwand konnte die Sowjetunion ihre absoluten Gewinne erhöhen, indem man sich deren Wohlstand aneignete. Das deutsch-sowjetische Handels- und Kreditabkommen verschaffte der UdSSR die notwendige Technologie, um ihre Industrie zu modernisieren. Da dies auch der Rüstungsindustrie nutzte, wäre auch hier ein realistischer Erklärungsansatz möglich, da es sich hier aber um einen ökonomischen Austausch handelt, erscheint die liberale Sichtweise plausibler. Auch der Liberalismus bietet einen geeigneten Erklärungsansatz für den Hitler-Stalin-Pakt.

Zuletzt müssen noch ideologisch-revolutionäre Faktoren eingeführt werden. Diese Faktoren beziehen sich nicht auf eine einzelne Person, da Ideologien immer von einem ganzen Kollektiv geteilt werden, auch wenn natürlich das Individuum somit automatisch auch Träger dieser Ideologie ist. Das Kollektiv wäre hier die bolschewistische Elite. Obwohl Ideologien immer aus Ideen bestehen, soll hier im konkreten Fall des Hitler-Stalin-Paktes der Sozialkonstruktivismus, wenn man jetzt natürlich von dem ursprünglichen Denkbildansatz absieht, als Erklärungsvariable in Form kollektiv geteilter Ideen und Normen

nicht verwendet werden. Dies liegt daran, dass sonst die Gefahr besteht, den sozialkonstruktivistischen Ansatz zu weit auszulegen. Man könnte sozialkonstruktivistisch argumentieren, dass die Bolschewisten ihre Ideen und Normen gemäß Lenins Leitsatz aus dem Jahr 1915 über die Verbreitung der „proletarischen Revolution“ mit Waffengewalt kriegerisch verbreiten wollten. Dies wäre dann zuerst in Osteuropa und später dann vielleicht nach einem langen Abnutzungskrieg der „Kapitalisten“ in ganz Europa geschehen. Dennoch verstieß der Pakt mit Hitler gegen die grundlegenden kommunistische Werte und Ideale. Aus diesem Grund soll hier nicht von einem sozialkonstruktivistischen, sondern ideologisch-revolutionären Erklärungsansatz gesprochen werden. Dieser ideologisch-revolutionäre Erklärungsansatz fußt darauf, dass es den Bolschewisten darum ging, ihre Ideologie mit Waffengewalt zu verbreiten. Dies ist zwar mit dem ursprünglichen Marxismus unvereinbar, doch dieser erfuhr durch die Bolschewisten eine gewisse „Transformation“, um ihn möglichst der Realität anzupassen. So schrieb Lenin 1915 in der Zeitschrift Sozial-Demokrat, dass es möglich sei nach erfolgreicher Revolution in einem Land das „Proletariat“ in den „kapitalistischen“ Ländern zu unterstützen „und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklasse und ihre Staaten vorzugehen“ (zit. nach Musial 2008: 186). Diese eher nebensächliche Losung Lenins wurde später von Stalin und seinen Anhängern rücksichtslos instrumentalisiert. Zu der kriegerischen Ausbreitung des Bolschewismus würde eine geheime Rede Stalins vom 19. August 1939 passen, in der er erklärt, dass „in Friedenszeiten eine kommunistische Bewegung in Europa keine Chance hat [...] Die Diktatur einer solchen Partei wird nur als Resultat eines großen Krieges möglich. [...] Vor uns liegt ein weites Tätigkeitsfeld zur Entwicklung der Weltrevolution“ (zit. nach Maser 1994: 35-37). Andere Historiker sehen diese Rede jedoch „als wahrscheinlich gefälscht“ (Keil/Kellerhoff 2002: 80) an. Nichtsdestotrotz liegt ein ideologisch-revolutionärer Erklärungsansatz nahe. Dabei kann man sich nur auf die als Folge des Hitler-Stalin-Paktes annektierten Gebiete beschränken oder auch Stalins Motive dahingehend deuten, in ganz Europa den Bolschewismus zu verbreiten, was allerdings trotz zahlreicher historischer Untersuchungen diesbezüglich erst einmal Spekulation bleibt. Somit könnte auch ein

ideologisch-revolutionärer Erklärungsansatz den Hitler-Stalin-Pakt verständlich machen.

Letztlich besitzt das „operational code belief system“ kein Monopol zur Erklärung des Hitler-Stalin-Paktes und „verblasst“ gegenüber den rationalistischen Erklärungsansätzen und dem ideologisch-revolutionären.

Personale Identität Stalins als neue Variable

Personale Identität als Teil der menschlichen Persönlichkeit

Es soll nun versucht werden, den individualistischen Erklärungsansatz zu stärken, indem man ihn analytisch erweitert. Dabei wird auf Stalin als Persönlichkeit eingegangen. Wenn man Persönlichkeit als „eine komplexe Menge von einzigartigen psychischen Eigenschaften, welche die für ein Individuum charakteristischen Verhaltensmuster in vielen Situationen und über einen längeren Zeitraum hinweg beeinflussen“ (Gerrig/Zimbardo 2007: 504) versteht, dann soll hierbei jedoch nicht die gesamte Persönlichkeit Stalins analysiert werden, da dies zu umfangreich wäre. Stattdessen wird hierbei eine Variable konstruiert, die Stalins Persönlichkeit effektiv komprimiert und abstrahiert. Dabei wird versucht eine Variable zu finden, die Einfluss auf Stalins Außenpolitik und „operational code beliefs“ haben könnte. Ist dies erfolgt, werden die Auswirkungen dieser Variable auf Stalins Außenpolitik und „operational code beliefs“ analysiert. Dabei kann man von der psychoanalytischen Forschung der bereits oben genannten „motivations“ ausgehen. Man versucht nun also einen psychoanalytischen Faktor zu finden, der ein Motiv für politisches Handeln bietet und Einfluss auf dieses hat. Geeignet erscheint hierbei auf die „Identität“ der Person Stalin einzugehen, da durch Identität sich „die betreffende Person der Kontinuität und Kohärenz ihrer Lebenspraxis zu vergewissern sucht“ (Straub 1998: 75). Auch wenn Identität hier als ein soziales Konstrukt verstanden wird und somit nicht im gesamten Leben einer Person immer gleich bleibt, kann trotzdem ab einem gewissen Alter normalerweise von einer relativ festen Identität ausgegangen werden (Erikson 1966). Das Werk „Identität und Lebenszyklus. Drei Aufsätze“ von Erik Erikson bietet hierbei noch einen detaillierten Beitrag zur Identitätsbildung. „Identität“ wird in „Personale Identität“ und

„Soziale Identität“ aufgeteilt.

„Personale Identität basiert auf der kognitiven Zuordnung der eigenen Person zu einer einzigartigen Kategorie, der nur die eigene Person („ich“) mit ihren je nach Zeitpunkt und Situation unterschiedlichen Erscheinungsformen angehört und die von anderen Einzelpersonen-Kategorien („du“) abgegrenzt wird. Soziale Identität basiert auf einer gemeinsamen Kategorie („wir“), die die eigene Person sowie die Mitglieder einer bestimmten Eigengruppe (z.B. alle Angehörigen der eigenen Nation) umfasst, in Abgrenzung zu einer oppositionellen Kategorie oder Fremdgruppe („ihr“ bzw. „die anderen““) (Simon/Trötschel 2006: 687).

Beide Identitätsvarianten können sich durchaus auf gleiche Inhalte beziehen. Ein Merkmal (z.B. Student sein) kann sowohl Teil einer personalen als auch sozialen Identität sein. Je nach Kontext kann man dieses Merkmal als individuelles Merkmal auffassen, aber auch als ein Merkmal, das man mit einer Gruppe teilt (Simon; zit. nach Simon/Trötschel 2006: 692).

Um diesen Ansatz für die analytische Erweiterung des individualistischen Ansatzes brauchbar zu machen, wird die personale Identität herangezogen. Da auch diese sehr komplex ist, da eine Person immer eine Vielzahl von Merkmalen in ihrer personalen Identität vereinigt, muss man ein dominantes Merkmal herausfiltern, welches Einfluss auf Stalins Politik und seine „operational code beliefs“ haben könnte. Dies ist dann die Variable, die wir zur analytischen Erweiterung des individualistischen Ansatzes heranziehen.

Personale Identität Stalins

Im gewissen Sinne ist die Überschrift hier irreführend, da nicht die gesamte personale Identität Stalins, sondern nur ein dominantes Merkmal konstruiert wird, das Einfluss auf Stalins Politik und seine „operational code beliefs“ haben könnte. Deshalb erscheint es notwendig, sich der Biographie des sowjetischen Diktators zuzuwenden, wobei nur die für die Fragestellung dieser Arbeit relevanten Aspekte mit einbezogen werden.

Stalin wurde 1878 in Georgien geboren. Sein alkoholabhängiger Vater und seine Mutter misshandelten ihn physisch. Georgien selbst war zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls von einem Klima der Gewalt geprägt. Schon als kleiner Junge prügelte er sich regelmäßig mit anderen Jungen und war Mitglied von Straßengangs, was allerdings

in seiner Heimat eine Normalität war. 1894 trat Stalin in das orthodoxe Priesterseminar in Tiflis ein. Er liebte Bücher und las sehr viel. Besonders fasziniert war der junge Stalin von dem Banditenhelden Koba des georgischen Romans „Der Watermord“ von Alexander Kasbegis. Koba lebt als Gesetzloser und führt als Widerstandskämpfer einen blutigen Rachezug durch. Einer seiner Schulfreunde beschrieb die Wirkung des Romanhelden auf Stalin:

„Koba was Soso's [Spitzname Stalins, Anm. M.D.] ideal and the image of his dreams. Koba became Soso's God, the meaning of his life. He wanted to be the second Koba, a fighter and hero – like him – covered with glory... From then onwards he called himself Koba, he absolutely didn't want us to call him by any other name“ (zit. nach Service 2004: 28).

„Präzise politische Vorstellungen hat der junge Seminarist nicht – vielmehr bestimmt noch jenes diffuse Freiheitsverlangen, das die romantische Abenteuergeschichte um Koba in ihm angesprochen hat, sein Denken [...]“ (Mesenhöller 2009: 25). Später kam Stalin auch mit der in der Priesterschule verbotenen marxistischen Literatur in Kontakt. „Die Theorien vom Klassenkampf, Sozialismus und unaufhaltbarer Revolution geben seinem Trotz einen ideologischen Rahmen – seiner instinktiven Rebellion geschichtlichen Sinn“ (Mesenhöller 2009: 26). In der marxistischen Lehre und deren Revolutionsprophetien fand Stalin eine Projektionsfläche für seine Heldenfantasien (Schneider-Ferber 2003: 21). Schließlich schloss er sich dem georgisch marxistischen Zirkel mesame-dasi an, der später in der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP) aufging. Dabei sah Stalin sich selbst als ein Mann „fürs Grobe“ an. „Stalin war stolz darauf, ein praktik, das heißt ein praktisch veranlagter harter Bursche zu sein, ein Experte in ‚grober Arbeit‘ und kein schwatzhafter intelligent [...]“ (Montefiore 2007: 278). Für die Bolschewisten unter Lenin, die ein Parteiflügel der RSDAP waren, besorgte Stalin Geld, indem er eine Räuberbande zusammenstellte. Deren Handlungen erinnerten an eine ziemlich erfolgreiche Mafiafamilie (Montefiore 2007: 274). Stalins Räuberbande verübte unter anderem Bankraub, Mord, Schutzgelderpressung, Piraterie, Entführung und Falschmünzerei. Auch sonst übernahm Stalin „eine psychotische Brutalität nach Art der Mafia“ (Montefiore 2007: 219) nach innen hin.

Auch über die Diktatur Stalins später lässt sich sagen: „Stalins Herrschaft orientierte sich am Modell der Mafia. Dieses Modell beruhte auf der permanenten Erzeugung psychischen Drucks“ (Baberowski 2012: 29).

Seine Aktivitäten gingen soweit, dass diese sogar auf einem Parteitag der RSDAP verurteilt und verboten wurden, woran sich Lenin und Stalin aber nicht hielten. „Immer wieder von der Polizei verhaftet, durfte sich der Jungsozialist wie Koba fühlen, ein Anwalt der Entrechteten und Ausgebeuteten“ (Schneider-Ferber 2003: 21). In der Verbannung oder im Gefängnis gab Stalin stets Verbrechern den Vorzug vor Revolutionären (Montefiore 2007: 284). „Auch in Kurejka [ein sibirisches Dorf, in das Stalin zeitweise verbannt wurde, Anm. M.D.] verweigerte er sich immer wieder den einfachsten Regeln des sozialen Zusammenlebens, suchte allerdings mit Vorliebe die Gesellschaft von Kriminellen und Schwerverbrechern, in der er förmlich auflebte“ (Creuzberger 2009: 81). „Stalin kann einfach als Verbrecher betrachtet werden, auf dessen Dienstleistungen die Revolution notgedrungen angewiesen war“ (Rayfield 2004: 72). Zwar verübten auch andere Bolschewisten Verbrechen, aber Stalin verwendete verbrecherische Methoden als erstes statt als letztes Mittel, und zwar sowohl gegen Fremde als auch gegen Vertraute (Rayfield 2004: 72). Stalin selbst sagte von sich selbst: „Mein größtes Vergnügen ist es, mir ein Opfer auszuwählen, meine Pläne detailliert vorzubereiten, unversöhnliche Rachegefühle zu stillen und dann ins Bett zu gehen. Gibt es etwas Süßeres auf der Welt?“ (zit. nach Montefiore 2007: 294).

Welchen Platz nimmt nun aber der Marxismus in der personalen Identität Stalins ein? Stalin war natürlich offiziell ein Anhänger der marxistischen Lehre, aber wie stand es um sein wirkliches Verhältnis zu ihm? Auf einem Kongress der Bolschewisten 1917 sagte Stalin: „Es gibt einen dogmatischen Marxismus und einen schöpferischen Marxismus. Ich stehe (fest) auf der Grundlage des letzteren“ (zit. nach Creuzberger 2009: 193). Damit proklamierte er ein Abrücken von dem marxistischen Dogma, dass die „proletarische Revolution“ erst in den hochentwickelten „kapitalistischen“ Ländern stattfinden müsse. Dieser „schöpferische“ Marxismus beinhaltete, diesen soweit zurechtzubiegen, bis er mit Stalins „Realität“ übereinstimmte.

„Damals passte Stalin den Marxismus gerade

seinen eigenen Instinkten an. Er zitierte Marx, bemerkte David Sagiraschwili [ein Zeitzeuge, Anm. M.D.], ‚doch stets auf seine eigene besondere Art‘. Als man ihn auf einer Versammlung zur Rede stellte, war Soso ‚durchaus nicht beunruhigt‘, sondern verkündete schlicht: ‚Marx ist der Sohn eines Esels. Was er geschrieben hat, sollte mit meinen Worten übereinstimmen!‘ Damit stürmte er hinaus“ (Montefiore 2007: 175).

Zur marxistischen Lehre hat Stalin in theoretischer Hinsicht de facto nichts beigetragen. „Far from it: his few innovations in ideology were crude, dubious developments of Marxism. Sometimes the innovations arose from political self-interest more than intellectual sincerity“ (Service 2004: 09). „[...] [A]m unbequemsten fand er überzeugte Kommunisten!“ (Majoros 2003: 38). Trotzdem zogen die marxistische Lehre und später die Bolschewisten Stalin an, aber weniger aus tiefer ideologischer Überzeugung:

„This militant set of ideas suited Stalin. He lived for conflict. [...] He had [...] found an ideology that suited this inclination“ (Service 2004: 94).

„Erst im Ausnahmezustand konnte ein Psychopath wie Stalin seiner Bösartigkeit und kriminellen Energie freien Lauf lassen“ (Baberowski 2012: 10). Stalin war ein „Gewalttäter aus Leidenschaft“ (Baberowski 2012: 20). Bucharin, ein ehemaliger Weggefährte und späteres Opfer Stalins, bezeichnete diesen als einen „Dschingis Khan, der Marx liest“ (zit. nach Rayfield 2004: 72). So ist auch die Begeisterung Stalins für Machiavellis „Der Fürst“ zu verstehen:

„[...] Stalin [...] las das Buch wie ein Pragmatiker, der einen Autor würdigt, der alles das autorisiert, was er selbst längst denkt und tut. Der Marxismus lieferte Stalin (und Lenin) den Zweck: die Terminologie und die Rechtfertigung der Handlungsweise. Machiavelli lieferte die Mittel: die politische Taktik und amoralisches Handeln. Stalin war im selben Sinne Marxist, wie Machiavelli Christ war: Beide sahen den Erhalt der Macht als die einzige Aufgabe des Herrschers an und prüften sämtliche Mittel, mit denen die Macht, hatte man sie einmal errungen, gehalten werden konnte. Die Ideologie, in deren Namen der Herrscher regierte, wurde dabei lediglich als Banner betrachtet, hinter dem die Menschen sich scharten“ (Rayfield 2004: 45).

Natürlich lässt sich nicht bestreiten, dass der Marxismus und später dann auch der Leninis-

mus ein wichtiger Teil von Stalins Identität waren. Doch liefert dieser nicht die ausschlaggebenden Handlungsmotive für die politische Aktion. Stalins Merkmal seiner personalen Identität, welches gemäß den zuvor aufgestellten Kriterien hier die geeignete Variable darstellt, ist sein personales Identitätsmerkmal als „Räuber und Rebell“. Natürlich ist dies erst einmal nur eine vordergründige Bezeichnung, weshalb es ja auch wie zuvor geschehen notwendig ist, sich mit der Biographie einer Person zu beschäftigen, um diese Bezeichnung zu verstehen. Dieses personale Identitätsmerkmal wird nun in Beziehung zu Stalins Politik und „operational code beliefs“ gesetzt.

Einfluss des personalen Identitätsmerkmals „Räuber und Rebell“

Ziel ist es, den Einfluss des personalen Identitätsmerkmals „Räuber und Rebell“ auf Stalins „operational code beliefs“ und seine Außenpolitik zu untersuchen. Persönlichkeitsstrukturen, zu denen auch personale Identitätsmerkmale gehören, bedingen zwar nicht notwendigerweise auch die dementsprechenden „beliefs“. Aber es ist möglich, einen gewissen empirischen Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen festzustellen, auch wenn dieser Zusammenhang nicht immer gegeben oder auch nur schwach ist (Greenstein 1969: 123f).

Hinter dem personalen Identitätsmerkmal „Räuber und Rebell“ verbergen sich gewiss tiefere Komponenten in der Persönlichkeit wie Machtwille, Sadismus oder auch Minderwertigkeitskomplexe. Das biographisch ermittelte Identitätsmerkmal „Räuber und Rebell“ dient, wie zuvor erwähnt, als analytische Abstraktion. Dabei kann man auf der „motivations“-Forschung und Walkers Verknüpfung zwischen „motivations“ und Denkbild zurückgreifen. Dementsprechend liegen dem personalen Identitätsmerkmal „Räuber und Rebell“ persönliche „motivations“ zugrunde, die eine Ursachenerklärung für außenpolitisches Handeln liefern. Dabei werden die „operational code beliefs“ Stalins durch das personale Identitätsmerkmal „Räuber und Rebell“ beeinflusst. Wenn man nun annimmt, dass Stalin in seiner Außenpolitik das zuvor erwähnte persönliche Identitätsmerkmal ausleben wollte, so hat das auch Auswirkungen auf seine „operational code beliefs“. Natürlich kann das nicht als der einzige Faktor betrachtet werden, der Stalins „operational

code beliefs“ beeinflusste.

Es ist möglich, dass Stalins Präferenz für militärische Gewalt und seine Verachtung für andere Instrumente in der Außenpolitik sowie seine propagierte Flexibilität der Mittel und die damit einhergehende Verneinung eines dogmatischen Standpunktes in seinen „operational code beliefs“ das Resultat des personalen Identitätsmerkmals „Räuber und Rebell“ waren. Daraus resultierend wurde natürlich auch die sowjetische Außenpolitik unter seiner Herrschaft beeinflusst. Wenn man sich wieder dem zuvor behandelten empirischen Fallbeispiel Hitler-Stalin-Pakt zuwendet, könnte dies eine Erklärung sein, warum Stalin willens war mit Hitler zu paktieren, der ein erklärter Todfeind des Bolschewismus war. Stalin paktierte mit demjenigen, der ihm am meisten bieten konnte. Damit ist gemeint, dass es Stalin vor allem um militärische Eroberungen ging, und zwar vor allem um militärische Eroberungen und weniger um die Verbreitung der „proletarischen Revolution“, mit der Aussicht auf noch größere „Beute“ in der Zukunft. Dies entsprang aus seinem inneren Drang, sich Dinge gewaltsam anzueignen. Unter diesem Gesichtspunkt führte Stalin in seiner Außenpolitik fort, was er zuvor gewesen war und immer sein wollte: Ein „Räuber und Rebell“.

Wenn man sich nun wieder den konkurrierenden Erklärungsansätzen beim Fallbeispiel Hitler-Stalin-Pakt zuwendet, so ist die analytische Erweiterung des „operational code belief systems“ mit der neuen Variable des personalen Identitätsmerkmals zwar nicht in der Lage die anderen Erklärungsansätze zugunsten des individualistischen Erklärungsansatzes zurückzuweisen, jedoch eröffnet sie eine neue Perspektive, die den individualistischen Erklärungsansatz gegenüber den anderen Ansätzen stärkt. So ist z.B. die Feststellung, dass Stalin als Außenpolitiker gewiss ein Machtpolitiker war, der sich pragmatisch-realistischen Ansätzen verpflichtet sah (Creuzberger 2009: 214), noch keine feste Grundlage dafür, dass man dessen Außenpolitik am besten realistisch analysieren muss. Der hier vorgestellte Ansatz geht dahin, den Entscheidungsträger als Individuum in den Fokus zu nehmen und mit der hier vorgenommenen Betrachtung mit seiner Person eine tiefere neue Perspektive zur Analyse außenpolitischer Entscheidungen zu gewinnen.

Fazit

Ziel dieser Arbeit ist es, das „operational code belief system“ von Alexander George analytisch zu erweitern und somit den individualistischen Ansatz für die Erklärung von Motiven und Mitteln in der Internationalen Politik zu stärken. Dafür wird der aus der Psychologie stammende Begriff der „personalen Identität“ verwendet. Nicht die gesamte personale Identität wird als neue Variable eingeführt, sondern nur ein personales Identitätsmerkmal, welches Einfluss auf die „operational code beliefs“ eines Entscheidungsträgers haben könnte. In dem hier untersuchten Fallbeispiel kam heraus, dass Stalins personales Identitätsmerkmal „Räuber und Rebell“ einige seiner „operational code beliefs“ und somit auch die sowjetische Außenpolitik beeinflusst haben könnte, was am Beispiel des Hitler-Stalin-Paktes gezeigt wurde.

Letztlich geht es jedoch darum, dieses Ergebnis theoretisch zu verallgemeinern. So sollte es auch möglich sein, ein personales Identitätsmerkmal anderer Entscheidungsträger zu analysieren, welches Einfluss auf deren „operational code beliefs“ und präferierten außenpolitischen Entscheidungen haben könnte. Die von Akteuren verwendeten Mittel und die zugrundeliegenden Motive könnten somit aus einer neuen Perspektive betrachtet werden, was auch die gesamte Sicht auf die internationale Politik verändern würde. Entscheidungen hätten dementsprechend ihren Ursprung in der individuellen Psyche von Entscheidungsträgern. Dieser psychische Ursprung wäre demnach erst einmal unabhängig von Politik und politischen Überzeugungen und würde Außenpolitik zu einem Vorwand „degradieren“, psychisch veranlagte Bedürfnisse auszuleben. Die Erklärung außenpolitischer Handelns würde sich somit auf das Individuum verschieben. Die personale Identität, bzw. das entscheidende Identitätsmerkmal, dient hierbei als analytische Abstraktion, um psychische Bedürfnisse eines Entscheidungsträgers darzustellen und deren Auswirkungen auf die „operational code beliefs“ zu erklären.

Kritisch in Bezug auf die Erstellung der „operational code beliefs“ eines Entscheidungsträgers könnte man anmerken, dass es schwer ist, ein objektives Denkbild einer Person zu analysieren. Dies liegt daran, dass Entscheidungsträger vielleicht keine Auskunft über ihre Gedanken und

Motive geben und dass die Erstellung der „operational code beliefs“ von den gewählten Quellen abhängt. Zu viel Unsicherheit über die Objektivität des vom Forscher konstruierten Denkbildes einer Person machen es natürlich auch sehr schwer, die Auswirkungen eines personalen Identitätsmerkmals auf dieses zu untersuchen. Zudem könnte man kritisieren, dass es keine Gewissheit darüber gibt, welcher Teil der personalen Identität denn nun auch Einfluss auf die „operational code beliefs“ hat. Daraus folgernd lässt sich auch einwerfen, dass es nicht möglich ist zu sagen, wie viel Einfluss die personale Identität überhaupt auf das Denkbild hat und inwiefern der Forscher nicht im Bereich der Spekulation verbleibt.

Die Kritik über die Genauigkeit und Aussagekraft des „operational code belief systems“ ist eine generelle Kritik am „Denkbild-Ansatz“. Bei der Erstellung der „operational code beliefs“ ist es deshalb wichtig, möglichst breit zu forschen und nach unterschiedlichen Quellen zu suchen, insofern diese zur Verfügung stehen. So sollte es möglich sein, Muster in der Denkstruktur von Personen zu analysieren. Bei der hier vorliegenden Analyse der „operational code beliefs“ Stalins waren die primären Quellen die beiden Werke von Leites. Allerdings ging es Leites darum, eine möglichst objektive und ausgeglichene Analyse der „beliefs“ von Lenin und Stalin zu erstellen. Für eine noch genauere Analyse der bolschewistischen Elite, um die es in der Analyse ging, wäre es sicher vorteilhaft gewesen, noch mehr Bolschewisten hinzuzunehmen, aber Lenins und Stalins „beliefs“ werden trotzdem vielseitig dargestellt. Für andere Entscheidungsträger steht eine so breite Darstellung von „beliefs“ oftmals nicht zur Verfügung, weshalb man dann mehr Quellen analysieren muss.

Bezüglich der personalen Identität muss man die Biographie der betreffenden Person studieren. Die Auswahl des adäquaten personalen Identitätsmerkmals erfolgt dabei zunächst durch Vermutung. Der Einfluss dieses Identitätsmerkmals auf die „operational code beliefs“ erfolgt durch logisches Schlussfolgern. Dabei muss der Forscher den Zusammenhang zwischen dem personalen Identitätsmerkmal und dessen Auswirkung auf die entsprechenden „operational code beliefs“ im Kontext der Biographie der Person begründen. Allerdings ist hierbei ein gewisser Unsicherheitsfaktor nicht ausgeschlossen. Dieser Unsicherheitsfaktor kann nur im Kontext der weitergehenden

Forschung verringert werden. Dabei kann die Unsicherheit zwar nicht beseitigt, aber dennoch generell reduziert werden, indem man die Auswirkungen der personalen Identität auf das Denkbild von Entscheidungsträgern allgemein erforscht. Dazu werden noch weitere Untersuchungen von Fallbeispielen mit verschiedenen Entscheidungsträgern und Entscheidungen notwendig sein. Die hier vorgenommene Untersuchung an einer Person und einer Entscheidung kann dafür nur einen Anstoß geben. Allgemein sollte man die Auswirkung der personalen Identität von Personen auf deren „operational code beliefs“ nicht überbewerten, wobei auch die Frage verbleibt, wie viel Einfluss das Denkbild überhaupt auf Entscheidungen hat. Wenn die Möglichkeit besteht, dass die personale Identität Einfluss nimmt, dann wahrscheinlich nur auf einige „operational code beliefs“.

Der hier verfolgte Ansatz versucht an die Verbindung der „psychological motivations“ und des „Denkbild-Ansatzes“ anzuknüpfen und den individualistischen Ansatz in der wissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen aufzuwerten. Der Aufwand und die Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, sollten jedoch die Forschung nicht davon abhalten, sich auch in Zukunft mit diesem fruchtbaren Feld des „Denkbild-Ansatzes“ in den Internationalen Beziehungen zu beschäftigen. ■ ■ ■

Literaturverzeichnis

Atkinson, John W. (Hrsg.) 1958: *Motives in Fantasy, Action and Society. A method of assessment and study*, Princeton.

Baberowski, Jörg 2012: *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*, München.

Churchill, Winston S. 1954: *Der Zweite Weltkrieg*, Bern.

Creuzberger, Stefan 2009: *Stalin. Machtpolitiker und Ideologe*, Stuttgart.

Erikson, Erik H. 1966: *Identität und Lebenszyklus. Drei Aufsätze*, Frankfurt am Main.

Gerrig, Richard/Zimbardo, Philip G. 2007: *Psychologie*, 18. Auflage, München.

George, Alexander L. 1969: *The „Operational*

Code“: *A Neglected Approach to the Study of Political Leaders and Decision-Making*, in: *International Studies Quarterly* 13: 2, 190-222.

George, Alexander L. 1979: *The Causal Nexus between Cognitive Beliefs and Decision-Making Behavior: The “Operational Code” Belief System*, in: Falkowski, Lawrence S. (Hrsg.): *Psychological Models in International Politics*, Boulder, 95-124.

Greenstein, Fred I. 1969: *Personality and Politics. Problems of Evidence, Inference, and Conceptualization*, Chicago.

Harnisch, Sebastian 2000: *Außenpolitisches Lernen. Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel*, Opladen.

Harnisch, Sebastian 2010: *Sozialer Konstruktivismus*, in: Masala, Carlo/Sauer, Frank/Wilhelm, Andreas (Hrsg.): *Handbuch der Internationalen Politik*, Wiesbaden, 102-116.

Holsti, Ole 1976: *Foreign Policy Formation Viewed Cognitively*, in: Axelrod/Robert (Hrsg.): *Structure of Decision. The Cognitive Maps of Political Elites*, Princeton, 18-54.

Keil, Lars-Broder/Kellerhoff, Sven F. 2002: *Deutsche Legenden. Vom „Dolchstoß“ und anderen Mythen der Geschichte*, Berlin.

Leites, Nathan C. 1951: *The Operational Code of the Politburo*, New York.

Leites, Nathan C. 1953: *A Study of Bolshevism*, New York.

Majoros, Ferenc 2003: *Der Kriegsherr*, in: *Geschichte. Menschen-Ereignisse-Epochen* Nr. 3 (März 2003), 38-42.

Maser, Werner 1994: *Der Wortbruch. Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg*, München.

McClelland, David C. 1966: *Die Leistungsgesellschaft. Psychologische Analyse der Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung*, Stuttgart.
Mesenhöller, Mathias 2009: *Aufstieg eines Gangsters*, in: *Geo Epoche. Das Magazin für Geschichte* Nr. 38 (2009), 20-31.

Montefiore, Simon S. 2007: *Der junge Stalin*, Frankfurt am Main.

Morgenthau, Hans J. 1946: *Scientific Man vs. Power Politics*, Chicago.

Musial, Bogdan 2008: *Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen*, Berlin.
Rademacher, Cay 2009: *Blind in die Katastrophe*, in: *Geo Epoche. Das Magazin für Geschichte* Nr. 38 (2009), 118-130.

Rayfield, Donald 2004: *Stalin und seine Henker*, München.

Schneider-Ferber, Karin 2003: *Josif, der Georgier*, in: *Geschichte. Menschen-Ereignisse-Epochen* Nr. 3 (März 2003), 20-22.

Service, Robert 2004: *Stalin. A Biography*, London.

Simon, Bernd/Trötschel, Roman 2006: *Soziale Identität*, in: Bierhoff, Hans-Werner/Frey, Dieter (Hrsg.): *Handbuch der Sozialpsychologie und Kommunikationspsychologie*, Göttingen, 684-693.

Straub, Jürgen 1998: *Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs*, in: Assmann, Aleida/Friese, Heidrun (Hrsg.): *Identitäten. Erinnerung, Geschichte, Identität* 3, Frankfurt am Main, 73-104.

Walker, Stephen G. 1983: *The Motivational Foundations of Political Belief Systems: A Re-Analysis of the Operational Code Construct*, in: *International Studies Quarterly* 27: 2, 179-201.

Walker, Stephen G. 2003: *Operational Code Analysis as a Scientific Research Program. A Cautionary Tale*, in: Elman, Colin/Elman, Miriam F. (Hrsg.): *Progress in International Relations Theory. Appraising the Field*, Cambridge, Massachusetts, 245-276.

Waltz, Kenneth N. 1959: *Man, the State and War. A theoretical Analysis*, New York.

Waltz, Kenneth N. 2010: *Theory of International Politics*, Illinois (Erste Auflage 1979).

Winter, David G. 1973: *The Power Motive*, New York.

Marcus Plahusch

WANDEL DER STRATEGISCHEN KULTUR?

Die Beteiligung Polens bei den Einsätzen im Irak und in Libyen unter besonderer Beachtung der transatlantischen Beziehungen

Abstract

Marcus Plahusch

B.A. Governance & Public Policy, Universität Passau, 6. Fachsemester
marcusplahusch@web.de

Dieser Beitrag beruht auf einer Hauptseminararbeit im Fachbereich Politikwissenschaften.

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die Außenpolitik Polens vor allem durch die enge Partnerschaft mit den USA gekennzeichnet, welche 2003 als Teil der „Koalition der Willigen“ im Irakkrieg gipfelte. Bei dem letzten Militäreinsatz der USA, dem Einsatz in Libyen 2011, hat sich Polen jedoch nicht beteiligt. Ein Ansatz zur Erklärung von außenpolitischem Verhalten und vor allem von Auslandseinsätzen ist das Konzept der strategischen Kultur. Da hierbei vor allem auch die spezifischen geschichtlichen Erfahrungen der Staaten mit einbezogen werden, bietet sich das Konzept insbesondere für Polen, mit seiner bewegten Geschichte, an. In dieser Arbeit wird deshalb der Frage nachgegangen, ob es in der Zeit zwischen dem Irakkrieg und dem Libyen-Einsatz zu einem Wandel in der strategischen Kultur gekommen ist. Anhand einer Diskursanalyse eben dieser Periode kann aber gezeigt werden, dass es zu keiner Änderung gekommen ist und die strategische Kultur Polen stabil ist.

Einleitung

Bis vor wenigen Monaten schien es, als ob es im Nahen Osten wieder eine von den USA angeführte Militärintervention geben würde, um in Syrien weitere Giftgasangriffe auf die Bevölkerung zu verhindern. Polen hätte sich dann wohl ähnlich wie 2011 in Libyen erneut nicht militärisch beteiligt (Gentle 2013). Anders war dies noch 2003, als Polen als Teil des „neuen Europas“ (Rumsfeld 2003) mit in den Irakkrieg zog.

Polen wächst nicht nur wirtschaftlich seit Jahren, sondern entwickelt sich auch immer mehr zu einer regionalen Führungsmacht in Zentraleuropa. Im Gegensatz zu den anderen großen europäischen Ländern erhöht das Land aktuell als einziges seine Ausgaben für Verteidigung (The Economist 2013). Es ist also nur die logische Konsequenz, dass Polen in Zukunft eine bedeutendere Rolle in der NATO und auch in der EU spielen wird. Aus diesem Grund ist es interessant, sich näher mit dem Auftreten Polens auf der internationalen Bühne zu beschäftigen. Eine Möglichkeit, das außenpolitische Verhalten von Staaten und insbesondere Auslandseinsätze, zu erklären bietet das Konzept der strategischen Kultur. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf den spezifischen, einzigartigen Erfahrungen die Staaten im Verlauf ihrer Geschichte gemacht haben und deren Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Leitfrage welche in dieser Arbeit beantwortet werden soll ist deshalb, ob es in der Zeit zwischen dem Irakkrieg 2003 und dem internationalen Militäreinsatz in Libyen 2011 einen Wandel in der strategischen Kultur Polens gegeben hat. Besonderer Fokus liegt hierbei auf den transatlantischen Beziehungen zu den USA. Aspekte der strategischen Kultur, welche die Russland- und Osteuropapolitik betreffen werden daher vernachlässigt. Auch die Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten, z.B. im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), wird nur soweit behandelt wie zur Beantwortung der Leitfrage notwendig. Auch der Konflikt in Syrien ist noch zu aktuell um in dieser Arbeit berücksichtigt werden zu können.

Zunächst wird daher das Konzept der strategischen Kultur genauer erläutert, insbesondere mit Blick auf die Träger von strategischer Kultur sowie auf die Möglichkeiten des Wandels. Herangezogen wird hierzu das Modell von Kerry Longhurst, wonach strategische Kultur aus drei

Elementen besteht (Longhurst 2004: 17ff.). Im Anschluss wird die strategische Kultur Polens vorgestellt um schließlich anhand deren Grundsätzen zu überprüfen, ob sich Polen bei den Militäreinsätzen im Irak und in Libyen gemäß dieser verhalten hat oder ob es eben zu einem Wandel gekommen ist.

Forschungsstand und Quellenlage

Alastair Iain Johnston hat die Forschung zur strategischen Kultur in drei Generationen eingeteilt (Johnston 1995: 36ff.). Diese hatten ihre jeweiligen Hochphasen in den späten 70er Jahren, den 80ern sowie schließlich nach dem Kalten Krieg, einhergehend mit der konstruktivistischen Wende in den 90er Jahren (Lantis 2006: 10). Jedoch verfolgen insbesondere neuere Autoren diese Einteilung nicht mehr so strikt und bedienen sich Elementen verschiedener Generationen. Geprägt wurde der Begriff 1977 von Jack Snyder, der den möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch die Sowjetunion untersuchte und dabei kulturelle Faktoren berücksichtigte. Unter strategischer Kultur verstand er

„the sum total of ideas, conditioned emotional responses and patterns of habitual behavior that members of a national strategic community have acquired through instruction or imitation and share with each other with regard to nuclear strategy“ (Synder 1977: 8).

Anfangs wurde lediglich versucht die Unterschiede in den Nuklearstrategien zwischen den USA und der Sowjetunion durch die unterschiedliche Konstellation der Variablen historische Erfahrung, politische Kultur und geographische Lage zu erklären (Johnston 1995: 36). Das Konzept der strategischen Kultur wurde im Laufe der Jahre immer weiter ausgearbeitet. So wurden die Entstehungsgründe untersucht, welche Elemente dabei wichtig sind und auch ob und wie sich strategische Kultur ändern kann. Insbesondere die dritte Generation dann hat sich viel mit der „researchability“ (Gray 1999: 49) befasst.

Verglichen mit anderen ehemals kommunistischen Staaten Europas ist die strategische Kultur Polens relativ gut erforscht, der Schwerpunkt der Forschung liegt aber immer noch auf den klassischen westlichen Staaten. Insbesondere die Arbeiten von Longhurst sind hier erwähnenswert. Die meiste Literatur stammt jedoch aus der Zeit während und nach dem Irakkrieg. Es gibt zwar

auch neuere Arbeiten zur polnischen Außen- und Sicherheitspolitik, wie die von Daria W. Dylla, jedoch werden diese nicht unter dem Aspekt der strategischen Kultur behandelt.

Das Konzept der strategischen Kultur

Das Konzept der strategischen Kultur entstammt der sozialkonstruktivistischen Theorieschule und soll insbesondere helfen die unterschiedliche Akzeptanz von Militäreinsätzen bzw. die Anwendung militärischer Mittel zu erklären. Strategische Kultur kann von einer ganzen Reihe an Einflüssen geprägt werden (Lantis 2006: 16ff.): Dazu zählen harte Faktoren, wie die geographische Lage und damit einhergehend die Grenzen und Nachbarstaaten, das Klima, sowie die Ressourcenvorkommen. Maßgeblich sind aber insbesondere auch geschichtliche Erfahrungen. Desweiteren spielen die Mitgliedschaft in politischen und militärischen Organisationen und die damit oft verbundenen Werte und Normen eine Rolle. Colin S. Gray resümiert folglich, dass „security communities, do not choose their strategic cultures. Rather do their strategic cultures choose them“ (Gray 2007: 11). Der Ansatz der strategischen Kultur bringt insbesondere zwei weitere Vorteile mit sich (Booth 2005: 26f.). Zum einen besitzt er die Fähigkeit scheinbar irrationales Verhalten zu erklären, da Handlungen in einen kulturellen Kontext gesetzt werden. Zum Zweiten hilft er die künstliche Grenze zwischen nationaler und internationaler Politik aufzulösen, da die „strategische Kultur im Inneren der Staaten angesiedelt ist und einen endogenen Einfluss auf sicherheitspolitische Entscheidungen ausübt“ (Viehrig 2010: 161).

Eine der Kernfragen, ob Kultur und Verhalten voneinander getrennt werden können und strategische Kultur somit falsifizierbar gemacht werden kann ist jedoch nach wie vor nicht abschließend geklärt (Giegerich 2006: 39). Insbesondere Johnston kritisiert an der ersten Generation, den angeblichen Determinismus, wonach ein bestimmtes Verhalten immer in einer einzigartigen Kultur begründet sei und umgekehrt eine bestimmte strategische Kultur immer zu einem bestimmten Verhalten führe (Johnston 1995: 37f.). Nach Gray, einem Vertreter der ersten Generation, kann das Verhalten aber sehr wohl der Kultur widersprechen, doch es kann niemals außerhalb der Kultur stattfinden (Gray 1999: 62).

Verhalten lässt sich demnach nicht von der Kultur trennen, da weder Personen noch Institutionen sich von ihrem kulturellen Umfeld lösen können, in welchem sie sozialisiert wurden. Verhalten hängt somit stets von der Kultur ab (Gray 1999: 53ff.). Diese Auffassung vertritt auch Longhurst, welche zudem betont, dass dies nicht bedeutet, dass der Einfluss der strategischen Kultur stets erkennbar sein muss, insbesondere in stabilen Zeiten ist dieser nämlich unter Umständen gar nicht sichtbar (Longhurst 2004: 21). Dass Politik, die der strategischen Kultur zu widersprechen scheint, nicht zur deren Nichtigkeit führt begründet sie damit, dass strategische Kultur aus drei Elementen besteht. Aus diesem Grund wird für diese Arbeit auch Longhursts Definition von strategischer Kultur verwendet, da diese Einteilung einige Vorteile mit sich bringt, wenn später der mögliche Wandel von strategischer Kultur untersucht wird. Strategische Kultur ist demnach „a distinctive body of beliefs, attitudes and practices regarding the use of force, held by a collective and arising gradually over time through a unique protracted historical process. A strategic culture is persistent over time, tending to outlast the era of its inception, although it is not a permanent or static feature. It is shaped and influenced by formative periods and can alter, either fundamentally or piecemeal, at critical junctures in that collective’s experience“ (Longhurst 2004: 17).

Laura Chappell betont, dass bei der Entwicklung der strategischen Kultur und deren Verständnis die Interpretation dieser historischen Ereignisse entscheidend ist (Chappell 2010: 227). Insbesondere neuere Autoren gehen diese Debatte nach der Trennung von Kultur und Verhalten aber eher pragmatisch an: „It helps shape but does not determine how an actor interacts with others in the security field“ (Booth 2005: 25).

Träger der strategischen Kultur

Eine der entscheidenden Fragen ist es wer der Träger der strategischen Kultur ist, also um wessen Kultur es sich eigentlich handelt und wer diese bestimmt, prägt und unter Umständen auch ändert. Generell werden darunter die geteilten Ansichten innerhalb einer Gesellschaft verstanden (Giegerich 2006: 38). Fraglich ist ob es auch innerhalb dieser verschiedene, konkurrierende Ansichten geben kann, also darüber wie die herrschende strategische Kultur entsteht. Zwar gibt

es neuere Forschung, die auch der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle beimisst, für die Mehrzahl der Autoren ist die Öffentlichkeit aber außen vor (Meyer 2004: 4; Longhurst 2004: 21f.). Die herrschende Meinung in dieser Hinsicht ist, dass die politisch-militärischen Eliten eine Gatekeeper-Funktion innehaben und als Agenda-Setter fungieren, da nur diese in den Entscheidungsprozess involviert sind und zudem einen Wissensvorsprung haben. Diese Gruppe, welche Longhurst als „strategic cultural agents“ (Longhurst 2004: 22) bezeichnet ist es also, die den Diskurs über außen- und sicherheitspolitische Themen in eine bestimmte Richtung bewegt. Eliten haben somit zwar einen gewissen Spielraum um die strategische Kultur zu prägen und ihre eigenen Ansichten durchzusetzen, jedoch können auch sie sich nicht außerhalb ihrer strategischen Kultur bewegen, in der sie sozialisiert wurden (Lantis 2005: 58f.; Johnston 1995: 40).

Möglichkeiten des Wandels von strategischer Kultur

Da in dieser Arbeit ein eventueller Wandel der strategischen Kultur untersucht werden soll ist natürlich die Frage wie und unter welchen Umständen sich diese ändern kann von besonderer Bedeutung. Wie aus der obigen Definition ersichtlich wird, ist eine einmal ausgebildete strategische Kultur über längere Zeit stabil, denn „values, beliefs, and the way they are interpreted become embedded and reinforced in society“ (Chappell 2010: 227). Anpassungen und Weiterentwicklungen geschehen daher nur langsam. Eine rasche Änderung ist nur durch externe Schocks möglich, welche die bisher verinnerlichten Erfahrungen zunichtemachen (Booth 2005: 25). Beispiele für solche Schocks sind die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg oder die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001. Longhurst hat sich besonders intensiv mit den Möglichkeiten eines Wandels beschäftigt. Aufbauend auf ihrer umfassenden Definition unterscheidet sie drei verschiedene Ebenen bzw. Elemente der strategischen Kultur (Longhurst 2004: 17). Zum einen die „foundational elements“, welche den Kern der strategischen Kultur darstellen und daher auch nur sehr schwer zu ändern sind. Die zweite Ebene ist die der „security policy standpoints“. Dies sind breit akzeptierte Meinungen darüber, wie die „core values“ in konkrete Politik umgesetzt

werden sollen. Es besteht somit eine Präferenz für bestimmte Maßnahmen, wohingegen andere Optionen schon von vornherein ausgeschlossen werden (Duffield 1999: 772). Ein ähnliches Konzept vertritt auch Johnston mit seinen „ranked preferences“ (Johnston 1995: 48). Am ehesten zu ändern sind die „regulatory practices“, bei welchen es sich um den beobachtbaren Teil der strategischen Kultur handelt. Darunter versteht sie langanhaltende Praktiken und Politikinhalt, die aus den anderen Elementen resultieren. Änderungen auf einer dieser Ebenen müssen somit nicht automatisch zu Änderungen der strategischen Kultur als Ganzes führen (Giegerich 2006: 37). Hierdurch lassen sich gewisse Änderungen im außenpolitischen Verhalten erklären, ohne dass die komplette strategische Kultur hinterfragt werden muss. Je nachdem auf welcher dieser Ebenen es nun zu Änderungen kommt unterscheidet Longhurst zwischen zwei Arten von Wandel, nämlich „fundamental change“ und „fine-tuning“ (Longhurst 2004: 18ff.). Bei einem fundamental change, ähnlich den externen Schocks welche andere Autoren beschreiben, kommt es zu einem schnellen, umfassenden Wandel, verbunden mit schweren Traumata. Da die bisherige strategische Kultur aufgegeben wird, bezeichnet Longhurst diesen Zustand als „collective infancy“ (Longhurst 2004: 18). Der Wandel findet somit auf den Ebenen der foundational elements und der security policy standpoints statt. Wesentlich öfter kommt es aber zum fine-tuning, nämlich dann wenn, sei es aus dem nationalen oder dem internationalen Umfeld heraus, Probleme auftreten, die mit der derzeitigen strategischen Kultur und dadurch auch mit der aktuellen Politik nur schwer vereinbar sind. Eliten haben nun die Möglichkeit die strategische Kultur durch veränderte security policy standpoints an die neuen Umstände anzupassen und sie so nach ihren eigenen Präferenzen zu prägen, was sich wiederum in veränderten regulatory practices ausdrückt.

Methodik

Als methodisches Vorgehen wird eine Diskursanalyse gewählt. Da dieser ebenfalls eine konstruktivistische Weltanschauung zugrunde liegt ist sie besonders geeignet für Untersuchungen zur strategischen Kultur. Wirklichkeit ist somit „das Ergebnis der Sinngebung und Interpretation derjenigen Gruppen oder Eliten, die die Macht haben, den

herrschenden Diskurs zu bestimmen“ (Behnke et al. 2010: 351). Da auch strategische Kultur ein „system of symbols“ (Johnston 1995: 46) ist, z.B. durch Argumentationsstrukturen, kann daher mithilfe der Diskursanalyse die Entwicklung der strategischen Kultur Polens untersucht und die Symbole somit „entschlüsselt“ werden.

Johnston beschreibt eine Vorgehensweise zur erstmaligen Feststellung und Untersuchung von strategischer Kultur, welche aber ohne Probleme auch angewandt werden kann um einen Wandel in dieser festzustellen. Demnach soll der Inhalt von einer Reihe an Objekten aus einer bestimmten Periode analysiert werden und anschließend mit Objekten aus einer vergangenen Periode verglichen werden. Sind die festgestellten Politik-Präferenzen dann identisch, so ist die strategische Kultur konstant. Bei den Präferenzen wird es sich vor allem um die Grundpfeiler der strategischen Kultur Polens handeln, welche im nächsten Kapitel vorgestellt werden. Diese zu analysierenden Objekte umfassen demnach „writings, debates, thoughts and words of ‚culture-bearing units‘“ (Johnston 1995: 49). Neben Aussagen von Regierungsmitgliedern und anderen Politikern liegt deshalb ein besonderes Augenmerk auf den offiziellen Dokumenten, in welchen die außen- und sicherheitspolitische Strategie zum Ausdruck gebracht wird. Das aktuellste ist die Verteidigungsstrategie des polnischen Verteidigungsministeriums aus dem Jahr 2009, sie stammt somit schon aus der Zeit nach dem Abzug aus dem Irak. Sie basiert auf der „National Security Strategy of the Republic of Poland“ aus dem Jahr 2007. Diese wiederum folgt auf die National Security Strategy von 2003. Diese war nicht nur die erste nach den Terroranschlägen vom 9. September 2001, sondern entstand auch unter den Eindrücken des erst kurz zuvor zu Ende gegangenen Krieges gegen den Irak. Es ist also insbesondere der Vergleich mit dieser Sicherheitsstrategie, welcher Hinweise auf eine Diskontinuität der strategischen Kultur liefern könnte.

Grundsätze der strategischen Kultur Polens

Die Grundprinzipien der strategischen Kultur Polens liegen vor allem in den Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts, insbesondere des

Zweiten Weltkrieges, als „Spielball der Großmächte“ begründet (Viehrig 2010: 168). Hierzu zählen insbesondere die Westverschiebung Polens, sowie die Unterwerfung unter sowjetischen Einfluss, welche von den Polen als Verrat angesehen wurde. Aus diesen Erfahrungen lassen sich drei Grundprinzipien der strategischen Kultur erklären (Osica 2004: 305). Erstens, dass Polen in Zukunft selber stets ein verlässlicher Verbündeter sein soll. Zweitens, dass es sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einsetzt und drittens, dass es in alle Entscheidungen involviert sein soll, die ihre eigenen Interessen berühren. Dieser Leitgedanke Polens, „nothing about us without us“, findet sich schon im 16. Jahrhundert (Pogonowski 2010: 27). Diesem, aus der Geschichte resultierenden starken Sicherheitsbedürfnis ist es geschuldet, dass Polen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus seine nationale Sicherheit der NATO anvertraute und dabei insbesondere die enge Partnerschaft mit den USA suchte. Aus polnischer Sicht sind nämlich nur diese in der Lage, dem Land die militärische Sicherheitsgarantie nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags zu gewährleisten (Chappell 2010: 229). Doch die Fixierung auf die NATO ist nicht die einzige Folge aus der Tatsache, dass sich Polen 1939 nicht selber verteidigen konnten. Dass das Land damals von den Verbündeten im Stich gelassen und somit Opfer des Pazifismus Großbritanniens und Frankreichs wurde, hat zur Folge, dass es sich bei Polen einerseits um einen „skeptischen Multilateralist“ handelt, vor allem gegenüber der UNO (Zaborowski/Longhurst 2003: 1014; Chappell 2010: 229). Zum anderen dazu, dass es bei Militäreinsätzen eine relativ geringe Hemmschwelle hat, hauptsächlich um ihrer eigenen Rollenzuschreibung als verlässlicher Partner gerecht zu werden (Meyer 2006: 154). Beides zusammen führt dazu, dass für Polen bei Interventionen ein UN-Mandat zwar wünschenswert, aber keine zwingende Voraussetzung ist (Chappell 2010: 237).

Es ist somit offensichtlich, wie die nationale Geschichte Polens, durch die kollektive Erinnerung daran, starke Auswirkungen auf die Handlungen im internationalen Umfeld hat. Die strategische Kultur ist daher gut geeignet um das außenpolitische Verhalten Polens zu verstehen und zu erklären.

Die strategische Kultur Polens im Irakkrieg

Als George W. Bush Anfang 2003 seinen „Koalition der Willigen“ zusammenstellte, verhielt sich Polen genau so wie es die strategische Kultur erwarten ließ – es stellte sich an die Seite der USA. Bis zu 2500 polnische Soldaten waren zwischenzeitlich im Irak stationiert und Polen übernahm sogar die Kontrolle über eine der Besatzungszonen. Der Hauptgrund für die polnische Regierung an dem Einsatz teilzunehmen war nicht einmal die Sicherheitsgefahr die man im Irak sah, sondern eher die Verbundenheit mit den USA und damit wieder das Motiv ein verlässlicher Verbündeter zu sein (Zaborowski/Longhurst 2003: 1027). Es wurde sogar als die Pflicht Polens gesehen den USA zur Seite zu stehen (Osica 2004: 318f.). Jedoch sah die polnische Regierung auch eigene Interessen im Irak betroffen. Sowohl wirtschaftliche Interessen, als auch Politische (Melamed 2005: 10). Insbesondere der damalige Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz machte unverblümt klar, dass der Zugang zu den irakischen Ölfeldern das „ultimate objective“ Polens sei (BBC 2003). Diese Hoffnung hat sich aber genau so wenig erfüllt wie die von Wiederaufbauverträgen für polnische Unternehmen (Melamed 2005: 12f.). Politisch hat man sich eine weitere Aufwertung der Partnerschaft mit den USA erhofft, eine Vorstellung, die auch viele Autoren damals teilten. Im Nachhinein lässt sich resümieren, dass die Erwartungen Polens einfach zu hoch waren. Aber auch der dritte Grundsatz der Selbstbestimmung spielte eine wichtige Rolle, in der Debatte. Denn Polen „should never refrain from the fight for democracy and human freedom“ (Osica 2004: 319). Der damalige Präsident Aleksander Kwaśniewski betonte beispielsweise, dass es bei dem Einsatz auch um „regaining freedom and establishing justice“ ginge (Kwaśniewski 2003). Nicht zuletzt steht auch die Tatsache dass Polen sich beteiligte, obwohl kein UN-Mandat vorlag in perfekter Übereinstimmung mit der strategischen Kultur.

Veränderte strategische Kultur beim Libyen-Einsatz?

Bei der Frage nun, ob sich die strategische Kultur im Vorfeld des Bürgerkrieges in Libyen geändert hat, ist es hilfreich sich noch einmal vor Augen zu führen wie dies, zumindest der Theorie nach, überhaupt geschehen kann. Wie bereits erläutert,

kann es zu einem schnellen Wandel nur durch externe Schocks kommen. Vor der Entscheidung über den Irakkrieg ist in Afghanistan kein polnischer Soldat gefallen. Bis zum Libyeneinsatz waren es dann aber schon fast 50 Soldaten, sowohl im Irak als auch seit 2007 in Afghanistan (iCasualties.org 2007; 2013). Als externer Schock können diese Kriegstoten nach 2003 aber dennoch nicht gesehen werden. Denn wenngleich diese in der öffentlichen Debatte wohl eine Rolle gespielt haben, ist diese Erfahrung, gerade verglichen mit Ereignissen wie „9/11“, nicht von „sufficient awesomeness“ (Gray 2007: 14) um die strategische Kultur zu verändern (Sobczyk 2010). Nach Longhursts Modell besteht aber auch die Möglichkeit des fine-tunings, also der geringfügigen Modifikation der strategischen Kultur. Demnach werden neue Herausforderungen von den Eliten nicht einheitlich interpretiert, weshalb sie unterschiedliche Lösungsansätze anbieten, um die strategische Kultur der neuen Situation anzupassen. Eine solche andere Elite könnte die neue liberale Regierung unter Donald Tusk sein, welcher seit Ende 2007 Nachfolger von Jarosław Kaczyński als Ministerpräsident ist. Zu den aus dem nationalen Umfeld auftretenden Problemen kann gezählt werden, dass die polnischen Streitkräfte durch den Einsatz in Afghanistan bereits voll ausgelastet waren und ein weiteres Engagement in Libyen als verlässlicher Verbündeter daher nicht möglich war, dieser Punkt ist aber durchaus umstritten (Dylla 2011b: 3). Desweiteren stellt auch das verminderte Interesse der USA unter Obama an Polen und generell Europa eine Herausforderung für die strategische Kultur Polens dar, da diese stark auf dem pro-atlantischen Pfeiler basiert.

Ein Blick nun auf die im vorherigen Kapitel angesprochenen Grundsätze der strategischen Kultur Polens zeigt aber, dass trotz der Nichtbeteiligung an dem Einsatz, kein Grundsatz verletzt wurde. Im Gegensatz zum Irak sind in Libyen laut Tusk nämlich „weder polnische Geschäfts- noch Sicherheitsinteressen in Gefahr“ (Kreiner et al. 2011). Somit konnte und musste sich nicht auf das „nothing about us without us“ berufen werden. Das Leitmotiv ein verlässlicher Verbündeter zu sein scheint Polen auf den ersten Blick nicht befolgt zu haben. Ausgeblendet wird dabei aber oft, dass sich die Libyen-Intervention auch in dieser Hinsicht vom Irakkrieg unterscheidet. Einerseits handelte es sich dabei um keinen von den USA, sondern von Großbritannien und Frankreich ge-

fürten Einsatz (Dylla 2011a). Die Vereinigten Staaten waren selber nur in unterstützender Funktion tätig und hatten auch sonst eine „ambivalente [...] Position“ (Dylla 2011b: 7). Da ihnen die Mission also, verglichen mit den Kriegen in Afghanistan und dem Irak, relativ unwichtig war, hatte die Nichtteilnahme Polens auch keine negativen Konsequenzen zur Folge. Auch der Vorwurf, dass Polen die NATO-Verbündeten im Stich gelassen hätte ist nicht haltbar, da sich auch andere Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, nicht beteiligten. Desweiteren war der Einsatz innerhalb der NATO bei weitem nicht so kontrovers, wie andere zuvor und auch sonst gab es „no debate, no vote, no joint planning“ (Applebaum 2011). Zudem betonten sowohl Polens Präsident Bronisław Komorowski, als auch Außenminister Radosław Sikorski, dass Polen humanitäre Hilfe leisten und beim Wiederaufbau des Landes helfen würde und sich somit lediglich militärisch nicht beteiligen würde (Dylla 2011b: 5).

Es lässt sich jedoch nicht bestreiten, dass die polnisch-amerikanischen Beziehungen nicht mehr so herausragend sind wie auf ihrem Höhepunkt zu Zeiten des Irakkrieges. In Polen gab es schnell Zweifel an der uneingeschränkten Solidarität mit den USA (Fröhlich 2008: 120f.). So ist Polen wohl nicht mehr der „instinktive Atlantiker“, als der es nach 2003 oft bezeichnet wurde (Longhurst 2013: 364). Die Erwartungen gingen sogar soweit, Polen als neuen „protégé“ bzw. „protectee“ der USA zu sehen (Zaborowski/Longhurst 2003: 1009; Chappell 2010: 229). Wie bereits erwähnt liegt dies aber weniger an Polen, als an den veränderten Prioritäten der Obama-Administration. Diese war an einer Verbesserung der Beziehungen zu Russland interessiert, was zu Lasten der anderen zentral- und osteuropäischen Länder ging. Dies ist auch ein Grund weshalb das Raketenschild-Projekt stark reduzierte wurde, welches in Polen als besondere Manifestation der erhofften amerikanischen Präsenz gesehen wurde (Longhurst 2013: 368f.). Desweiteren hat für Obama insbesondere auch der Pazifikraum eine besondere strategische Bedeutung, was ebenfalls zu Lasten Europas, also auch Polens geht. Der andere, näherliegende Grund ist, dass Polen seit 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union ist und somit eine intensivere Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten

in der Folge eine logische Konsequenz ist. Insbesondere unter Tusk ist dies der Fall, welcher vor allem die Partnerschaft mit Deutschland und Frankreich durch Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks wieder verbessern will (The Ministry of National Defence 2007: 13). Im Rahmen der GSVP wurde Polen beispielsweise sogar erst von den USA dazu ermutigt sich stärker zu engagieren (Miskimmon 2004: 296).

Dass diese hohen Erwartungen nicht erfüllt wurden, ändert jedoch nichts daran, dass Polen nach wie vor ein überzeugter „Atlanticist“ ist. Dies zeigt auch ein Blick auf die bereits erwähnten Verteidigungs- und Sicherheitsstrategien. Trotz unterschiedlicher Formulierungen in den drei Dokumenten besteht kein Zweifel an der nach wie vor herausragenden Bedeutung der Partnerschaft mit den USA. Besonders erwähnenswert ist, dass auch zur National Security Strategy 2003, welche wie bereits erwähnt zur Hochzeit der transatlantischen Partnerschaft entstand, keine gravierenden Unterschiede bestehen (The Ministry of National Defence 2003: 6ff.). So wird in der aktuellen Verteidigungsstrategie die „strategic partnership with the United States“ neben der Mitgliedschaft in NATO und EU als „the main reference point [...] for Poland’s foreign and defence policy“ bezeichnet (The Ministry of National Defence 2009: 6). Seit 2007 wird zwar die EU in den Dokumenten stärker betont, jedoch geschieht dies nicht zu Lasten der USA, vielmehr sind diese durchwegs die einzige Nation die namentlich erwähnt wird, wenn man einmal von der einmaligen Erwähnung Deutschlands in der National Security Strategie 2007 absieht (The Ministry of National Defence 2007: 4ff.). Aber auch dieser verstärkte Fokus auf die EU ist vor allem wieder damit zu erklären, dass Polen 2003 noch kein EU Mitglied war. Auch die Tatsache, dass es seit 2009 keine neuere Fassung gibt, ist durchaus als Indiz für eine Beständigkeit der strategischen Kultur zu werten. Dass die polnische Nichtteilnahme das Verhältnis nicht nachhaltig beschädigt hat, zeigt auch ein „memorandum of understanding“ vom Juni 2011 und somit schon drei Monate nach Beginn des Einsatzes, in welchem eine weiter verstärkte militärische Zusammenarbeit vereinbart wurde (Dylla 2011a). Es besteht kein Zweifel daran, dass ein weiterer Ausbau der militärischen Präsenz der USA in Polen nach

wie vor ein wichtiger Teil der polnischen Sicherheitsstrategie sind.

Am zweifelhaftesten scheint zunächst Polens erklärte Unterstützung der Selbstbestimmung der Völker – diese muss jedoch nicht zwangsläufig militärisch erfolgen. Vielmehr war Sikorski beispielsweise der erste westliche Außenminister, der die libyschen Rebellen in Bengasi besuchte (Fairclough 2011). Auch der frühe Umzug der polnischen Botschaft nach Bengasi war eine starke Geste zur Unterstützung der Rebellen. Durch die eigenen Erfahrungen beim Übergang von einem autoritären Regime zur Demokratie nach dem Ende des Kommunismus, sieht sich Polen in einer Beraterrolle um nun den arabischen Staaten hierbei zu helfen. Dass dies auch international Anerkennung findet, zeigt sich nicht zuletzt an der Einladung in die Libyen-Kontaktgruppe. Diese Rolle sollte deshalb gerade nicht durch eine militärische Beteiligung gefährdet werden (Dylla 2011a).

Abschließend lässt sich feststellen, dass ähnlich wie zu Zeiten des Irakkrieges, als Polens Stellung gegenüber den USA in der Öffentlichkeit rhetorisch erhöht wurde, sich jetzt „die Distanz Polens gegenüber Amerika in erster Linie auf der rhetorischen Ebene abspielt und insbesondere an die polnische Öffentlichkeit adressiert ist“ (Dylla 2011a). Die polnische Bevölkerung empfindet die Führungsrolle der USA in der internationalen Politik nämlich zunehmend als nicht wünschenswert. Desweiteren ist auch die Zustimmung zu den Einsätzen im Irak und in Afghanistan zwischen 2003 und 2007 immer weiter gesunken (CBOS 2007: 1). Der Einsatz der internationalen Gemeinschaft in Libyen wurde zwar prinzipiell befürwortet, eine Teilnahme der eigenen Streitkräfte aber massiv abgelehnt (CBOS 2011: 2). Allerdings ist die öffentliche Meinung wie bereits erwähnt für die strategische Kultur nicht entscheidend. Darüber hinaus interessiert sich aber auch die Bevölkerung selber nur sehr wenig für außen- und sicherheitspolitische Themen (Viehrig 2010: 122f.). Im Vergleich mehrerer Untersuchungsländer hat sich gezeigt, dass das Interesse in Polen sogar besonders gering, hieran hat sich selbst während des „namenhafte[n] Ereignisse[s]“ (Viehrig 2010: 179) Irakkrieg kaum etwas geändert. Erwähnenswert ist auch, dass bei beiden Einsatzentscheidungen große Einigkeit innerhalb der Parteienlandschaft herrschte. Während der Einsatz im Irak noch von allen Seiten befürwortet

wurde, teilten 2011 alle wichtigen Parteien die Position der Regierung und lehnten einen militärischen Einsatz in Libyen ab (Melamed 2005: 8; Osica 2004: 318). Nach Longhursts Modell sind es aber eher unterschiedliche Auffassungen von Eliten, die auf einen fine-tuning Prozess hindeuten. Von daher kann diese Einigkeit ebenfalls als Zeichen einer Beständigkeit der strategischen Kultur verstanden werden.

Fazit

Wie gezeigt, steht die Entscheidung Polens sich in Libyen nicht militärisch zu beteiligen in Übereinstimmung zur bestehenden strategischen Kultur, da alle Grundsätze eingehalten wurden. Die Leitfrage nach einem Wandel der strategischen Kultur kann daher verneint werden. Auch im Hinblick auf die Beziehungen zu den USA lässt sich feststellen, dass diese Zusammenarbeit nach wie vor einer der wichtigsten Grundpfeiler der strategischen Kultur Polens ist, da nur durch diese die Sicherheit des Landes gewährleistet werden kann. Nach wie vor herrscht starkes Bestreben zur Stationierung von US-Truppen auf polnischem Gebiet und einer starken Rolle der NATO. Zwar richtet sich der Fokus der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik in den letzten Jahren verstärkt auf die Zusammenarbeit mit den Partnern in der EU, es ist aber ersichtlich geworden, dass dies nicht zu Lasten der starken transatlantischen Beziehungen geht. Die Enthaltung in der Libyen-Frage fand also vielmehr innerhalb des Spielraums statt, der bei der konkreten Umsetzung der strategischen Kultur besteht.

Dennoch ist nicht völlig auszuschließen, dass es sich um geänderte regulatory practices handeln könnte und Polen sich somit in einem langsamen Prozess des fine-tunings befindet, an dessen Ende eine veränderte strategische Kultur stehen könnte. Aber wie schon Colin S. Gray sagt: „do not hold your breath waiting for it“ (Gray 2007: 17). Es wird also interessant sein zu sehen, wie Polen sich in zukünftigen Konflikten verhalten wird. Ob das Land sich dann wieder an die Seite der USA stellen wird, oder erneut einen anderen Weg verfolgt – wobei auch dann ein Blick auf die genauen Beweggründe nötig wäre. ■■■

Literaturverzeichnis

Applebaum, Anne 2011: Will the Libya intervention bring the end of NATO? in: http://www.washingtonpost.com/opinions/will-the-libya-intervention-bring-the-end-of-nato/2011/04/11/AFhypoMD_story.html; 01.05.2014.

BBC 2003: Poland seeks Iraqi oil stake, in: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/3043330.stm>; 01.05.2014.

Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie 2010: Empirische Methoden der Politikwissenschaft, Paderborn.

Booth, Ken 2005: Strategic Culture. Validity and Validation, in: *Oxford Journal on Good Governance* 2: 1, 25-28.

CBOS 2007: Polish Public Opinion October 2007, in: http://www.cbos.pl/PL/publikacje/public_opinion/2007/10_2007.pdf; 01.05.2014.
CBOS 2011: Polish Public Opinion April 2011, in: http://www.cbos.pl/PL/publikacje/public_opinion/2011/04_2011.pdf; 01.05.2014.

Chappell, Laura 2010: Poland in Transition. Implications for a European Security and Defence Policy, in: *Contemporary Security Policy*, 31: 2, 225-248.

Duffield, John S. 1999: Political Culture and State Behavior. Why Germany Confounds Neorealism, in: *International Organization* 53: 4, 765-803.

Dylla, Daria W. 2011a: Analyse: Die polnische Amerikapolitik zwischen Irak- und Libyenkrieg, in: <http://www.bpb.de/internationales/europa/polen/40926/analyse?p=all>; 01.05.2014.

Dylla, Daria W. 2011b: Zwischen US-Loyalität und Pragmatismus: Polen und die Libyen-Krise, in: http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/kipa/KIPA_POLEN_LIBYEN_2011.pdf; 01.05.2014.

The Economist 2013: Flexing its muscles, in: <http://www.economist.com/news/europe/21583679-only-big-country-europe-increasing-defence-spending-poland-wants->

[more-say](http://www.economist.com/news/europe/21583679-only-big-country-europe-increasing-defence-spending-poland-wants-); 01.05.2014.

Fairclough, Gordon 2011: Poland Gives Arab Nations Lessons, in: <http://online.wsj.com/article/SB10001424052970204753404577066263327229298.html>; 01.05.2014.

Fröhlich, Stefan 2008: Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung, Wiesbaden.

Gentle, Peter 2013: Poland will not join strikes on Syria, in: <http://www.thenews.pl/1/10/Artykul/145573,Poland-will-not-join-strikes-on-Syria>; 01.05.2014.

Giegerich, Bastian 2006: European Security and Strategic Culture. National Responses to the EU's Security and Defence Policy, Baden-Baden.

Gray, Colin S. 1999: Strategic culture as context. The first generation of theory strikes back, in: *Review of International Studies* 25: 1, 49-69.

Gray, Colin S. 2007: Out of the Wilderness. Prime Time for Strategic Culture, in: *Comparative Strategy* 26: 1, 1-20.

iCasualties.org 2007: Iraq Coalition Casualties: Military Deaths by Country, in: <http://icasualties.org/Iraq/Nationality.aspx?hndQry=POL>; 01.05.2014.

iCasualties.org 2013: Coalition Deaths by Nationality, in: <http://icasualties.org/OEF/Nationality.aspx?hndQry=Poland>; 01.05.2014.

Johnston, Alastair Iain 1995: Thinking about Strategic Culture, in: *International Security* 19: 4, 32-64.

Kreiner, Paul/von Marschall, Christoph/Flückiger, Paul/Windisch, Elke 2011: Internationale Debatten über die Legitimität, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/militaereinsatz-internationale-debatten-ueber-die-legitimitaet/3979020.html>; 01.05.2014.

Kwaśniewski, Aleksander 2003: Rede beim 3. Forum of the Foreign Policy im War-

[schauer Königsschloss](http://www.president.pl/en/archive/news-archive/news-2003/art,61,presidents-of-poland-and-ireland-participated-in-the-3rd-forum-of-the-foreign-policy-the-warsaw-royal-castle.html), in: <http://www.president.pl/en/archive/news-archive/news-2003/art,61,presidents-of-poland-and-ireland-participated-in-the-3rd-forum-of-the-foreign-policy-the-warsaw-royal-castle.html>; 01.05.2014.

Lantis, Jeffrey S. 2005: EU Strategic Culture and U.S. Ambivalence, in: *Oxford Journal on Good Governance* 2: 1, 55-60.

Lantis, Jeffrey S. 2006: Strategic Culture. From Clausewitz to Constructivism, in: <http://www.fas.org/irp/agency/dod/dtra/stratcult-claus.pdf>; 01.05.2014.

Longhurst, Kerry 2004: Germany and the use of force. The evolution of German security policy 1990 - 2003, Manchester.

Longhurst, Kerry 2013: Where from, where to? New and old configurations in Poland's foreign and security policy priorities, in: *Communist and Post Communist Studies* 46: 3, 363-372.

Melamed, Mark 2005: Polish-American Relations in the Aftermath of the War in Iraq, in: *The Polish Foreign Affairs Digest* 5: 2, 7-21.

Meyer, Christoph O. 2004: Theorising European Strategic Culture. Between Convergence and the Persistence of National Diversity, in: <http://www.ceps.be/ceps/dld/977/pdf>; 01.05.2014.

Meyer, Christoph O. 2006: The Quest for a European Strategic Culture. Changing Norms on Security and Defence in the European Union, New York.

The Ministry of National Defence 2003: The National Security Strategy of the Republic of Poland, in: http://pdc.ceu.hu/archive/00002796/01/poland_foreign9_doc.pdf; 01.05.2014.

The Ministry of National Defence 2007: National Security Strategy of the Republic of Poland, in: http://mercury.ethz.ch/serviceengine/Files/ISN/156796/ipublicationdocument_singledocument/9132688b-9c81-4b46-9eac-5e861d3c0ef9/en/Poland-2007-eng.pdf; 01.05.2015.

The Ministry of National Defence 2009: Defense

Strategy of the Republic of Poland, in: http://mercury.ethz.ch/serviceengine/Files/ISN/156791/ipublicationdocument_singledocument/08286c03-f7a3-4e53-a1ba-43141d2e228b/en/Poland+2009.pdf; 01.05.2014.

Miskimmon, Alister 2004: Continuity in the Face of Upheaval – British Strategic Culture and the Impact of the Blair Government, in: *European Security* 13: 3, 273-299.

Osica, Olaf 2004: Poland. A New European Atlanticist at a Crossroads?, in: *European Security* 13: 4, 301-322.

Pogonowski, Iwo Cyprian 2010: The First Democracy in Modern Europe. Million Free Citizens Lived in Poland in 1600, New York.

Rumsfeld, Donald H. 2003: Secretary Rumsfeld Briefs at the Foreign Press Center, in: <http://www.defense.gov/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=1330>; 01.05.2014.

Snyder, Jack L. 1977: The Soviet Strategic Culture. Implications for Limited Nuclear Operations, Santa Monica.

Sobczyk, Marcin 2010: Poland Gives Knee-Jerk Reaction to Afghanistan Death, in: <http://blogs.wsj.com/emerging europe/2010/06/14/poland-gives-knee-jerk-reaction-to-afghanistan-death>; 01.05.2014.

Viehrig, Henrike 2010: Militärische Auslandseinsätze, Wiesbaden.

Zaborowski, Marcin/Longhurst, Kerry 2003: America's protégé in the east? The emergence of Poland as a regional leader, in: *International Affairs* 79: 5, 1009-1028.

Impressum

*PJS - Passauer Journal für Sozialwissenschaften
Studentische Fachzeitschrift
Fehler im System?
Heft 2/2014 (September), Jahrgang 3
www.pjs-online.de*

Herausgeber

*Hochschulgruppe PJS – Passauer Journal für
Sozialwissenschaften
c/o Julian Ignatowitsch
Schulstr. 19
86919 Utting
redaktion@pjs-online.de*

Redaktion

*Julian Ignatowitsch (verantwortlich)
Vanessa Jansche
Robin Lucke
Lukas Zech*

Design & Layout

*Zech Dombrowsky Design, Berlin
Layout der Ausgabe: Lukas Zech*

Die publizierten Artikel stellen die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren, nicht der Redaktion dar. Alle Texte und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Vollständiger oder auszugsweiser Nachdruck oder Online-Publikation nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung durch die PJS-Redaktion.